

Die Illusion der Vierzehn Punkte Über das «nationale Selbstbestimmungsrecht» als Kriegswaffe und dessen zerstörerische Folgen in Mitteleuropa

Von Markus Osterrieder

Die mitteleuropäische Nationalitätenfrage

Noch vor einhundert Jahren war der europäische Raum zwischen Baltik, Schwarzem Meer und Adria ein Gebiet der Welt, in dem alle wichtigen Menschheitsströme mit ihren religiösen, kulturellen, ethnischen, sprachlichen und sozialen Besonderheiten aufeinandertrafen. Das Bild der zusammenwachsenden Menschheit und des zukünftigen, sich aller Abstammungsfesseln befreienden Individuums schwebte als geistige Aufforderung über der unmittelbaren Erlebniswelt der Bewohner dieser Gebiete. Der jüdische Denker und Schriftsteller Elias Canetti etwa, Jahrgang 1905, erinnerte sich an seine Kindheit im bulgarischen Ručuk:

«Ručuk, an der unteren Donau, wo ich zur Welt kam, war eine wunderbare Stadt für ein Kind, und wenn ich sage, daß sie in Bulgarien liegt, gebe ich eine unzulängliche Vorstellung von ihr, denn es lebten dort Menschen der verschiedensten Herkunft, an einem Tag konnte man sieben oder acht Sprachen hören. Außer den Bulgaren, die oft vom Land kamen, gab es noch viele Türken, die ein eigenes Viertel bewohnten, und an dieses angrenzend lag das Viertel der Spaniolen, das unsere. Es gab Griechen, Albanesen, Armenier, Zigeuner. Vom gegenüberliegenden Ufer der Donau kamen Rumänen, meine Amme, an die ich mich aber nicht erinnere, war eine Rumänin. Es gab, vereinzelt, auch Russen. Als Kind hatte ich keinen Überblick über diese Vielfalt, aber ich bekam unaufhörlich ihre Wirkungen zu spüren.»¹

Am nördlichen Eck dieses Gebietes, auf litauischem Boden, damals zum Rußländischen Zarenreich gehörend, wuchs der 1911 geborene polnische Schriftsteller Czesław Miłosz auf.

«Auf dem Lande sprach man litauisch und teilweise polnisch. Das Städtchen, wohin man die Bodenfrüchte zum Verkauf brachte, gebrauchte für den Alltag das Polnische oder das Jiddische. Aber schon der Gendarm mit dem langen Schleppsäbel, der Steuereinnehmer, der Eisenbahnschaffner, die für die Administration importiert waren, redeten die Eingeborenen russisch an, in der Annahme, jeder müsse die amtliche Sprache verstehen.»²

Sicherlich: Diese Vielfalt an ethnischen, sprachlichen, religiösen oder sozialen Gemeinschaften, die sich oft erst an der Wende des 19./20. Jahrhunderts als solche bewußt wurden, ließ eine ebensolche Vielfalt an Reibungspunkten, Gegensätzen, Konflikten und Antipathien entstehen. Doch auf den heranwachsenden Menschen – das zeigen die Berichte von Canetti, Miłosz und anderen – übte eine solche Umgebung eine unvergleichliche Anregung, Stimulation und Herausforderung aus. In dieser Buntheit konnte das Individuelle eines jeden einzelnen Menschen besonders deutlich hervortreten und dabei jene Toleranz entfalten, die in der täglichen Begegnung wuchs und erübt wurde. Gleichzeitig waren die Bedingungen solche, das sie an die *Bewußtseinskkräfte* des Einzelmenschen appellierten; der Mensch mußte hellwach, *erkennend* in dieses Vielvölkermysterium eindringen.

Das Erwachen der menschlichen Persönlichkeit vollzog sich seit dem späten Mittelalter in ganz Europa, aber gerade im ostmittel- und südosteuropäischen Raum wirkten die Bedingungen dahingehend, daß hier das individuelle Menschen-Ich, abgelöst von jedem staatlichen Rahmen, mit seinem Mitmenschen potentiell in eine unmittelbare Beziehung treten konnte. Nicht Staat oder Kirche konnten hier das Gemeinwesen stiften (obwohl sie es natürlich versuchten), sondern auf Dauer allein das Du-suchende und Du-sprechende Individuum. Das ist einer der geistigen Gründe, warum in diesem Raum eine solche «Völkermischung» stattfand. Man könnte dieses Phänomen die *mitteleuropäische Herausforderung* nennen, die in dem vergangenen 20. Jahrhundert nicht erkannt und nicht ergriffen worden ist; stattdessen ist *dieses* alte Mitteleuropa in zwei Weltkriegen und einem Kalten Krieg unwiederbringlich zugrundegegangen. Die zugrundeliegende Herausforderung jedoch besteht als europäische Kulturfrage unvermindert weiter.

Im westlichen und nördlichen Europa sind die Siedlungsräume und ethnischen Grenzen relativ klar gezogen: Kastilianer, Basken und Katalanen in Spanien; Bretonen, Elsässer, Katalanen, Basken, Occitanier in Frankreich; Angelsachsen, Waliser, Schotten und Iren im Vereinigten Königreich; Flamen und Wallonen in Belgien – bei aller Problematik des Zusammenlebens und trotz fortschreitender Verstädterung existieren deutlich erkennbare Sied-

lungs- und Sprachgrenzen, und das schon seit sehr langer Zeit. In Mittel-, Südost- und Osteuropa ist dies aufgrund der historischen Prozesse anders gewesen. Seit dem Mittelalter ließen sich kontinuierlich neue Siedler in den Gebieten zwischen der Ostsee, der Adria und dem Schwarzen Meer nieder. Die Vielvölkermonarchien der Habsburger und Jagiellonen waren komplizierte Gebilde, deren Gegensätze mit Hilfe eines dynastischen Genius (Habsburgermonarchie) oder eines genauso genialischen, ständisch gebundenen Lebensgefühls (die polnisch-litauisch-ruthenische Respublica) zusammengehalten wurden – beide Male wirkte das Genialische allerdings noch auf das Unterbewußte des Menschenwesen ein, konnte nicht in das Wachbewußtsein gehoben werden.

Der Einfluß von Herders Kulturbegriff unterstützte an der Wende des 18./19. Jahrhunderts in Ostmittel- und Südosteuropa zwar das Erwachen der Selbstempfindung der Völker, doch er beschränkte sich auf die Vorstellung, daß jedes Volk das Recht auf die freie Entfaltung und die Autonomie seiner kulturellen und sprachlichen Eigenart besitzt. Dies wäre im Rahmen einer den modernen Anforderungen angepaßten Föderation verwirklichtbar gewesen. Als aber durch Napoléon der Nationalstaatsgedanke, wie er nach der Französischen Revolution in Frankreich formuliert worden war, nach Ostmitteleuropa und in den Donaauraum übertragen wurde, wo er sich mit dem Herderschen Kulturbegriff vermischte, führte er auf Grund der besonderen Verhältnisse in diesem Raum zu schwer lösbaren Spannungen. Je weniger man aber in den folgenden Jahrzehnten die kulturell-sprachliche Sphäre des Volkstums, die politisch-rechtliche Sphäre der Bürgergesellschaft und die auf den vererbten Blutkräften beruhende «Abstammungsgemeinschaft» auseinanderzuhalten vermochte, desto schärfer gestalteten sich die Konflikte zwischen den einzelnen ethnischen Gruppen.³ Denn die nationalen Gegensätze waren zusätzlich mit religiösen und sozialen Faktoren vermischt. So war beispielsweise ein polnischer Magnat auch Katholik und Großgrundbesitzer, während ein ukrainischer Bauer dem orthodoxen bzw. unierten Glauben angehörte und leibeigen war; zugleich setzte sich das Bürgertum mehrheitlich aus Deutschen und Juden zusammen und bekannte sich zum Protestantismus bzw. Judaismus.

Es sei noch einmal betont: Im Westen und Norden Europas wird die Ausbildung der individuellen Persönlichkeit durch die Eigenschaften, die in der eigenen nationalen Kultur leben, nachhaltig gefördert. Das Nationale kommt dabei der Reifung der Persönlichkeit entgegen. Das trifft für das mittlere und östliche Europa so nicht zu. Der Individualisierung des Einzelmenschen entsprach die ethnische und sprachliche Vielfalt kleiner und kleinster Volks-

gruppen, die niemals in einem *Melting Pot* nach amerikanischem Muster aufgelöst wurden. Gerade weil hier die Menschen, als Begleiterscheinung der späten Urbanisierung und Industrialisierung, noch intensiv in Volks- und Sippenzusammenhänge hineingestellt waren, mußte die Individualität aus dem ethnischen Hintergrund herauswachsen, ihre Herkunft überwinden durch die immer wieder neu zu erfahrende Begegnung mit dem fremden Du. Es ist kein Zufall, daß am Ende dieser Phase der mitteleuropäischen Entwicklung, in der Donaumonarchie der Habsburger, eine Musikform entstand, in der sich alle Völker des Reichs wiedererkannten und die diesen musikalisch-rhythmischen Schwebestand der Begegnung vor Augen und Ohren führte: der Walzer. Dieser Paartanz – in dem die Tänzer zu einer Gemeinschaftsfigur verschmelzen, wo das wechselseitige Vertrauen als Grundbedingung vorhanden sein muß, damit der jeweilige Partner nicht mitten in der Bewegung *losläßt*, weil man sonst haltlos durch den Raum geworfen würde – war ein künstlerisches Wahrbild für das Zusammenleben von Einzelmenschen und Völkern in diesem Teil des Kontinents.

Doch im gleichen Zeitraum, insbesondere nach 1843, wirkte die Ausbreitung des Nationalismus in Verbindung mit dem materialistischen Welt- und Menschenverständnis mit verheerenden Folgen. Gerade im mittleren und östlichen Europa wurde das entstehende geistige Vakuum mit Anschauungen gefüllt, die den Menschen allein aus mechanistischer und biologistischer Sichtweise beurteilen wollten. An Napoléons Eroberungszügen hatte sich in Mittel- und Osteuropa ein Nationalismus entzündet, der das politische Gedankengut der Französischen Revolution assimilierte, aber daraus eigene Schlüsse zog. Anders als in Westeuropa wurden östlich des Rheins Nation und Volkstum gleichbedeutende Begriffe. Und immer häufiger wurde das alltägliche Durch- und Miteinander der ethnischen Gruppen als konkurrierender Überlebenskampf der «Volksrassen» interpretiert. Der Walzer ließ zwar die richtige Empfindung entstehen, daß sich das Wesen eines Volkes in der *seelischen Sphäre* des Menschen kundtut. Doch es wäre die Aufgabe der Menschen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen, diese Empfindung in immer konkretere Begriffe überzuführen, die in eine *geistige Erkenntnis* münden mußte. Man ließ den Moment verstreichen. Unter der Einwirkung des Materialismus rechnete man den physischen Leib und die Abstammung zu den wichtigsten Merkmalen der Volkszugehörigkeit. 1848 war der europäischen Menschheit (im Grunde nur dem europäischen Bürgertum) noch die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe einer Bewußtseinsanstrengung günstigere Ausgangsbedingungen für eine soziale Neugestaltung zu schaffen, die den Forderungen der neuen Zeit entgegenkam. Eine

Generation später war das nicht mehr genug; nun mußten die Menschen voll im Geist erwachen, um die zerstörerischen Folgen ihres Seelenschlafs auszugleichen.

Nicht umsonst hatte der weitblickende tschechische Historiker František Palacký bereits im Jahre 1849 auf die Dringlichkeit der Erkenntnisfrage und der Art ihrer Umsetzung in politisch-soziale Gestaltung hingewiesen:

«Was dem XVI. und XVII. Jahrhundert die kirchliche und religiöse Idee war, das ist für unsere Zeit das Princip der Nationalität. [...] Alle die Länder und Personen, besonders in Österreich, die heute noch in nationaler Beziehung indifferent oder apathisch sind, werden es nach zehn oder nach zwanzig oder nach dreißig Jahren nicht mehr sein, und so erlangen Motive im Staatsleben, die sich auf Nationalitätsverhältnisse gründen und Vielen jetzt noch unbedeutend zu sein scheinen, eine immer durchgreifendere Wichtigkeit. Ein jeder Regierungsmann, der die Wahrheit dieses Satzes sich verhehlen oder gar in Abrede stellen möchte, würde sich einer verhängnisvollen Täuschung hingeben; thöricht wäre auch jedwedes Eindämmen dieser Strömung der Zeit, und alle menschlichen Erfindungen und Gegenmittel gegen denselben hätten wohl keine andere Wirkung, als das Blasen gegen den Wind, durch das seine Richtung weder abgewandt noch geändert werden kann.»⁴

Besonders anfällig für die geistigen Folgen dieses Versäumnisses war gerade jenes Volk, das alle Voraussetzungen hatte, auf eine Lösung der «nationalen Frage» hinarbeiten: die Deutschen. Hier hatte das Scheitern in der gedanklichen Auseinandersetzung mit dem Materialismus deswegen so unheilvolle Konsequenzen, weil die gesamte kulturelle Entwicklung im mitteleuropäischen Raum auf das Ergreifen der geistigen Ich-Kräfte angewiesen war. Dieser Raum war sozusagen die soziale Prüfstätte der modernen Bewußtseinsentwicklung, weil hier nichts mehr dem Instinkt überlassen werden durfte, zugleich aber alle Gedanken mit der den Deutschen eigenen Gründlichkeit in die letzte existentielle Konsequenz getrieben wurden.

In Österreich-Ungarn malten «völkisch» gesinnte Deutsche schon seit geraumer Zeit das Schreckgespenst einer «Slavisierung» der Monarchie an die Wand. All- und großdeutsche Gesinnungsvertreter wie Georg Ritter von Schönerer, K.H. Wolf und Lanz von Liebenfels fanden mit rassistischem Gedankengut und der Verehrung des wilhelminischen Kaiserreichs vor allen Dingen unter der Studentenschaft regen Zulauf, wie sich während der Unruhen zeigte, die 1897/98 als Reaktion auf die vermeintlich «antideutschen» Sprachverordnungen der Regierung Badeni in Böhmen und Mähren ausbrachen.⁵ Man konnte sich auf den bekannten Kulturphilosophen Paul de

Lagarde berufen, der in den späten siebziger Jahren dargelegt hatte, man müsse die Tschechen germanisieren, sie «in den Deutschen als den besseren Menschen» aufgehen lassen, falls sie sich nicht freiwillig der deutschen Vorherrschaft unterordnen wollten.⁶ Nicht erst 1933, sondern schon 1894 konnte man den reichsdeutschen *Alldeutschen Blättern* die Empfehlung entnehmen:

«Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden. Nach Osten und Südosten hin müssen wir Ellbogenraum gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entfaltung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völklein wie Tschechen, Slowenen und Slowaken, die das Nationalitätsprinzip anrufen, ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten.»⁷

Eine «Daseinsberechtigung» für «diese minderwertigen Völkerschaften» gebe es nicht, es sei Aufgabe des deutschen Volks, sie durch «Verdeutschungsarbeit» «aufzusaugen».⁸ Gelänge das nicht, so müsse man den Entschluß fassen, «die nichtdeutsche Bevölkerung Zisleithaniens [des österreichischen Teils der Habsburger Doppelmonarchie] einfach auszuweisen, allenfalls zu entschädigen, aber *tabula rasa* zu machen und nun deutsch zu kolonisieren.»⁹ Adolf Harpf, ein Mitarbeiter bei den in Österreich erscheinenden, völkischen *Ostara*-Heften, die zur Lieblingslektüre des jungen Hitler zählten, verstieg sich 1905 in dem Buch *Der völkische Kampf der Ostmarkdeutschen* zu der Behauptung: «Der völkische Kampf tobt heute von der Ostsee bis zur Adria.» Das Deutschtum werde durch die slavische Offensive «von Böhmen bis Krain» zurückgedrängt; den Slaven sei es «mit dem System der Deutschnausmerzung tatsächlich blutiger Ernst», nun käme den Deutschen «das Großpöppeln der erbittertsten Feinde unseres Volkes teuer.»¹⁰ Indem man in alldeutschen und völkischen Kreisen den Nationalitätenkonflikt in erster Linie als biologisch-demographisches Problem wertete, konnte man zu dem Schluß gelangen: «Im Nationalitätenkampf kommt es nur auf die Menschenproduktion an.»¹¹ Daher sei, wie es ein Leitartikel der konservativen Zeitung *Reichsbote* vom 14. März 1913 formulierte, «jeder deutsche Krieg der Zukunft ein Rassenkrieg, ein Krieg um rassisch-völkische Macht und Selbständigkeit, um Boden für slawische oder germanische Siedlung.»¹² Justizrat Class, kaiserlich-reichsdeutscher Beamter und in seiner Freizeit als Vorsitzender des «Alldeutschen Verbands» «völkisch» engagiert, empfahl im selben Jahr 1913:

«Das fest ins Auge zu fassende Ziel heißt also: unter allen Umständen die nicht germanischen Volksfremden so schnell wie möglich aus dem Reichsge-

biet entfernen und sie dann dauernd fernhalten. [...] An sich ist das Volk ewig, ewig kraft der Fortpflanzung, die es über die Einzelpersönlichkeit hinaushebt. Und es wird ewig bleiben, wenn es die Keime des Verfalls, nachdem sie einmal erkannt sind, rücksichtslos tötet.»¹³

Gerade bei Verfechtern der slavischen Emanzipation wie dem tschechischen Soziologen Tomáš Garrigue Masaryk (1850-1937), der 1919 erster Staatspräsident der Tschechoslovakischen Republik werden sollte, hinterließ die antislavische Propaganda der Alldeutschen einen bleibenden, ungunstigen Eindruck. Um die von ihm so verachtete antislavische und militaristische Haltung der Deutschnationalen zu charakterisieren, zitierte Masaryk während des Ersten Weltkriegs gerne eine Stelle aus dem «Offenen Brief an die Deutschen in Österreich» von Theodor Mommsen aus dem Jahr 1897, der in den böhmischen Ländern viel böses Blut erzeugt hatte:

«Und nun sind die Apostel der Barbarisierung am Werke, die deutsche Arbeit eines halben Jahrtausends in dem Abgrunde ihrer Unkultur zu begraben. [...] Österreich ist, solange der deutsche Kitt es zusammenhält, [...] ein großer Staat. [...] Seid hart! Vernunft nimmt der Schädel der Tschechen nicht an, aber für Schläge ist auch er zugänglich! [...] Es geht um alles; Unterliegen ist Vernichtung.»¹⁴

Obwohl Masaryk mit den Jahren immer entschiedener die alldeutschen Auswüchse in Böhmen und Mähren bekämpfte, trat er gleichzeitig für eine Vermittlung zwischen Tschechen und Deutschen ein, weshalb er, der in jenen Jahren das Deutsche im schriftlichen Ausdruck wesentlich besser beherrschte als das Tschechische, bei seinen Landsleuten bisweilen als «Germanophiler» in Verruf geriet.¹⁵

Masaryk erkannte und kritisierte den Verfall des deutschen Kulturlebens, den Weg von «Weimar nach Potsdam» als eine Entwicklung, durch die sich Deutschland innerhalb des europäischen Kulturganzen zunehmend isoliert habe:

«Preußen und Deutschland waren eigentlich der organisierte Caesarismus. [...] Die Humanitätsideale Lessings, Herders, Goethes, Kants, Schillers, die aus der westlichen und weltlichen Entwicklung und der Zusammenarbeit mit ihr geschöpft sind, wurden durch pan-germanischen Imperialismus ersetzt. [...] Bismarck und Wilhelm priesen stets Gott, allerdings den preußischen Gott. Hegel diente mit seinem «absoluten Idealismus» dem Autoritarismus des preußischen Staates, verließ die Humanität und Welteinstellung Goethes und Kants und schuf die Grundlage für die theoretische und praktische Gewaltpolitik. Bismarck und der Bismarckismus absorbierten Goethe, – der preußische Staat

wurde zum unfehlbaren Lenker der Nation und ihres geistigen und kulturellen Strebens. (...) Den Gegensatz Goethe-Bismarck empfand ich bei meiner eigenen Entwicklung sehr stark.»¹⁶

Als Abgeordneter im Reichsrat übte Masaryk in den 1890er Jahren heftige Kritik an der beanspruchten politischen Führungsrolle der Deutschen in Österreich, die im Vergleich zu den Slaven längst eine «Minorität» darstellten. In seiner Rede vom 18. November 1892 beklagte er, die Deutschösterreicher hätten den Slaven gegenüber «nichts als Vorurteil», «Dünkel und Ingrimm gegen Anderssprechende»: «[...]praktisch bedeutet ihr Programm einfach: Germanisieren». Deshalb forderte er, «daß endlich unsere Rechte zur Geltung kommen und die ungerechtfertigten Vorrechte der Deutschen auf das Maß gebracht werden, welches ihnen verfassungsmäßig und gesetzlich in diesem Staate zukommt.» Die geistige Abhängigkeit der Deutschösterreicher vom Deutschen Reich nannte er «einen großen Fehler», und an die deutschen Parteien im Reichsrat gerichtet, mahnte Masaryk:

«Sie müssen, wenn Sie in Österreich ein positives, nicht nur uns gegenüber negatives Programm haben wollen, viel energischer arbeiten, geistig viel energischer sich betätigen, und Sie müssen die Kräfte, die in Ihrem Volkstum gebunden sind, viel mehr und besser pflegen, als Sie es jetzt tun.»¹⁷

An der immer wieder unter Beweis gestellten politischen Inflexibilität, der gedanklichen Trägheit selbst auf Seiten derer, die den nichtdeutschen Völkern wenn nicht Sympathie, so doch wenigstens Verständnis und Kompromißbereitschaft entgegenbringen wollten, übte auch der damals 36jährige Deutschösterreicher Rudolf Steiner Kritik, indem er in einem Kommentar zu Mommsens «Offenen Brief» 1897 feststellte:

«Wenn die Glieder einer Gemeinschaft einig sein sollen, dann müssen sie es in dem Inhalt ihrer Ziele sein, in den Gedanken, die ihrer Wirksamkeit zugrunde liegen. Über den Inhalt dieser Ziele, über die Gedanken, aus denen die Deutschen Österreichs die Kraft zu ihrem Vorgehen schöpfen sollen, steht in dem Mahnruf Mommsens nichts. Das muß an ihm zunächst auffallen. Die Auslassungen Mommsens sind bemerkenswert durch das, was sie nicht sagen. Denn gerade dadurch sind die Deutschen Österreichs in der letzten Zeit aus ihrer bevorzugten Stellung innerhalb der Monarchie verdrängt worden, weil ihnen das fehlte, wovon auch Mommsen nicht redet: ein großer politischer fruchtbarer Gedankinhalt. Wer in Österreich regieren will, muß imstande sein, dem Staate eine Aufgabe zu stellen und für die Lösung dieser Aufgabe inhaltvolle, wirksame Ideen mitbringen. Das Verfassungswesen Österreichs so zu re-

geln, daß die verschiedenen Nationen sich ihren Fähigkeiten und Wünschen gemäß entwickeln können; wirtschaftliche Reformen durchführen, nach denen das Volk schreit, und die Fragen zu lösen, die Österreich durch seine Weltstellung aufgegeben sind: dies muß derjenige verstehen, dem in Österreich die Führerrolle zukommen soll.»¹⁸

Somit wirkte sich das Dilemma, mit dem sich die Reichsdeutschen wie die Deutschen in Österreich gleichermaßen konfrontiert sahen, in mehrfacher Hinsicht aus: Völkische und Alldeutsche waren nur für einen Teil der Gesellschaft repräsentativ; ihre Vorstellungen dienten den Staatsführungen zwar nicht als konsequent verfolgtes politisches Programm, wirkten aber dennoch stark prägend auf die Gedankenformen, mit denen man sich mit nationalen und sozialen Fragen sowie dem Problem der konstruktiven Reichspolitik auseinandersetzte. Jene Staatsführungen verfügten *über keinerlei ausgearbeitetes Konzept, das man der eigenen Politik zugrundelegen und der Welt als werbendes Programm präsentieren konnte*. Was blieb, war ein diffuser, idealistisch verbrämter Sozialdarwinismus mit kolonialistischen Phantasmagorien, eine nahezu kultische Verehrung der staatlichen «Macht» und schwülstige Rhetorik seitens Berlin sowie das eher hilflose, stets zu spät reagierende politische «Dahinwursteln» seitens Wien.¹⁹

Die reichsdeutsche Staatsführung gewährte den groß- und alldeutschen Strömungen in der Habsburgermonarchie zwar keine aktive Unterstützung, sie versuchte aber auch jede tiefgreifende Reform der Monarchie zur Lösung des Nationalitätenproblems zu verhindern. Es galt die Maxime, die der deutsche Botschafter in London, Fürst von Lichnowsky, 1897 in den Worten formuliert hatte:

«Es ist ganz klar, daß das gesamte Deutschtum in und außerhalb Österreichs verpflichtet ist, nicht nur einem föderalistischen Staatsstreich, sondern schon der entferntesten Anbahnung einer föderalistischen Politik, oder auch nur einer Maßregel, die die Grundlage bilden könnte für die spätere Herstellung eines [tschechischen] Wenzelreiches, entgegenzutreten.»²⁰

Kaiser Wilhelm II. bekräftigte auf dem Höhepunkt der Balkankrise 1912:

«Österreich stand am Wendepunkt, und es wurde zur Existenzfrage, ob es deutsch bleiben und deutsch regiert werden – damit bündnisfähig bleiben – konnte oder vom Slawentum überschwemmt werden und damit bündnisunfähig.»²¹

Nationalismus als Kriegswaffe

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs begann der Untergang der alten mittel- und südosteuropäischen Vielvölkergemeinschaften. Noch viel verhängnisvoller als die unverarbeiteten Leidenschaften wirkte die kühl kalkulierende Intelligenz einzelner Menschen, die Völkerzersplitterung in Form von nationalen und sozialen Konflikten als besonders effizientes Mittel der Kriegsführung entdeckten. So erstellte die kaiserliche deutsche Reichsführung in Zusammenarbeit mit dem Generalstab ein umfassendes Programm zur Revolutionierung von nationalen und religiösen Gemeinschaften, um die Stabilität des Britischen Empire und des Rußländischen Zarenreiches nachhaltig zu erschüttern. Kaiser Wilhelm II. hatte sich bereits 1898 zum Schutzherrn von 300 Millionen Muslimen aufgeschwungen; mit Kriegsbeginn unterstützte er das Vorhaben, die islamische Welt in einen allgemeinen Aufstand gegen England zu treiben. Außerdem wollte der Generalstab mit Hilfe der Schiiten Afghanistan und Persien in den Krieg gegen Indien verwickeln. In der westeuropäischen Hemisphäre setzte Berlin auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der flämischen und irischen Nationalisten; von dem bewaffneten Aufstand letzterer zu Ostern 1916 erhoffte man sich eine Entlastung an der Westfront. In Osteuropa galten die Revolutionierungsversuche der deutschen Reichsleitung den Völkern des zarischen Rußland.

So wurde unter der Leitung von Arthur Zimmermann Anfang 1916 die «Liga der Fremdvölker Rußlands» ins Leben gerufen, in der – als Emigrantenorganisation oder Einzelpersonen – Juden, Mohammedaner, Georgier, Polen, (Deutsch)-Balten, Finnen, Ukrainer, Weißruthenen, Litauer, Letten, Esten und Rumänen vertreten waren. Die Liga klagte Rußland der jahrzehntelangen Unterdrückung von Sprache, Kultur, Religion, Rechten und Freiheiten der Nationalitäten an und wandte sich mit ihrem Anliegen auch an US-Präsident Wilson.²² Ferner wurden von der deutschen Regierung, ähnlich wie in England und Frankreich, spezielle Institute eingerichtet, die sich der Erforschung des Orients und des östlichen Europas im Sinne der eigenen Kriegsziele widmen sollten. So entstanden 1915/16 das Balkan- und Vorderasien-Institut in München und das Südosteuropa- und Islam-Institut in Leipzig, im Mai 1916 das Institut für ostdeutsche Wirtschaft in Königsberg nach dem Vorbild des 1913 gegründeten Kieler Instituts für Weltwirtschaft sowie noch im Sommer 1918 das Osteuropa-Institut in Breslau, das die Erschließung der im Vertrag von Brest-Litovsk unter deutsche Hegemonie gefallenen Gebiete vorbereiten sollte.²³

Die deutsche Reichsleitung war jedoch keineswegs bestrebt, sich als Befreier der Nationalitäten zu profilieren. Auch nach Kriegsausbruch zeigte sie sich nicht bereit, auch nur die Möglichkeit einer Reform in der verbündeten Donaumonarchie zu dulden, um zu einer Entspannung der dortigen Nationalitätenprobleme beizutragen. Bethmann Hollweg teilte dem österreichischen Außenminister Burián am 10. November 1915 mit, es sei

«für Deutschland eine Lebensfrage, daß dem deutschen Element seine alte berechnete Stellung zurückgegeben und der weiteren Slawisierung Einhalt geboten würde.»²⁴

Ohnehin sei die Doppelmonarchie ein «Kadaver», ihre Armee zu «schlaff» und zu «schlampig», um von der deutschen Armee etwas lernen zu können, meinte wiederum Generalstabschef Falkenhayn im Oktober desselben Jahres.²⁵ Alldeutsche Denkweise kennzeichnete immer häufiger die Schriftstücke des Auswärtigen Amtes: «[. . .]dem germanischen Element [müsse] die im Interesse Österreichs als germanischer Ostmark zukommende führende Stellung wieder zugewiesen» werden, so konnte man im November lesen.²⁶ Bei einem Umbau der Monarchie habe jede Lösung immer und unbedingt davon auszugehen, «daß in Österreich dem deutschen, in Ungarn dem ungarischen Element die führende Stellung gesichert wird», bekräftigte Bethmann Hollweg erneut im September 1916.²⁷

Vor dem Jahr 1914 hatte Tomáš G. Masaryk wiederholt betont, daß die Zukunft der böhmischen Länder im übernationalen Verband eines reformierten und modernisierten Österreich liege. Doch bei Kriegsausbruch hatte er alle Hoffnungen auf Verwirklichung dieses Ziels aufgegeben. Er faßte einen folgenschweren Entschluß: «Die Opposition gegen Österreich mußte Wirklichkeit werden, ernst, auf Leben und Tod – dazu drängte die Welt-situation.»²⁸ Das Gespräch, das Masaryk in jenen Tagen mit dem österreichischen Ministerpräsidenten Ernst von Koerber führte, konnte ihn in seinem Entschluß nur bestärken, denn dieser hielt jede Hoffnung auf Reformen nach dem Krieg für illusorisch: «[. . .]nach einem siegreichen Kriege werden die Militärs entscheiden, und sie werden zentralisieren und germanisieren.»²⁹

Genauso skrupellos wie die deutsche Staatsführung, aber im Gegensatz zu ihr durchdacht und weitsichtig in Hinblick auf die eigenen Ziele nutzte man im alliierten Lager die spaltenden Kräfte des Nationalismus. Eine neue Parole, das sogenannte «Selbstbestimmungsrecht der Völker» (*self-determination of the nations*) wurde in Ostmitteleuropa ebenso wie im Nahen Osten als ein Mittel der taktischen Kriegsführung verbreitet. Nun rächte sich, daß die Bewohner der Vielvölkerreiche es versäumt hatten, angesichts

der mit der Nationalitätenfrage verbundenen Probleme zu einer neuen, für den Einschlag geistiger Impulse sich öffnenden Sichtweise zu erwachen. Mit Hilfe des kollektiven Nationalitätenprinzips sollten die Mittelmächte von innen heraus gesprengt oder sozial revolutioniert werden, denn in London, Washington und Paris wollte man die Landkarte durch die Neugründung unabhängiger Staaten radikal umgestalten, mit dem Ziel, dem deutschen Einfluß in dieser Region den Boden zu entziehen.

Das «Selbstbestimmungsrecht» stieß in einen Raum, in dem eine solche Vielzahl an ethnischen, sprachlichen und religiösen Gemeinschaften in ihrem Zusammenleben verwoben waren, daß seine mechanische Durchsetzung konsequenterweise nationalistische Begierden, Ängste und Konflikte nährten, schließlich zu Vertreibungen oder Massakern führen mußte. Da sich hinter dem Schlagwort keine gedankliche Wirklichkeit befand, wie sich alsbald bei der Schwierigkeit abzeichnete, eine verbindliche rechtliche Formulierung zu finden³⁰, wirkte es lediglich auf jene Schichten des Menschen ein, in denen sich unbewußte Triebkräfte und die Neigung zu unindividuellen Gruppenzusammenhängen auslebten.

Beide Seiten – Mittelmächte und Entente – hatten also die Revolutionierung von Nationalitäten als Mittel der psychologischen und taktischen Kriegsführung entdeckt, beide Seiten waren bereit, dieses Mittel auch einzusetzen. Was die deutschen Bestrebungen grundlegend von westlichen Zielsetzungen unterschied, war das völlige Fehlen eines zusammenhängenden Gedankengebäudes, einer vorausblickenden «Ordnungsphilosophie», die nicht allein sozialdarwinistisch oder völkisch angehauchte Weltmachtphantasien zum Besten gab, sondern ernsthaft mit Grundströmungen der Zeit rechnen und das ethnische Prinzip in einen globalen Zusammenhang, eine «neue Ordnung» stellen konnte. Bei allen Revolutionierungsbestrebungen – insbesondere in Osteuropa – stand das eigene, selbstbezogene Interesse zu eindeutig und brutal im Vordergrund, um auf die jeweiligen Nationalitäten nachhaltige Anziehungskraft ausüben zu können.

Nur einige wenige alliierte Politiker hatten sich allerdings schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges bereits mit dem Gedanken getragen, im Falle eines Sieges über die Mittelmächte eine Neuordnung der europäischen Mächteverhältnisse auf der Grundlage der Nationalitätenprinzips durchzuführen. Beispielsweise hatte die Zeitschrift *The Round Table*, das Organ einer 1909 von Lord Alfred Milner ins Leben gerufenen und hinter den Kulissen bald äußerst einflußreichen pan-anglophonen Lobby-Gruppe³¹, im Juni 1913 orakelhaft angedeutet, daß es sich für die Slaven Österreich-Ungarns als notwendig erweisen könnte, «keinen neuen Staat zu bilden oder irgendeine

Verbindung einzugehen, deren Umriss man sich noch nicht im Geringsten vorstellen kann. All das ist ein Traum, dessen Erfüllung kein Mensch prophezeien kann.»³² Und weitblickende Persönlichkeiten wie Winston Churchill zogen bereits eine Auflösung der Habsburgermonarchie in ihre «Bestandteile» (*component parts*) in Erwägung. So vertraute Churchill kurz nach Kriegsausbruch am 31. August 1914 (!) der *Times* an:

«Falls wir siegen, und falls als Resultat unseres Sieges Europa so weit wie möglich unter Berücksichtigung des Nationalitätenprinzips und im Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung, die in den verschiedenen umstrittenen Gegenden leben, neu geordnet wird, können wir einer großen Entspannung und Beruhigung entgegensehen.»³³

Und am 25. September sagte Churchill dem Reporter der *Times*: «Wir wollen, daß dieser Krieg die Landkarte Europas nach nationalen Linien ordnet [...]»³⁴

Zwei Menschen arbeiteten mit besonderer Energie an dieser vorgeblichen «Völkerbefreiung» durch das Nationalitätenprinzip: Der englische Journalist Henry Wickham Steed (1871-1956), der seine ersten beruflichen Schritte dem Wohlwollen William T. Steads verdankte³⁵, war bereits 1896 als Korrespondent der *Times* nach Berlin entsandt worden, das er noch aus seiner Studienzeit kannte. Hatte er sich als junger Student für die deutsche Kultur begeistert, so wandelte er sich nun, rund zehn Jahre später, binnen weniger Monate unter dem Eindruck des «Neuen Kurses» zu einem erbitterten Gegner des Deutschen Reiches. Besonders scharf kritisierte er, was er die «Verpreußung» Deutschlands nannte – die Ausbreitung des reaktionären Geistes des preußischen Junkertums in der deutschen Gesellschaft. Fortan war er fest davon überzeugt, daß das Kaiserreich eine aggressive, pan-germanische Politik verfolgte, die gegen das britische Weltreich gerichtet war.³⁶ Alle europäischen Fragen beurteilte er seitdem durch die Brille der deutsch-englischen Rivalitäten.³⁷

Aus diesem Grund sah Steed, der im Auftrag der *Times* von 1902 bis 1913 in Wien tätig war, Österreich-Ungarns Daseinsberechtigung zum großen Teil in der Funktion eines «Riegels» gegen den Pangermanismus und den «Drang nach Osten» bzw. «Drang nach Triest» des Deutschen Reiches. Dabei erwachten seine Sympathien für die kleinen slavischen Völker der Monarchie, speziell für die Südslaven, sowie ganz allgemein ein tiefes Interesse für die Nationalitätenproblematik der Donaumonarchie.³⁸ Er glaubte, daß die einzige Überlebenschance der Monarchie in Gestalt «eines slawischen Hauses mit einer deutschen Fassade» bestehe; diese Äußerung trug ihm die Kritik der österreichischen Presse ein, er wolle «im Wettstreit mit Cyrillus und

Methodus den Slawenapostel unseres Jahrhunderts spielen».³⁹ Mit Tomáš G. Masaryk, damals Professor an der Prager Universität, pflegte Wickham Steed seit 1907 freundschaftliche Beziehungen: «Von ihm fühlte ich mich instinktiv angezogen, obwohl wir in diesen frühen Tagen unserer Bekanntschaft kaum mehr als ein Dutzend alltäglicher Sätze wechselten.»⁴⁰ Die Kroaten Ante Trumbić und Frano Supilo hatte er bereits 1904 kennengelernt. Mit Politikern in ganz Europa bekannt, wurde er zu einer «Art Botschafter ohne Portfolio des Britischen Empire».⁴¹ Die britischen Politiker schenkten Steeds Reportagen mitunter größeren Glauben als den Darstellungen des eigenen Botschafters.⁴²

Der zweite Vorkämpfer des Nationalitätenprinzips war der Schotte Robert William Seton-Watson (1879-1951), der sein Geschichtsstudium am New College der Universität Oxford abgeschlossen hatte. Sein Betreuer war der bekannte Historiker H. A. L. Fisher, der seit etwa 1899 dem Kreis um Milner angehörte und später Treuhänder des Rhodes-Trust wurde. Seton-Watson war ein glühender schottischer Patriot, der im Zusammenleben zwischen Engländern, Schotten und Walisern in demselben politischen Verband ein gelungenes Beispiel für die Lösung nationaler Konflikte erblickte; so erwachte in dem 25jährigen besonderes Interesse für das Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie. Waren ihm anfangs die Magyaren besonders sympathisch, so kehrte er von einer Reise in die ungarländische Reichshälfte völlig desillusioniert zurück; im Gegensatz zu den Beteuerungen seiner ungarischen Bekannten, es gebe keinerlei Konflikte zwischen den Volksgruppen, mußte er feststellen, daß die magyarische Nationalitätenpolitik scheinheilig, zynisch und rücksichtslos war.⁴³ Mit der Zeit eignete er sich magyarische, rumänische, serbokroatische, tschechische und slowakische Sprachkenntnisse an. Zunächst studierte er die Situation der Slowaken und Rumänen im Königreich Ungarn; nach 1908 begann er sich auch der sogenannten «südslawischen Frage» zuzuwenden. Noch glaubte er, daß die Idee der serbisch-kroatischen Einheit nur im Rahmen der Monarchie zu verwirklichen sei, und begrüßte aus diesem Grund auch die Annexion Bosnien-Herzegowinas. Den serbischen Staat hielt er für «durch und durch korrupt und unfähig». Eine Vereinigung der Südslaven unter serbischer Führung wäre nur durch Auflösung der Monarchie zu verwirklichen, was zwangsläufig zu einer Periode «anhaltender Unruhe und Aufruhr» führen müsse und einen Sieg des Ostens (des Orients) über den zivilisatorisch überlegenen Westen (das Abendland) bedeuten würde.⁴⁴ Gelänge es aber österreichischen Politikern wie dem Thronfolger Franz Ferdinand, zu dessen Kreis er persönliche Beziehungen aufnahm, eine Reichsreform auf der Grundlage des

Trialismus durchzusetzen, so sollte sich umgekehrt Serbien der Habsburgermonarchie anschließen.

Auch bei Seton-Watson führten die Agramer Schauprozesse 1909 zu ersten Zweifeln an der Reformierbarkeit der Monarchie. Aufmerksam verfolgte er die Tätigkeit Tomáš G. Masaryks, mit dem er am 9. Juli 1907 erstmals zusammengetroffen war; zudem waren einige seiner besten südslavischen Freunde, wie Svetozar Pribičević oder Stjepan Radič, ehemalige Schüler Masaryks. In den folgenden Jahren entwickelte sich Seton-Watson zu einem der besten Kenner der österreichisch-ungarischen Nationalitätenproblematik.⁴⁵ Weitere Reisen nach Serbien und Makedonien, wo er u.a. den serbischen Innenminister Stojan Protić und Premier Nikola Pašić kennenlernte, änderten allmählich seine Einstellung gegenüber der serbischen Staatsführung zum Positiven.

Nach der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo verlor Seton-Watson jede Hoffnung auf eine innere Erneuerung der Monarchie, obwohl er immer noch der Überzeugung war: «Der Mann mag umkommen, aber die Idee kann nicht sterben. Die Mission der Habsburger ist eindeutiger denn je.»⁴⁶ Am 30. Juni 1914 ließ er in einem Brief erkennen, wie sehr ihn der Tod des Erzherzogs erschütterte:

«Ich kann ohne Übertreibung behaupten, daß sein Tod [...] alle meine teuersten Hoffnungen vernichtet und daß ich zum ersten Male in meinem Leben der Zukunft mit Verzweiflung entgegensehe.»⁴⁷

In jenen Tagen dürfte er die Überzeugung gewonnen haben, daß eine Lösung der Nationalitätenfrage nunmehr von außen erfolgen mußte. Unmittelbar nach Kriegsbeginn, am 6. August 1914, vertraute er seiner Frau May an:

«Die Lösungen, für die ich jahrelang eingetreten bin – südslavisch, ungarländisch – sind vorgestern um Mitternacht eines natürlichen oder vielmehr außerordentlich unnatürlichen Todes gestorben. Von nun an ist der großserbische Staat unvermeidlich – und wir müssen ihn schaffen. [...] Dalmatien, Bosnien, Kroatien, Istrien müssen mit Serbien vereinigt werden; [...]»⁴⁸

Er war sich jedoch der ganzen Tragik der Situation bewußt, wie ein Brief vom 28. Oktober an einen rumänischen Bekannten bezeugt:

«Wenn mein Freund [Österreich-Ungarn] Selbstmord begeht, nachdem ich ihn gewarnt und angefleht habe, es nicht zu tun, bleibt mir nicht anderes übrig, als ihn zu begraben! Und so ist meine gegenwärtige Haltung Österreich gegenüber.»⁴⁹

So faßten die beiden Freunde Steed und Seton aus sehr unterschiedlichen Erwägungen und Beweggründen den identischen Entschluß, ihre Kenntnisse

in den Dienst der Regierung zu stellen. Dank der guten Kontakte Steeds konnte Seton-Watson im September 1914 bei Sir George Clerk vorsprechen, einem erfahrenen Beamten aus dem Foreign Office.⁵⁰ Gleichzeitig nahm Seton an einem informellen Gesprächskreis teil, dem unter anderem A. Frederick Whyte, die Historiker George Trevelyan und Harold Temperley sowie die Round-Table-Mitglieder Lionel Curtis (1872-1955), Philip H. Kerr (später Lord Lothian, 1882-1940) und Alfred Zimmern (1879-1957) angehörten – letztere waren alte Bekannte aus der Zeit am Oxforder New College.⁵¹

Ähnlich wie sein Freund Steed glaubte Seton-Watson an ein zukünftiges demokratisches Europa der Nationen. Darüber hinaus jedoch wollte er Rußland in dieses «Neue Europa» integrieren, um auf diese Weise die jahrhundertalte Kluft zwischen dem orthodoxen Osten und dem lateinischen Westen zu überwinden. Er erblickte die historische Mission der kleinen Slavenvölker Ostmittel- und Südosteuropas in ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Britannien und Rußland, das heißt aber auch als die Regionen, über welche sich der britische Einfluß unter Umgehung des deutschen Sparchraums in Rußland geltend machen könnte:

«Die Südslaven, und man sollte die Böhmen hinzufügen, sind unsere natürlichen Verbündeten als Vermittler zwischen Britannien und Rußland, zwischen Britannien und der großen slavischen Welt des Denkens und der Politik, die endlich nach und nach in unser engeres Blickfeld rückt.»⁵²

Seton-Watson betrachtete es ebenso wie Henry Wickham Steed als seine Aufgabe, der Unkenntnis der britischen Öffentlichkeit und ihrer Regierung über die geographischen und nationalen Gegebenheiten des Donauraums abzuhelpfen. Beide hatten erkannt, daß die Neuordnung Mitteleuropas nach dem Nationalitätenprinzip mit den Weltmachtinteressen des Empire verknüpft werden mußte, um in England überhaupt auf nachhaltiges Interesse zu stoßen. Die Bestrebungen der Nationalbewegungen waren so darzustellen, daß sie mit den Kriegszielen der Alliierten identisch schienen und daß man die Propaganda für die kleinen Völker Ostmittel- und Südosteuropas unter einem Gesichtspunkt zu gestalten hatte, der auf globale Hegemonie und die Handelsinteressen des British Empire Rücksicht nahm. Als ersten Schritt wollte man zwischen den Führern der jeweiligen Nationalbewegungen und den alliierten Politikern persönliche Kontakte knüpfen und alle Möglichkeiten einer psychologischen Kriegsführung ausschöpfen.

Robert Seton-Watson und Henry Wickham Steed stützten folglich ihre Argumente, indem sie auf den «deutschen Drang nach Osten» und auf die Bedrohung der britischen Kolonien durch das «Berlin-Bagdadbahn-Projekt»

hinwiesen. Damit knüpften sie an die französischen Publikationen André Chéradames und Georges Weills⁵³ sowie an Pamphlete panslawischer Publizisten an, die bereits seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die «deutsche Gefahr» beschworen hatten.⁵⁴ In seiner Propagandaschrift *What's at Stake in the War* sprach Seton-Watson Anfang 1915 erstmals von einem «neuen Europa», in welchem den vom deutschen und türkischen Joch befreiten Nationen durch die Schutzmacht England «volle sprachliche und kulturelle Freiheit» garantiert werden sollte.⁵⁵

The New Europe

Eine neue Dimension gewann die Propaganda, als sie Tomáš G. Masaryk auf eine zugleich weltgeschichtlich, moralisch und sozialwissenschaftlich argumentierende Grundlage stellte. Für Masaryk war ein weiterer Aufenthalt im habsburgischen Prag zu gefährlich geworden. Er entschloß sich, die propagandistische Tätigkeit zur Gänze ins westliche Exil zu verlagern. So verließ er seine amerikanische Frau Charlotte, die er erst nach Kriegsende wiedersah, und reiste über die Schweiz und Frankreich auf die britische Insel. Am Abend des 18. April 1915 traf er mit serbischem Paß, ausgestellt von der königlich-serbischen Botschaft in Paris, und in Begleitung seiner Tochter Olga auf dem Londoner Bahnhof Charing Cross ein. Seton-Watson erinnerte sich:

«Es war eine verregnete Nacht, der Bahnhof düster und unbeleuchtet. Träger gab es nicht, und nur mit Mühe schleiften wir zu zweit seine schwere Kiste den Bahnsteig entlang: ein sorgfältig ausgewähltes Waffenarsenal für die Propaganda, die zu betreiben er gekommen war.»⁵⁶

Nur zwei Tage später kam Masaryk durch Vermittlung Setons mit Sir George Clerk im Foreign Office zusammen. Am 3. Mai konnte er dem Unterstaatssekretär das erste programmatische Memorandum, *Independent Bohemia*, überreichen. Masaryk erwarb sich das Vertrauen der Briten durch Preisgabe geheimen militärischen Materials, das seine Agenten aus der Wohnung des österreichischen Innenministers Heinold entwendet hatten.⁵⁷ Masaryk war von allen slavischen Emigranten sicherlich die Gestalt, die sich am besten in die Denkgewohnheiten der britischen Politik einfühlen konnte. In Westeuropa empfand der gebürtige Mährer schon in jungen Jahren seine eigentliche «geistige Heimat».

«Ich selbst als ein großer Gegner der deutschen Philosophie habe immer bei den Engländern und Franzosen Belehrung gesucht [...]. Ich wünschte mir, die Tschechen würden mehr auf die nichtdeutschen Völker als auf

die Deutschen blicken, und dies umso mehr, was die Philosophie anbetrifft.»⁵⁸ «Wenn ich sagen sollte, welche Kultur ich für die höchste halte, so würde ich sagen: die anglo-amerikanische. [...] Die deutsche Kultur habe ich stets geschätzt, aber ich habe mich in ihr selten daheim gefühlt. Ich konnte mich nicht begeistern.»⁵⁹

Er beherrschte die englische Sprache, kannte die Kultur, Philosophie und Literatur des Landes und fühlte sich in London bald zu Hause. Durch sein beherrschtes, würdevolles, fast aristokratisches Auftreten erschien er in den Augen der *Upper Class* als einer der ihren.

Im September 1914 hatte Seton-Watson stichpunktartig festgehalten, wie sich Masaryk die Methodik des künftigen Vorgehens vorstellte:

«1. Als Grundsatz: Die Rolle Britanniens in der zukünftigen Regelung sollte die «politische Denkarbeit» (*the brain policy*) sein. Es [Britannien] sollte über einen Plan verfügen, und die europäische Öffentlichkeit sollte das wissen. Dadurch wird 1. der Entwicklung der Ereignisse eine Richtung gewiesen, und 2. die Sympathien Europas gewonnen werden. Dies müßte jetzt geschehen.»⁶⁰

Bereits in seinem ersten Memorandum, *Independent Bohemia* («Unabhängiges Böhmen»), das Masaryk im April 1915 für das Foreign Office erstellte, war der überwiegende Teil dieser Grundgedanken enthalten. Als ein anzustrebendes Kriegsziel der Alliierten nannte er darin «Befreiung und Freiheit der kleinen Staaten und Völker» (*liberation and freedom of the small states and nations*) in einem erneuerten Europa (*Europe regenerated*). Die ganze politische Entwicklung der Neuzeit, so Masaryk, tendiere nämlich zur Individualisierung, was für die Völker gleichbedeutend sei mit der Errichtung eines Nationalstaats. Das nationale Prinzip stelle aus diesem Grund eine geschichtsbildende Kraft (*force*) dar. Österreich stehe dieser Entwicklung im Wege, denn seine ehemalige Bedeutung als Bollwerk gegen die Türken sei von der Zeit überholt, es habe seine «Herrschaftsidee» (*ruling idea*) verloren und sei unfähig, aus sich selbst heraus irgendeine neue, positive Idee zu formulieren. Dadurch sei Österreich, gefesselt an seinen erstarrten Katholizismus, zum bloßen Vasall des «deutschen Drangs nach Osten» herabgesunken, mit dem das preußisch dominierte Kaiserreich konsequent nach dem Orient, nach Asien strebe. Britanniens Kriegsziel müsse deshalb die Auflösung Österreichs sein, denn nur so könne das aggressive Deutschland entscheidend geschwächt werden. Die dadurch entstehenden slavischen Nationalstaaten «Böhmen [unter Einschluß der Slowakei] und Serbo-Kroatien» würden eine sichere Barriere gegen jedes weitere deutsche Vordringen darstellen; mit Hilfe eines Landkorridors durch Westungarn [das heutige Burgenland], der

Bohemia und *Serbo-Croatia* verbinden sollte, werde diese Riegelfunktion noch verstärkt. Der «böhmische» Staat sollte auch die slowakischen Landesteile der ungarländischen Stephanskronen umschließen. Ferner sollten die Alliierten das Osmanische Reich zerstückeln und die Probleme der islamischen Welt lösen, denn «England ist eine größere islamische Macht als die Türkei». ⁶¹

Es war für Masaryk selbstverständlich, daß alle Angehörigen des serbisch-kroatischen Sprachraums trotz aller konfessionellen, kulturellen und historischen Unterschiede «ideell» ein einziges, jugoslawisches Volk darstellen; man mußte die Menschen nur zu dieser Einsicht «erwecken». Ebenso selbstverständlich schien ihm die Existenz eines tschecho-slowakischen Volkes: «Slovaken sind Tschechen, und dies trotz der Tatsache, daß sie ihren Dialekt als Schriftsprache benutzen.» Sechs Jahre später, im Jahr 1921, behauptete Masaryk als Präsident der ersten Tschechoslowakischen Republik (ČSR):

«Es gibt keine slowakische Nation. Das ist eine Erfindung der magyarischen Propaganda. Die Tschechen und Slovaken sind Brüder. [...] Nur das kulturelle Niveau trennt sie; die Tschechen sind in ihrer Entwicklung weiter als die Slovaken, weil letztere von den Magyaren systematisch in Unwissenheit gehalten worden sind. Wir gründen slowakische Schulen. Man muß auf die Resultate warten; in einer Generation wird es zwischen den Zweigen unserer nationalen Familie keinen Unterschied mehr geben.» ⁶²

Doch die Slovaken hatten als Gebirgsbauern und Untertanen der ungarländischen Krone gut tausend Jahre lang eine andere Entwicklung durchlebt und eine andere Seelenart ausgebildet als die stark von ihren deutschen Nachbarn geprägten Tschechen in Böhmen und Mähren. Masaryk hingegen fühlte sich in seiner Auffassung bestätigt, weil er selbst aus der «Mährischen Slowakei» (*Moravské Slovácko*) stammte, jener südmährischen Landschaft, die in Sprache und Traditionen den Übergang in die Westslowakei bildet; zudem war sein Vater Slowake gewesen. ⁶³

Masaryks territoriale Vorschläge fußten zwar auf dem ethnischen Selbstbestimmungsprinzip, doch griff er immer dann auf das historische Recht zurück, wenn seine Vorstellungen den ethnischen Kriterien widersprachen. So lehnte er aus historisch-staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Gründen die Teilung der Länder der böhmischen Wenzelskrone entlang der Sprachengrenze ab und meinte, besser drei Millionen Deutsche lebten als Minderheit in einem nichtdeutschen, als zehn Millionen Tschechen und Slovaken in einem großdeutschen Staat. ⁶⁴

So mehrten sich seit 1915/16 unter dem Einfluß Setons und Masaryks auch innerhalb der britischen Staatsführung jene Stimmen, die vor einem Sonderfrieden warnten und auf die konsequente Durchsetzung des Nationalitätenprinzips drangen, was die Zerschlagung der Vielvölkermonarchie nach sich ziehen mußte. Mit den Vertretern der ersten Richtung stimmten sie jedoch darin überein, daß jede wie auch immer geartete Vorgehensweise letztlich dazu dienen mußte, den deutschen Einfluß auf die Slaven auszuschalten, dem Empire strategische Vorteile zu verschaffen und eine langfristige Ordnung im Donauraum im Sinne einer *Pax Britannica* zu gewährleisten.⁶⁵

Anfang 1916 schrieb Masaryk an Seton-Watson: «Ich habe Dir einmal gesagt, daß die Round-Table-Leute ein kritisches Wochenblatt haben sollten».⁶⁶ Im April 1916 bezeichnete es Henry Wickham Steed als die Aufgabe der geplanten Zeitschrift, den Propagandisten in ganz Europa ein gemeinsames Presseorgan zu bieten:

«In den alliierten Ländern werden nun Gruppen von kompetenten Personen gebildet; diese Gruppen werden sich bemühen, untereinander in enger Verbindung zu bleiben, damit ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung und, durch die öffentliche Meinung, ihr Druck auf die Regierungen der jeweiligen Länder zeitgleich und übereinstimmend erfolgen kann.»⁶⁷

Die erste Nummer der neuen Wochenschrift, die den verheißungsvollen Namen *The New Europe* erhielt, erschien schließlich am 19. Oktober 1916. Neben Seton und Steed traten Masaryk, Ronald Burrows und A. Frederick Whyte als Gründer in Erscheinung. Bis zur Einstellung im Oktober 1920 war *The New Europe*, die in einer Auflage von 2500 Exemplaren erschien, eine der einflußreichsten Publikationen in England, aber auch in Frankreich, Italien und in den USA fand sie in Intellektuellen- und Politikerkreisen eine breite Leserschaft. Seton schrieb im November 1916:

«*The New Europe* wurde ins Leben gerufen, um Material für ein eindeutiges Schema der Neuordnung zur Verfügung zu stellen und den Völkern wie den Regierungen der Alliierten die groben Umrisse vorzuschlagen, nach denen das Europa der Zukunft erbaut werden sollte.»⁶⁸

Die Zeitschrift war damals das einzige Presseorgan, das sich ausschließlich der Außenpolitik mit Schwerpunkt auf dem östlichen Europa widmete. Die Kommentare und Leitartikel galten als so gründlich, die Informationen als so gut recherchiert, daß *The New Europe* bald als meinungsbildende Autorität auf diesem Gebiet angesehen wurde. Viele Mitarbeiter der Zeitschrift hatten Regierungsposten inne; zu den Autoren zählten – neben den oben genannten – solch illustre Namen wie Sir Arthur Evans, James G. Frazer, Halford J.

Mackinder, Bernard Pares, André Chéradame, Louis Eisenmann, André Tardieu, Take Ionescu, Nicolae Iorga, Jovan Cvijć, Petr Struve und Pavel Vinogradov.⁶⁹ Das Titelblatt der Zeitschrift zierte das kämpferische Motto: *Pour la Victoire intégrale* («Für den totalen Sieg»). Nur der Endsieg, so die Überzeugung der Redakteure, könne die friedvolle Zukunft Europas auf der Grundlage der Demokratie und des Nationalitätenprinzips sichern.

Am 7. August 1916 verfaßten auch die Beamten Sir William Tyrrell und Sir Ralph Paget im Auftrag des Foreign Office ein Memorandum, das eine territoriale Regelung für den Fall einer Auflösung Österreich-Ungarns erörtern sollte. Tyrrell und Paget glaubten, daß Deutschland auch nach dem Krieg ein «brutales und aggressives» Element in Europa darstellen werde. Aus diesem Grund empfahlen sie der Regierung die Auflösung des Habsburgerreiches nach dem Nationalitätenprinzip, da es sich niemals aus der Hegemonie Deutschlands befreien könne. Besonders wichtig sei die Schaffung eines jugoslawischen Staatsgebildes:

«Wir meinen, daß Großbritannien in jeder Weise die Vereinigung von Serbien, Montenegro und den Südslaven im Rahmen einer starken staatlichen Föderation ermutigen und fördern sollte, und zwar in Hinblick auf die dadurch entstehende Barriere gegen jegliches deutsche Vordringen nach Osten.»

Dieser zukünftige Südslaven-Staat werde eine entschieden pro-britische Haltung einnehmen. Ferner sprachen sie sich für ein unabhängiges Polen als Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland aus, das mit Böhmen eine Föderation eingehen könnte. Tyrrell und Paget übernahmen die Behauptung Setons und Masaryks, die Sache der Nationalitäten sei völlig identisch mit den britischen Weltinteressen. Gebietsregelungen sollten prinzipiell «von den Umständen im allgemeinen und britischen Interessen im besonderen geleitet werden.» Deswegen äußerte die Denkschrift den Vorbehalt:

«Wir sollten mit dem Nationalitätenprinzip nicht soweit gehen, auf diese Weise über die Maßen einen Staat zu stärken, der möglicherweise einen Gefahrenherd für den zukünftigen Frieden in Europa darstellt.»⁷⁰

Damit war deutlich, daß das allein in Anbetracht der mosaikartigen Siedlungsverhältnisse und unzähligen Mischheiraten ohnehin absurde ethnisch-kollektiv interpretierte «Selbstbestimmungsrecht» zuvorderst als Instrument zur Durchsetzung der eigenen politischen Interessen verstanden wurde. Denn die britischen Staatsmänner waren sich der Gefahr einer «Balkanisierung», d.h. der Entstehung von einander ständig bekämpfenden Kleinststaaten mit Revanchegehlüsten, nur allzu bewußt. Die Nationalismen mußten zugunsten der eigenen strategischen Interessen instrumentalisiert und kanalisiert werden. Nur diejenigen Ethnien sollten sich «selbst-

bestimmen», die in eine zukünftige westliche Friedensregelung «paßten». Die Ukraine, um nur ein Beispiel zu nennen, «paßte» nicht. Zu keinem Zeitpunkt trugen sich britische Staatsmänner nach den Revolutionen von 1917 im Zarenreich ernsthaft mit dem Gedanken, die Existenz einer von Rußland unabhängigen Ukraine anzuerkennen. Sie galt als «deutsche Erfindung», als Baustein des alldeutschen Ordnungsplans. *The New Europe* gab in diesem Punkt den Ton an: «Rasse, Geschichte und Tradition verlangen, daß Russen und Ukrainer in engster politischer und wirtschaftlicher Verbindung leben sollten.»⁷¹ Auch für Masaryk war es ausgeschlossen, eine unabhängige Ukraine «außerhalb des rechtlichen Rahmens von Rußland, als ein Rechtsstaatswesen» anzuerkennen: «Das geht mir völlig gegen den Strich.» Im Februar 1918 befürwortete er sogar die Besetzung der Ukraine durch die Bol'sheviki, denn «indem sie die Ukraine wieder an Rußland angliedern, stehen sie unserem Ziel näher». Darum verbot er den Soldaten der Tschecho-Slovakischen Legion, die im ukrainischen Kiev stationiert waren, gegen die Rote Armee militärisch vorzugehen.⁷²

Masaryks Darstellung der ethnisch-nationalen Gliederung in Ostmittel- und Südosteuropa (Polen, Tschecho-Slowaken, Jugo-Slawen, Magyaren, Rumänen) wurde von den Beamten des Foreign Office in zunehmendem Maße als Maßstab britischer Nationalitätenpolitik übernommen. Die entschiedensten Vertreter des «Neuen Europa» fanden sich meist nicht auf leitender Ebene, sondern unter den Ministerialbeamten im mittleren und höheren Dienst sowie unter den akademischen «Experten».⁷³ Dennoch hielt sich die britische Regierung trotz des massiven Werbens von *The New Europe* bis zum Frühjahr 1918 beide Optionen (Separatfrieden mit der Habsburgermonarchie oder Unterstützung des Nationalitätenprinzips) offen, ohne eine unumkehrbare Entscheidung zu treffen.⁷⁴

In der britischen Staatsführung wurden seit den ersten Kriegstagen verschiedene taktische Vorgehensweisen gegen die Mittelmächte erörtert. Man war sich darin einig, daß die Eindämmung des deutschen Einflusses auf dem europäischen Kontinent (man sprach von *Prussianism*) als oberstes Kriegsziel zu verfolgen war. Sir Eyre Crowe hatte schon am 5. August 1914 in einem Memorandum betont, daß man Deutschland und Österreich «mit einem Zaun» bestehend aus einem Ring neuer Staaten umgeben müsse, um sie «vom Rest der Welt» abzuschneiden.⁷⁵

Vor allen Dingen sollte Deutschlands wichtigster Verbündeter, Österreich-Ungarn, ausgeschaltet werden. Dies konnte auf zwei Wegen geschehen: Einmal über Verhandlungen, um mit der Doppelmonarchie einen Separatfrieden zu schließen; dabei hätte sich die Monarchie nach dem Krieg in eine

Art demokratisches Commonwealth nach britischem Muster, in eine «Donauföderation» verwandeln und einer westlich ausgerichteten, antideutschen Allianz eingliedern müssen; in diesem Fall hätte man den nationalistischen Vorstellungen der Emigranten eine klare Abfuhr erteilt. Dieser Standpunkt wurde insbesondere von Persönlichkeiten aus dem Kreis um Alfred Milner, seit 1916 Kriegsminister, als Alternative zum Konzept eines *New Europe* bis ins Frühjahr 1918 vertreten. Milner selbst hielt noch im März 1917 «die Schaffung [...] einer Tschechoslovakei, eines Jugoslawien, eines vergrößerten Rumänien für undurchführbar (*impracticable*)». ⁷⁶

Die Zeitschrift *The Round Table* forderte im Juni 1916 «die Befreiung der nichtdeutschen Völker aus der politischen und militärischen Kontrolle Berlins» als oberstes Kriegsziel: Österreich-Ungarn, dessen weitere Existenz in jedem Fall von der «Gnade der Alliierten» abhängen, solle zu diesem Zweck die britische Idee des Commonwealth verwirklichen. ⁷⁷ Am 22. März 1917 wiederholten Austen Chamberlain und Lord Milner das Argument, daß nur eine Kette unabhängiger Staaten das Vordringen Deutschlands nach Osten, die «ungebrochene Einflußschneise von der Nordsee bis zum Persischen Golf», beenden könne; deshalb habe die Neuordnung Mitteleuropas den britischen Interessen im Nahen Osten und der Ausschaltung des deutschen Einflusses in diesem Raum untergeordnet zu sein. ⁷⁸

Hierbei spielten möglicherweise die Vorstellungen des Geopolitikers Halford J. Mackinder (1861-1947) eine Rolle, den Milner und Amery seit 1904 gefördert hatten. Mackinder, «geistiger Vater» der modernen geopolitischen und strategischen Studien, hatte bereits 1904 eine Theorie entwickelt, derzufolge die Landmasse Sibiriens inmitten der geophysischen Struktur des Planeten die «Schlüsselzone» (*Pivot Area*) oder das «Herzland» (*Heartland*) bildete. Wer das «Herzland» kontrolliere, so Mackinder, der kontrolliere letzten Endes den gesamten Planeten. Während des Krieges modifizierte er seine Theorie dahingehend, daß er im östlichen Europa zwischen Elbe, Donau und Ural denjenigen Kernraum erblickte, von dem der Zugriff auf das «Herzland» abhing. ⁷⁹

«Wenn ein siegreicher römischer General inmitten all der kopfverdrehenden Pracht eines ›Triumphs‹ in der Stadt Einzug hielt, stand hinter ihm auf dem Streitwagen ein Sklave, der ihm ins Ohr flüsterte, daß er sterblich war. Wenn unsere Staatsmänner mit dem besiegten Feind verhandeln, sollte ihnen ein luftiger Cherub von Zeit zu Zeit diesen Ausspruch ins Ohr raunen: Wer Osteuropa regiert, beherrscht das Herzland. Wer das Herzland regiert, beherrscht die Welt-Insel [die Landmasse Europas, Asiens und Afrikas]. Wer die Welt-Insel regiert, beherrscht die Welt.» ⁸⁰

Mackinder befürwortete deshalb die Eindämmung des deutschen Einflusses in dieser Zone sowie die Entstehung von Konföderationen kleinerer Staaten unter Treuhänderschaft (*trusteeship*) der westlichen Großmächte.

«Will man später nicht sehr viel Ärger bekommen, kann man jetzt kein Kriegsergebnis akzeptieren, welches nicht das Problem zwischen Deutschen und Slaven in Osteuropa endgültig regelt. Zwischen Deutschen und Slaven muß ein Gleichgewicht bestehen sowie jeweils echte Unabhängigkeit. Man kann es sich nicht leisten, solche Zustände in Osteuropa und dem Herzland zu hinterlassen, die in der Zukunft irgendwelchen Ambitionen Spielraum lassen würden, denn man ist der jüngsten Gefahr nur haarscharf entronnen.»⁸¹

Wie skeptisch jedoch so mancher verantwortliche Staatsmann den realen Gehalt der «Selbstbestimmung» einschätzte, illustriert ein im November 1917 abgefaßtes Schreiben von Lord Robert Cecil an den Herausgeber des *Spectator*:

«Ich bin mir natürlich bewußt, daß wir alles in unserer Macht stehende für die Polen, Jugoslawen und Tschechen aufbieten müssen, aber ich muß hinzufügen, ich kann mich nicht übermäßig über den Erfolg unserer Bemühungen freuen. Soviel ich weiß, haben die Slaven nie die Fähigkeit zur Selbstregierung gezeigt. Steed und seine Freunde würden meine Ansicht ohne Zweifel als unwissend und dumm bezeichnen; sie aber sehen diesen Aspekt der europäischen Politik vom Standpunkt eines Kreuzzuges aus. Sie glauben an «Nationalität», als wäre sie eine Religion. Ich sehe in ihr nur eine der starken internationalen Kräfte, deren Unterschätzung Dummheit wäre. Bis jetzt scheinen mir ihre Errungenschaften nicht als besonders ermutigend. Zu unserem Unglück brachte diese Bewegung ein geeintes Deutschland hervor, sie hielt Südosteuropa in Aufruhr, sie ist für die unvernünftigen Ansprüche Italiens verantwortlich und wird uns in Irland zum Fluch.»⁸²

R.W. Seton-Watson wurde seit dem Frühjahr 1917 stärker in die politische Arbeit der Regierung einbezogen, in der seit Anfang Dezember 1916 unter Premier David Lloyd George sechzehn von zwanzig Regierungsposten von Sympathisanten des Round Table besetzt waren. Im Mai konnte er dank einer Empfehlung von Lloyd George, Lord Milner und Lord Curzon seine Tätigkeit im Nachrichtendienst (*Intelligence Bureau of the Department of Information*, im folgenden: PID) aufnehmen, das dem War Office unterstellt war. Dort leitete Seton gemeinsam mit Lewis Namier das Ressort *East and Central Europe*, A.J. Toynbee war für den Nahen Osten zuständig, Rex Leeper für Rußland, Allen Leeper für den Balkan. Damit war das Department fest in

Händen der Mitarbeiter von *New Europe*. Das PID sollte im Auftrag der Regierung Fallstudien, Denkschriften und Propagandamaterial erarbeiten.⁸³ Seton verfaßte als erstes ein Memorandum unter dem Motto *Austria est delenda*. Darin legte er dar, daß ein Zerfall der Donaumonarchie aufgrund der in den Geheimverträgen mit Italien und Rumänien eingegangenen Verpflichtungen der Alliierten logisch und unvermeidlich sei. Wolle man dies nicht anerkennen und mit Österreich einen Frieden ohne Annexionen vereinbaren, würde man der Welt lediglich beweisen, daß es England mit der Befreiung und Neuordnung des Donauraums nie ernst gemeint habe. Die britische Staatsführung könne dem damit einhergehenden Verlust an Glaubwürdigkeit nur beugen,

«indem wir unsere Entschlossenheit erklären, jeder einzelnen Nationalität in Europa [...] ihr Recht auf Selbstbestimmung zu sichern. [...] In anderen Worten: Unsere Kriegsziele müssen in einer Form neu bestimmt werden, die das zugrunde liegende demokratische Prinzip herausarbeitet. Revolutionäre Demokratien werden nur für Prinzipien kämpfen, nicht für Verträge, Versprechen oder Interessen.»⁸⁴

Am 13. Februar 1918 wurde von Lord Northcliffe, dem damaligen Eigentümer der *Times*, eine eigene, dem Premierminister unterstellte Propagandaabteilung (*Department of Propaganda in Enemy Countries in Crewe House*, im folgenden: EPD) ins Leben gerufen; Northcliffe bestellte Wickham Steed und Seton-Watson zu leitenden Mitarbeitern; beide konnten nun ihre Vorstellungen im Rahmen des EPD ungehindert formulieren.⁸⁵ Seit April 1918 sorgte das Department hinter der Front für die Verteilung von Propagandamaterial in verschiedenen Sprachen. Gleichzeitig gewann das EPD immer mehr Einfluß auf die Formulierung der britischen Außenpolitik. In einem von Steed aufgesetzten Schreiben hatte Northcliffe Außenminister Balfour am 24. Februar 1918 darauf hingewiesen, daß die Propagandaarbeit in erster Linie auf Österreich-Ungarn zielen müsse; britisches Kriegsziel bleibe

«[...] nicht [...] eine Anzahl kleiner, unzusammenhängender Staaten, sondern [...] eine nichtdeutsche Konföderation der Staaten Zentraleuropas und des Donauraums».

Ein Separatfrieden mit Österreich könne nicht mehr in Erwägung gezogen werden, Österreich werde den dualistischen Staatsaufbau nie überwinden, deswegen sei auf diesem Weg auch keine Befreiung der Slaven möglich; nun müsse sich die britische Regierung uneingeschränkt zu einer konsequenten Nationalitätenpolitik bekennen.⁸⁶ Neben einer Donauföderation dachte man ferner an eine Balkanföderation, der sich Bulgarien und Griechenland anschließen sollten.⁸⁷ In seiner Antwort wollte sich Balfour noch nicht endgül-

tig festlegen: Allgemein gesehen sei eine Propaganda für Freiheit und Selbstbestimmung schon richtig,

«ganz gleich, ob nun das letzte Ziel unserer Anstrengungen in der vollständigen Zerschlagung Österreichs oder in seiner Entgermanisierung unter der Herrschaft Habsburgs besteht.»⁸⁸

Zum Zeitpunkt der Geheimverhandlungen mit Österreich um einen Separatfrieden glaubten viele britische Politiker wie Smuts oder Clerk, man könne Polen als autonomes Staatswesen in Personal- und Wirtschaftsunion der Habsburgermonarchie anschließen. Doch mit der Zeit setzten sich die Ansichten von Namier und Seton durch, die einerseits vor dem «großpolnischen Imperialismus» und «reaktionären Klerikalismus» polnischer Politiker warnten und betonten, daß jede Ausdehnung Polens auf Kosten Rußlands nur zu einer Stärkung der deutschen Position führen werde, andererseits jedoch die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates nach ethnisch definierten Grenzen befürworteten. Ihr Lösungsvorschlag, der ethnische, staatsrechtlich-historische und wirtschaftsgeographische Argumente vermischte, lehnte eine Ausdehnung Polens nach Osten ab, befürwortete aber die Annexion deutschen Gebiets im Westen und Norden. Bis Kriegsende konnte bezüglich der Grenzfrage allerdings keine Einigung erzielt werden.⁸⁹

Unter dem Eindruck des Friedensvertrags von Brest-Litovsk und der großen deutschen Frühjahrsoffensive «Michael» an der Westfront schrieb die britische Regierung im Mai/Juni 1918 Österreich-Ungarn als Staatsgebilde endgültig ab:

«[...] das politische Vorgehen, mit dem man Österreich von Deutschland abzutrennen versuchte, muß aufgegeben werden. [...] wir glauben daher, daß die beste Vorgangsweise darin besteht, den unterdrückten Nationalitäten in Österreich alle nur mögliche Unterstützung in diesem Kampf gegen die deutsch-ungarische Vorherrschaft zu gewähren.»⁹⁰

Ohne jede weitere Verzögerung leitete die britische Regierung nun die vom EPD empfohlenen Maßnahmen ein, die bislang vorsichtig umgangen oder als bloße Möglichkeit offengehalten worden waren: Am 3. Juni 1918 erkannte Großbritannien den Tschecho-Slovakischen Nationalrat als «verantwortliches Organ der tschechoslovakischen Regierung» an und forderte die «Schaffung eines vereinigten und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer», am 25. Juli bekannte es sich zur «Unabhängigkeit und Einheit aller Serben, Kroaten und Slovenen in einem einzigen Staat».⁹¹ Die Vorstellungen von Masaryk, Seton-Watson und Steed hatten sich durchgesetzt.

Die Entstehung der «Vierzehn Punkte»

Indem die tiefen Wunden, die der Sezessionskrieg 1861-65 hinterlassen hatte, allmählich verheilten, waren die USA infolge der rapide wachsenden Industrialisierung bis zur Jahrhundertwende zu einer imperialistischen Macht herangewachsen, die sich im Pazifik (Hawaii, Guam, Philippinen) und in Lateinamerika (Panama, Cuba, Puerto Rico, Nicaragua) ihren «Platz an der Sonne» zu sichern gedachte. Gleichzeitig jedoch bestand in den USA eine tiefe Abneigung gegen jede Art von Intervention in die Angelegenheiten der «Alten Welt» sowie umgekehrt gegen die europäische Einflußnahme auf den amerikanischen Kontinent, was in der Formulierung der berühmten Monroe-Doktrin (1823) zum Ausdruck kam.⁹² Den isolationistischen Neigungen der amerikanischen Bevölkerung entsprechend, hatte Präsident Woodrow Wilson im Sommer 1914 die strikte Neutralität der USA versichert. Die zahlenmäßig nicht unerhebliche irisch-, deutsch- und jüdischstämmige Bevölkerungsgruppe machte ob ihrer Sympathien für die Mittelmächte kein Hehl; generell war die Erinnerung an den amerikanischen Befreiungskrieg gegen die englische Kolonialmacht, die Kanada noch als Kronland verwaltete, sehr lebendig.

Mit dem Amtsantritt des Presbyterianers Woodrow Wilson (1856-1924) im Jahre 1913 hatten die USA einen Präsidenten erhalten, der frühzeitig für eine tiefgreifende Reform der Weltpolitik eingetreten war. Mit messianistischem Eifer trat er für ein universelles, internationales System in Politik und Wirtschaft ein, das durch die planetare Verbreitung der Prinzipien des Liberalismus und des Freihandels jede Art von Imperialismus und revolutionärem Sozialismus ein- für allemal beenden sollte.⁹³ Wilson war davon überzeugt,

«daß Amerika hoch das Licht emporhält, das über alle Generationen hinwegleuchten und die Schritte der Menschheit zu dem Ziele der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens führen wird.»⁹⁴

1915 hatte er die Teilnehmer eines *Salesmanship Congress* dazu aufgerufen:

«Zieht los und verkauft Güter, die die Welt angenehmer und glücklicher machen, und bekehrt sie zu den Grundsätzen Amerikas.»⁹⁵

Viele amerikanische Imperialisten träumten davon, im 20. Jahrhundert, dem kommenden *American Century*, in die Fußstapfen des Britischen Weltreichs zu treten. Der Wirtschaftshistoriker Edwin F. Gay äußerte 1898 die Ansicht:

«Wenn ich an das Britische Empire als unser Erbteil denke, so denke ich einfach an das natürliche Recht der Nachfolge. Letztendlich ist diese Nachfolge unvermeidlich. [...] man braucht es nicht zu überstürzen.»⁹⁶

Auf dem Höhepunkt des Imperialismus, im April 1898, formulierte ein US-republikanischer Abgeordneter das ökonomische Grundproblem in den Sätzen:

«Amerikanische Fabriken schaffen mehr als die Amerikaner verbrauchen können; der amerikanische Boden produziert mehr als sie konsumieren können. Das Schicksal hat uns unsere Politik vorgeschrieben: Der Welt-handel muß und wird unser sein. [...] Wenn das angelsächsische Solidarität bedeutet, wenn das eine englisch-amerikanische Verständigung auf der Basis einer Aufteilung der Weltmärkte bedeutet, [...] werden die Sterne in ihrer Bahn für uns kämpfen, und zahllose Jahrhunderte werden uns Beifall zollen.»⁹⁷

Jedoch waren die Beziehungen zwischen England und den USA in jenen Jahren keineswegs spannungsfrei. Ein in den USA lebender Engländer meinte im Jahre 1914 über die Haltung des Durchschnittsamerikaners:

«Er sah Britanniens Hand in fast jedem Unglück, sei es im Inland oder Ausland; er verdächtigte es der Einmischung in jeder Wahl, die nicht nach seinen Wünschen verlief; [...] und er freute sich über Britanniens Mißgeschick, jauchzte über ihre Fehler und dankte Gott, daß er kein Engländer war.»⁹⁸

Die Briten ihrerseits fürchteten die wachsende amerikanische Flottenpräsenz und Wirtschaftskonkurrenz ebenso sehr wie jene der Deutschen, ja man sprach sogar von der Möglichkeit eines Krieges zwischen dem Empire und den USA.

Aber zugleich sahen auf der britischen Insel zahlreiche einflußreiche Persönlichkeiten ein, daß der Aufstieg der USA unaufhaltsam sein würde und ein militärischer Konflikt nur mit dem Untergang des Empire enden könnte; es blieb nur eine Lösung: eine möglichst enge weltpolitische Kooperation mit den USA, *special relationships*. Vor allen Dingen die Round-Table-Gruppe um Alfred Milner arbeitete an der Verwirklichung einer solchen anglo-amerikanischen Allianz. Bereits Milners Vorbild Cecil Rhodes und dessen Freund William T. Stead hatten die Einbindung der USA in diese britisch geprägte Weltgemeinschaft als vordringliche Aufgabe angesehen, da man den Aufstieg Amerikas zur Weltmacht und die «Amerikanisierung des britischen Reiches» voraussah.⁹⁹ Rhodes hatte kurz vor seinem Tod von der Fusion des britischen Unterhauses und des amerikanischen Kongresses, von einer all-englischen Hauptstadt Washington und einer anglo-amerikanischen Union geträumt, welche «die Regierung der ganzen Welt antreten» (*take the government of the whole world*) und «den Frieden der Welt in alle Ewigkeit sichern würde» (*the peace of the world would be secured for all eternity*).¹⁰⁰

Seine Vision war großzünftig, ihre Verwirklichung über einen langen Zeitraum hin angelegt; diesem langfristigen Ziel diente die Einrichtung der Rhodes-Stipendien, mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte, um «die Familienbande zwischen den Vereinigten Staaten und dem Empire» zu festigen.¹⁰¹ Rhodes rechnete erst nach Ablauf von «einhundert Jahren» mit einer anglo-amerikanischen Union und der Verwirklichung des «Weltfriedens».¹⁰²

Für Wilson, den «Buddha im Gehrock» (*Buddha in a frock coat*),¹⁰³ hatten viele Angehörige des Milner-Kreises zwar nur Spott und Verachtung übrig – Milners Intimus Leo Amery hielt den Präsidenten nach ihrer ersten Begegnung für noch «dümmer, als ich ihn mir vorgestellt hatte» (*he is [...] stupider than I had imagined*).¹⁰⁴ Philip Kerr schrieb an seinen Freund Lionel Curtis, der US-Präsident verkörpere den «kindlichen Glauben [Amerikas] an die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faire».¹⁰⁵ Aber dies konnte nichts an der Notwendigkeit eines Zusammengehens zwischen den beiden englischsprachigen Mächten ändern.

In einer Rede, die Lord Milner 1918 im Bedford College hielt, wies er auf die Bande hin, die im anglo-amerikanischen Raum geknüpft worden waren und die er selbst mit Hilfe des Rhodes-Trust zu stärken gedachte:

«[...]eine Kameradschaft im Krieg wird zu einer Kameradschaft im Frieden führen, produktiv zum unermesslichen Nutzen des gesamten Menschengeschlechts. [...]Die Ideen und Bestrebungen der Männer auf beiden Seiten des Atlantiks sollten von der Masse beider Nationen besser verstanden werden.» Auf diese Weise «würden sie sich einer geistigen Verwandtschaft bewußt werden, der Tatsache, daß ihnen einige transzendente Ziele gemein sind. Falls es sich so erweisen sollte, werden daraus praktische Konsequenzen von höchst transzendenter Bedeutung erwachsen.»¹⁰⁶

Man interpretierte das Verhältnis, die *special relationships* oder *kinship* zwischen England und den USA, nach dem Vorbild der Beziehung zwischen Griechenland und Rom: Aufgrund seiner rohen, unverbrauchten Kräfte war Rom an die Stelle Athens getreten, doch wurde es durch die Kultur und die Lehrer des untergehenden Hellas erzogen und geprägt. Eine «Heirat von amerikanischer Macht und den weltweiten Verbindungen der Briten»¹⁰⁷ verfocht beispielsweise schon damals Winston Churchill (1874-1965, seit 1911 Erster Lord der Admiralität) mit allem Nachdruck. Die britische Haltung war klar: Sollte man die eigene Weltmachtstellung schon an die USA abtreten, so wollte man doch wie einst das *Greek Commonwealth* (so der Titel von Alfred

Zimmerns einflußreichen Buch aus dem Jahr 1912) dem amerikanischen Neuen Rom die erziehenden Kulturformen vererben. Knapp 30 Jahre später, 1945, kam dieser weitsichtige Standpunkt in den Worten eines britischen Diplomaten zum Ausdruck:

«Wir brauchen mit der amerikanischen Vorstellung unserer Rolle als eines «Junior-Partners» nicht unzufrieden zu sein [...], solange wir weiterhin unseren Senior beeinflussen können.»

Ein anderer bekräftigte: «Ohne es notwendigerweise zu wissen, müssen die Amerikaner die Welt weiterhin durch das britische Fenster sehen.»¹⁰⁸

Eine Annäherung war folglich nur möglich, wenn sich die USA aus ihrer politischen Isolation lösen, identische Interessen entwickeln und eine globale Verantwortung auf sich nehmen würden. Dies als langfristiges Ziel vor Augen, wurde aus den Kreisen um Milner über die eng kooperierenden Londoner Bankhäuser Lazard Bros. & Co. und Morgan Grenfell & Co.¹⁰⁹ ein festes Band zu J.P. Morgan & Co. nach New York geknüpft. John Pierpont Morgan jr. (1867-1943) war, wie sein 1913 verstorbener Vater – aber im Gegensatz zu eher deutschfreundlichen jüdischen Großbankiers wie Otto Kahn, Jacob Schiff, den Warburgs –, anglophil bis ins Blut, gerade in Hinblick auf seine Konkurrenz überzeugter Antisemit, hatte in London sein Metier erlernt und verbrachte jährlich sechs Monate auf der britischen Insel.

In den ersten drei Kriegsjahren führte Morgan & Co. alle britischen und französischen Transaktions- und Anleiheoperationen in den USA durch; die Bank war *Her Majesty's Government's sole purchasing agent*. Bis zur Oktoberrevolution übte Morgan diese Funktion mit Hilfe britischer Mittelsmänner und britischer Finanzkredite auch für Rußland aus.¹¹⁰ Gleichzeitig machte Morgan nach 1914 seinen ganzen Einfluß geltend, um die USA für den Kriegseintritt auf der Seite Großbritanniens zu gewinnen.¹¹¹ Und dieser Einfluß war keineswegs unerheblich: «An jedem Punkt wesentlicher Geschäftskontakte im Ausland war ein Partner oder Agent von Morgan – direkt oder indirekt – gleich zur Stelle, um die amerikanische Seite zu informieren und zu führen.»¹¹² Dank dieser personellen Kontakte und Loyalitäten wurde Morgan & Co. auch finanzieller Träger des locker organisierten amerikanischen Ablegers des Round Table, dem George Louis Beer, Walter Lippmann, Frank Aydelotte, Thomas W. Lamont, der Rhodes-Stipendiat Whitney Shepardson, Erwin D. Canham (Rhodes-Stipendiat und Herausgeber des *Christian Science Monitor*) sowie Jerome D. Greene angehörten.¹¹³

Für Morgan jr. sollte sich der Krieg als äußerst lukrative Angelegenheit erweisen,¹¹⁴ wie Thomas W. Lamont (1870-1948, seit 1911 Partner und 1943 Vorsitzender von Morgan & Co.) bereits im April 1915 in einer Rede vor der

American Academy of Politics and Social Science in Philadelphia betonte: Falls der Krieg in Europa andauere, werde die USA zur größten Finanzmacht der Welt aufsteigen.¹¹⁵ Und tatsächlich war J.P. Morgans Konsortium (Morgan & Co. und die Tochtergesellschaften Guaranty Trust Co., Bankers Trust Co., National Bank of Commerce in New York, Morgan Grenfell & Co. in London sowie Morgan Harjes & Cie. in Paris) nach dem Krieg zur bedeutendsten Investmentbanken-Gruppe der Welt aufgestiegen. *A formidable business indeed!*

Großbritannien hatte seinen Rang als wichtigstes Gläubigerland zwar an die USA verloren, und New York löste London als größten Finanzmarkt der Welt ab,¹¹⁶ aber die Morgan-Gruppe zeigte sich bemüht, das weltweite britische Wirtschaftsgefüge durch allmähliche «Amerikanisierung» des Bankensystems funktionsfähig zu erhalten, indem britische Banken die Geschäftsinteressen Morgans vertraten. Auf Wunsch der alliierten Regierungen führte Morgan & Co. außerdem das Kartell der Privatbanken (Foreign Finance Corporation) an, dem auch die National City Bank, die First National Bank und Chase National Bank (d.h. der Rockefeller-Clan) angehörten; mit ihren Krediten sollte der Wiederaufbau Europas finanziert werden. Auf der Pariser Friedenskonferenz waren die Vertreter Morgans unter Führung von Thomas W. Lamont im Sold des US-Finanzministeriums als Experten und Berater tätig.¹¹⁷

Diskret, aber eng mit dem Finanzimperium Morgans verbunden war außerdem Präsident Wilsons langjähriger Intimfreund und engster außenpolitischer Berater, «Oberst» Edward Mandell House (1856-1938). Diese Verbindung läßt sich nur schwer nachweisen, da sich die einschlägige Fachliteratur darüber völlig ausschweigt,¹¹⁸ aber sie kann zumindest erschlossen werden, wenn man ein Schreiben J.P. Morgans vom 8. November 1918 beachtet: Darin empfiehlt er der US-Regierung House als fähigsten Kopf auf der Teilnehmerliste der amerikanischen Verhandlungsdelegation für die Pariser Friedenskonferenz.¹¹⁹ House wurde gemeinsam mit Thomas Lamont und Elihu Root von Morgan auch zu intimen «Arbeitsessen» geladen.¹²⁰ House sorgte durch den Federal Reserve Act von 1913 dafür, daß amerikanische Banken im Ausland Filialen eröffnen konnten, was der Finanzüberlegenheit der USA nach dem Ersten Weltkrieg den Boden bereiten half. In Zusammenhang mit diesem Gesetz wurde die Federal Reserve Bank geschaffen, deren erster Governor der Morgan-Zögling Benjamin Strong wurde.¹²¹

Wilson und House hatten sich erst im November 1911 kennengelernt, und es war «eine Liebe auf den ersten Blick». Der Präsident bekannte später, er habe nach seinem ersten Zusammentreffen mit House, bei dem es sofort

zu einem intimen Gedankenaustausch kam, den Eindruck verspürt, den gebürtigen Texaner schon immer gekannt zu haben.¹²² House manipulierte Wilson auf sehr subtile Weise, indem er ständig dem Geltungsbedürfnis und der hinter einer rhetorischen Selbstlosigkeit verdrängten Eitelkeit des Präsidenten schmeichelte, ihm in Sachfragen generell zustimmte und ihn seiner Sympathie versicherte, um anschließend sein eigenes Anliegen vorzubringen; dabei gebrauchte er biblische Metaphern wie: «[...] Sie sind die einzige Hoffnung, die dieser zerrissenen und außer sich geratenen Welt bleibt. Nur Gott weiß, wie lange wir ohne Ihre Führung in der Finsternis umherirren würden.» Oder: «Ehe Sie der alliierten Diplomatie den Kurs wiesen, war sie hoffnungslos schlecht.»¹²³

Bis zum Bruch zwischen den beiden im Jahre 1919, bei dem gekränkte Eitelkeit auf Seiten Wilsons eine ausschlaggebende Rolle spielte, vertraute der Präsident voll und ganz dem Urteil seines «Beraters», der weder ein öffentliches Regierungsamt bekleidete noch den militärischen Rang eines «Oberst» beanspruchen konnte:

«Mr. House ist meine zweite Persönlichkeit. Er ist mein unabhängiges Selbst. Seine und meine Gedanken sind eins.»¹²⁴

House schien gleichfalls davon überzeugt, daß seine Gedanken in Wilson fleischliche Verkörperung gefunden hatten:

«Ich war wie ein entkörperter Geist, der eine körperliche Gestalt sucht. Ich fand meine Gelegenheit in Wilson.»¹²⁵

Am 8. Juni 1918 schrieb House:

«Er bemerkt nicht, daß es nur wenig Wichtiges gibt, das ihm direkt oder indirekt zukommt, ohne daß es zuvor durch meine Hände gegangen wäre oder ich zumindest davon wüßte. Wahrscheinlich ist es gut, daß es so ist.»¹²⁶

House, dessen Eltern beide aus England stammten, setzte sich seit 1913 unermüdlich für ein enges politisches Zusammengehen zwischen den USA und dem Britischen Empire ein. Er reiste mehrmals nach London, wo er enge freundschaftliche Kontakte zu führenden Politikern pflegte, insbesondere zu Außenminister Sir Edward Grey und Philip Kerr (Lord Lothian), mit dem er regelmäßig korrespondierte.¹²⁷ Umgekehrt erkannten die Briten schnell, in welchem Maße House die amerikanische Außenpolitik beeinflussen konnte. London teilte dem Texaner eine Kontaktperson zu: den jungen Leiter des britischen Geheimdiensts M.I. 6 in den USA, (Sir) William Wiseman. House schloß mit dem «äußerst sensiblen Engländer» sofort eine enge Freundschaft. Beide, House und Wiseman, wohnten seit 1917 in New York auf der 115 East 53rd Street in demselben Gebäude, House im achten Stock und

Wiseman im ersten; so konnten sie täglich stundenlang miteinander konferieren. Wiseman verfügte in seiner Wohnung über eine direkte, kodierte Kabelverbindung nach London und stand mit Milner in engem Kontakt,¹²⁸ House besaß private Telefonanschlüsse ins Weiße Haus und ins State Department.¹²⁹

J.P. Morgan & Co. schien bereits um 1914 bestrebt, die politisch linken Bewegungen in den USA zu unterwandern, indem man ihnen finanzielle Mittel zukommen ließ.¹³⁰ Bedeutendster Repräsentant dieser inoffiziellen Verbindung zwischen Wall Street und der linksliberalen Szene war Walter Lippmann (1889-1974), der kurze Zeit nach Abschluß seines Universitätsstudiums in Harvard Sympathisant des Round Table wurde. Am 8. November 1911 war Lippmann in London erstmals mit dem Round-Table-Mitglied Alfred Zimmern zusammengetroffen, dem er am 7. Juni 1915 schrieb: «Ich habe die Round-Table-Literatur studiert und fühle mich im wesentlichen bekehrt.»¹³¹ Lippmann schloß sich Ende 1916 den Bemühungen Houses an, Präsident Wilson von der Notwendigkeit eines amerikanischen Kriegseintritts zu überzeugen. Er prägte in seiner Zeitschrift *The New Republic*, die von dem Morgan-Partner Willard Straight mitfinanziert wurde, erstmals den Begriff der *Atlantic Community*, der (nord-)atlantischen Schicksalsgemeinschaft. Am 17. Februar 1917 schrieb Lippmann in einem wahrhaft epochalen Artikel über den Ruf der Welt nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA (*the world called us into partnership*) und von der Entstehung einer neuen, «westlich-atlantischen» Wertegemeinschaft:

«An den Ufern des atlantischen Ozeans ist ein fest geknüpftes Interessengeflecht entstanden, das die westliche Welt verbindet. Britannien, Frankreich, Italien, sogar Spanien, Belgien, Holland, die skandinavischen Völker und Pan-Amerika sind im großen und ganzen in ihren tiefsten Bedürfnissen und ihren tiefsten Absichten eine einzige Gemeinschaft. Sie teilen ein gemeinsames Interesse für den Ozean, der sie vereint. Heute sind sie viel untrennbarer verbunden, als es die meisten zum gegenwärtigen Zeitpunkt erkennen.»¹³²

Diese *Atlantic Community* sei die ideale Grundlage für die Verwirklichung des Wilsonschen Liberalismus und der Ausgangspunkt für die Schaffung einer Liga für den Frieden.

«Indem wir zeigen, daß wir [die USA] jetzt und in der theoretischen Zukunft bereit sind, die westliche Welt zu verteidigen, würden wir den Grundstein der Föderation legen.»¹³³

In dieser westlichen Föderation könne schließlich auch ein nach westlichem Muster «demokratisches Deutschland» seinen Platz finden:

«Wir führen gegen Deutschland Krieg, solange es sein Schicksal denen anvertraut, die es von der westlichen Welt trennen wollen. [...] nicht um es zu zerstören, müssen wir gegen Deutschland kämpfen, sondern um es in die Zivilisation zurückzuzwingen und zurückzulocken, der es angehört. Deutschland ist eine rebellische Nation, solange es gegen die westliche Welt einen Offensivkrieg führt.»¹³⁴

Lippmann stand damals am Anfang einer langen Karriere; noch Anfang der 1960er Jahre war er ein enger Berater von John F. Kennedy und sollte bis zu seinem Tod im Jahre 1974 einer der energischsten Verfechter der *Atlantic partnership* bleiben.

Seit September 1917 leitete Edward House einen inoffiziellen Kreis akademischer «Experten»; diese rekrutierten sich zum überwiegenden Teil aus den Privatuniversitäten an der Ostküste (Harvard, Yale, Princeton, Columbia), welche wiederum mittels Stiftungen und Schenkungen von Morgan & Co. finanziell ausgestattet wurden. Die regierungsunabhängige Einrichtung, die den Namen *The Inquiry* («Die Untersuchung») erhielt und nur dem Präsidenten gegenüber verantwortlich zeichnete, sollte nun, da die USA auf der Seite der Alliierten in den Krieg eingetreten waren, für Wilson Denkschriften über neue Ordnungsmöglichkeiten in Mitteleuropa, im Nahen Osten und im Pazifikraum, in Fernost und Lateinamerika erarbeiten und mit den Kriegszielen der Alliierten vergleichen. Der amerikanischen Öffentlichkeit wurde die Existenz der Inquiry verschwiegen, die Dokumente ihrer Mitarbeiter wurden als vertraulich (*confidential*) eingestuft, was aber kein Hinderungsgrund war, den Briten die Ergebnisse der Studien freizugänglich zu machen.¹³⁵

Zum Direktor der Gruppe ernannte House seinen Schwager, den Religionsphilosophen Sidney E. Mezes. Walter Lippmann übernahm, gerade 28jährig, den Posten des Sekretärs. Zu den sogenannten «Experten» zählten u.a. George L. Beer (Round-Table-Mitglied und Spezialist für Kolonialfragen), Charles Seymour und Robert J. Kerner (für Österreich-Ungarn), James T. Shotwell, Isaiah Bowman, A.P. Evans, David H. Miller, Sidney B. Fay, und Robert H. Lord. Bei der Auswahl der Mitarbeiter wurde weniger auf ihre fachlichen Qualifikation geachtet, als auf persönliche Beziehungen und Loyalitäten. So war es keine Seltenheit, daß Archäologen, Althistoriker, Mediävisten oder Papyrologen Gutachten über geopolitische, wirtschaftliche und ethnische Aspekte einer zukünftigen Friedensordnung erstellten.¹³⁶ Als beispielsweise Charles Seymour, als «Experte» für Österreich-Ungarn vorgesehen, dem für Personalfragen zuständigen Geographen Isaiah Bowman mitteilte, er kenne das Land nur als Tourist und aus den Schlagzeilen der Zeitun-

gen, erwiderte Bowman lebensnah: «Fangen Sie zu arbeiten an und werden Sie eine Autorität.»¹³⁷

The Inquiry trug wesentlich zur Entstehung von Wilsons «Vierzehn Punkten» bei. Sie erarbeitete unter Leitung von Walter Lippmann einen ersten Entwurf, den House am 5. Januar 1918 dem Präsidenten überreichte und mit ihm gemeinsam durcharbeitete, bevor Wilson am 8. Januar vor dem Kongreß seine Punkte als amerikanisches Friedensprogramm verlas.

«Wir begannen um 10.30 Uhr mit der Arbeit, und um 12.30 Uhr hatten wir die ganze Weltkarte nach unseren Vorstellungen verändert.»¹³⁸

Ganze zwei Stunden zur Neuordnung der Welt – fürwahr eine Arbeit von Experten! Wilson fügte selbst lediglich die Punkte 1 bis 5 und 14 hinzu, die rein prinzipieller und abstrakter Natur waren.¹³⁹ Der Stab der *Inquiry* hatte betont, daß die USA folgende Faktoren in ihrem Sinne manipulieren und zur Formulierung einer «Neuen Diplomatie» gebrauchen müsse:

«1. Die universelle Sehnsucht nach Frieden [...], 2. die fast universelle Empfindung auf der Seite der einfachen Weltbevölkerung, daß die Alte Diplomatie bankrott ist und daß das System des bewaffneten Friedens nicht wiederhergestellt werden darf. Dies ist eine ihrem Wesen nach zutiefst antipreußisch eingestellte Empfindung, die für unsere Seite gewinnbringend verwertet werden sollte. [...] 3. ein großes Hoffen auf einen Völkerbund [...]; 4. die Drohung der sozialen Revolution besteht auf der ganzen Welt. [...] In einem Krieg, der für demokratische Ziele ausgefochten wird, sollte man diese Ängste auf unserer Seite kämpfen lassen.»¹⁴⁰

Vertreter der englischen Round-Table-Gruppe dachten nach Kriegsausbruch an die Möglichkeit, eine Art Gemeinschaft der Nationen auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage entstehen zu lassen. Dies bildete den Keim zu den britischen Initiativen für einen «Völkerbund» (*League of Nations*). Dieser Völkerbund sollte nach den Vorstellungen von Lord Milner, Philip Kerr, Lionel Curtis oder General Smuts auf drei Leitideen beruhen: 1. Formulierung einer gemeinsamen Ideologie und Weltsicht unter den Völkern des Vereinigten Königreichs, des Empire und der USA. 2. Schaffung von funktionalen Einrichtungen und Praktiken der Zusammenarbeit, um parallel gemeinsame politische Denkmuster und Reflexe zu entwickeln (dafür dienen bis zum heutigen Tag beispielsweise die an die Universität Oxford gebundenen Rhodes-Scholarships). 3. Entstehung einer Konföderation auf anglo-amerikanischer oder planetarer Grundlage.¹⁴¹ Diese «Vereinten Nationen» sollten das britische Prinzip des Supremats des Gesetzes (*supremacy of law*) im Rahmen eines Commonwealth verwirklichen und letztlich auf die ganze Welt ausdehnen.

Die Vertreter des Round Table waren von der Überlegenheit der britischen Einrichtungen als Verkörperung der höchsten moralischen Entwicklung des Menschen so überzeugt, daß sie die Überlegenheit mit der «gottgewollten Mission» verknüpften, alle Völker der Welt früher oder später mit dieser Wohltat beglücken zu müssen. Dabei sollten, wie Philip Kerr im April 1916 formulierte, die «fortgeschrittenen» West-Völker als eine Art «Treuhand für die ganze Menschheit» (*trustees for all mankind*) die Vormundschaft der «rückständigen» Völker übernehmen: «[...] die Bewohner Afrikas und Teile Asiens haben ihre Unfähigkeit zur Selbstregierung bewiesen».¹⁴² Jan Smuts wollte zwei Jahre später diese Vormundschaft (*tutelage*) sogar auf die Völker Ostmitteleuropas bezogen wissen, die also, wenig schmeichelhaft, auch als rückständig angesehen wurden.¹⁴³

In der Zeitschrift *The Round Table* wurden im September 1915 erste Umriss eines «Weltstaates» formuliert, die in ihrer Utopie den Gedanken des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson in nichts nachstehen, ja sie sogar übertreffen.¹⁴⁴ Der ungenannte Verfasser, hinter dem sich Philip Kerr verbarg, definierte darin den Staat als eine «Gemeinschaft menschlicher Wesen, die auf der Grundlage des wechselseitigen Dienstes organisiert ist» (*community of human beings organized on the basis of mutual service*). Deshalb könne nur der Staat das christliche Gebot in die Praxis umsetzen: «Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst», denn nur über und durch den Staat könne der Einzelmensch seine «praktischen Pflichten in dieser Welt» (*practical duties in this world*) an allen seinen Mitmenschen erfüllen:

«Ohne den Staat kann dieses Gebot nicht vollständig verwirklicht werden. [...] der gute Christ soll auch ein guter Staatsbürger sein, denn nur als Bürger eines Staates kann er den Pflichten gegenüber der ganzen Welt zur Gänze nachkommen.»¹⁴⁵

Augustinus und seine klerikalen Epigonen wären von dieser frommen Gleichsetzung von Christ und Staatsbürger sicherlich erfreut gewesen.¹⁴⁶ Dieser Gedanke stelle auch den Rahmen eines zukünftigen «Weltstaates» (*world state*) dar, der auf der Herrschaft des Gesetzes begründet werden müßte.

«Solch ein Staat muß sich über alle anderen hinwegsetzen. Tatsächlich wird er der einzige Staat sein. [...] Unterhalb dieser Ebene kann es wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine unbestimmte Zahl nationaler Einheiten geben, aber das oberste Gesetz wird das Weltgesetz sein, das sich über das nationale Gesetz dort hinwegsetzt, wo es mit ihm in Konflikt tritt, und dem alle Bewohner des Planeten verpflichtet sind.»¹⁴⁷

Doch wer würde diesem Superstaat sein «Weltgesetz» verleihen? Natürlich, das anglo-amerikanische Experten-Papsttum, oder in den Worten des Pro-

pheten Cecil Rhodes: «*A kind of religious brotherhood like the Jesuits*», «*a church for the extension of the British Empire*», «*to train the people in the English-speaking idea*».¹⁴⁸ Denn diese Weltregierung müßte demokratischen Prinzipien verpflichtet sein, denen bislang nur die fortgeschrittensten Nationen, nämlich die Westmächte, nachkämen.

«Einerseits müßte die Leitung der Weltangelegenheiten in den Händen der am meisten zivilisierten Völker liegen, denn es wird dem Weltfortschritt nicht geholfen, wenn man Macht von verantwortlichen auf unverantwortliche Hände überträgt. Den auf dem Weg des Fortschritts befindlichen Völkern die Verantwortung der Selbstverwaltung zu entziehen, hieße andererseits, die Zeiger der Uhr des Fortschritts zurückzustellen. Es scheint daher, daß ihre Außenbeziehungen und derjenige Teil ihrer innenpolitischen Gesetze, die Auswirkungen auf den Rest der Menschheit haben, bis zu dem Zeitpunkt von oben kontrolliert werden müßten, an dem sie reif wären, zu ihrem Teil der Verantwortung für die politische Gestaltung der Welt zugelassen zu werden.»¹⁴⁹

Universelle Freiheit und universeller Frieden, die Ziele eines solchen Weltstaates, seien in den Einrichtungen des Britischen Commonwealth modellhaft vorgegeben: «Das Britische Commonwealth ist ein perfektes Beispiel des am Ende entstehenden Welt-Commonwealth.» Der Weltstaat sollte sich also zuerst aus denjenigen Staaten zusammensetzen, die bereits das britische Modell in die Praxis umgesetzt hätten. Diese sollten «für das Wohl aller Nationen» (*for the welfare of all nations*) wirken und ihren Prinzipien notfalls – wobei die Not Auslegungssache bleibt – auch mit Gewalt Geltung verschaffen. Andere Staaten sollten in einem zweiten Schritt dieser Weltgemeinschaft nach und nach beitreten, wenn sie sich auf die Ebene ihrer Prinzipien erhoben hätten. Zuletzt würde diese Gemeinschaft die ganze Welt umfassen, der Weltstaat in Form eines Welt-Commonwealth wäre Wirklichkeit geworden. «Was für einen typischen Ausschnitt der Menschheit eine Tatsache ist, wird letzten Endes für die ganze Menschheit möglich sein.»

Robert Cecil konkretisierte in einem Brief an William Wiseman, den britischen Verbindungsmann in den USA, in welcher Richtung sich die Vorstellungen über eine Nachkriegsordnung bewegten:

«Was wir brauchen, ist ein großes Ideal, und ein solches finden wir in der alten hebräischen, sagen wir auch christlichen, Vorstellung des Friedensreiches. Ich glaube, daß eine große, nicht klar umrissene Empfindung dieser Art existiert. Ist dies nicht der Fall, dann können wir nichts tun. Trifft es aber zu, dann müssen wir ein Organ schaffen, damit diese Empfindung zum Ausdruck gelangen kann. Dazu muß ein Völkerbund dienen[...]»¹⁵⁰

Die Satzung des Völkerbunds ist im Englischen mit dem biblischen Ausdruck *Covenant* benannt, der in der Bibel den «Bund» zwischen Jahve und dem Volk Israel bezeichnet.

Diese frommen und gottesfürchtigen Gedanken waren offensichtlich direkt für US-Präsident Wilson zurechtgeschnitten: Weltfrieden in Form einer Staatengemeinschaft, die nach den alttestamentarischen Prinzipien eines völkerrechtlich allgemein verbindlichen Moral- und Gesetzeskodex geordnet sein sollte. Tatsächlich war sich der Kreis um Milner, Curtis und Kerr darin einig, daß Wilsons Parolen – «die Welt für die Demokratie sichern» (*to make the world safe for democracy*), «der Krieg, um alle Kriege zu beenden» (*the war to end all wars*), «Selbstbestimmung» (*self-determination*) – zum großen Teil mit ihrer Auffassung von «der Herrschaft des Gesetzes» (*the rule of law*) identisch waren.¹⁵¹

In den Jahren 1915/16 nahm die Idee einer *League of Nations* in Gestalt eines zukünftigen *World Commonwealth* auf beiden Seiten des Atlantiks Gestalt an. Auf britischer Seite verfaßten vier Männer aus dem Umkreis von Milner die ersten Entwürfe für den Völkerbund und seine Satzung: Robert Cecil, General Jan Smuts, Lord Walter Phillimore und Alfred Zimmermann. Auf amerikanischer Seite war George L. Beer maßgeblich an der Ausarbeitung der Entwürfe beteiligt. Dabei griff man auf Konzepte aus dem 16., 17. und frühen 19. Jahrhundert zurück (Sully, Penn, Kant, Bentham, Czartoryski) und versuchte, die darin enthaltenen Grundgedanken den Bedingungen der Gegenwart anzugleichen. Ein im Herbst 1916 verfaßtes Memorandum von Robert Cecil bildete den ersten britischen Keim zur Satzung des Völkerbundes.¹⁵²

Die Vertreter des Round Table sprachen nun allerdings nicht mehr von der Schaffung eines «Weltstaates», was auch in den eigenen Ländern für zuviel Unruhe gesorgt hätte, sondern nur noch von einer zwischenstaatlichen Weltkonferenz, die verschiedene Commonwealths zum gemeinsamen Dialog zusammenführen sollte, ohne ihre staatliche Unabhängigkeit zu beschneiden. Das dem Völkerbund zugrundeliegende Rechtsprinzip müsse die Staaten allmählich «moralisieren» und zu einer neuen Form der Gemeinschaft erziehen, welche erst die nötige Reife zur Verwirklichung eines zukünftigen Weltstaates besitzen werde. Diese Gedanken brachten Lionel Curtis¹⁵³ und Alfred Zimmermann¹⁵⁴ im Dezember 1918 in *The Round Table* zum Ausdruck; gleichzeitig erschien die von Jan Smuts (gemeinsam mit G. L. Beer) verfaßte Studie *The League of Nations: A Practical Suggestion*. Seit 1915 warb die *League of Nations Society* in Großbritannien sowie die *League to Enforce Peace* in den USA für diesen Ordnungsgedanken. «Die britischen Überlegungen

[waren] schon sehr viel reifer, klarer und konkreter [...] als die damals immer noch recht vagen amerikanischen Vorstellungen. In der Öffentlichkeit überließen die Politiker die Führung der Bewegung freilich den Amerikanern, da sie mit Recht annahmen, daß andernfalls der von ihnen für unbedingt erforderlich gehaltene Beitritt Amerikas zum Völkerbund gefährdet sei.»¹⁵⁵

Bereits im Frühjahr 1915 hatte Sir Edward Grey an seinen Freund Oberst House geschrieben, daß die USA im Falle eines Kriegseintritts eine spätere Friedensordnung entscheidend mitgestalten könnten.¹⁵⁶ House vermittelte die Vorstellungen Greys über eine zwischenstaatliche Weltgemeinschaft an Wilson, den diese moralische Rechtfertigung über sein schlechtes Gewissen hinwegtröstete, die USA entgegen früheren Versprechungen nun allmählich doch in den «europäischen Konflikt» zu verwickeln.¹⁵⁷ Auf britischer Seite wurde fest mit der Einbindung der USA als junger, unverbrauchter Macht in den westlichen Ordnungsplan gerechnet, wobei man als ein Haupthindernis den sich zäh behauptenden Isolationismus des größeren Teils der amerikanischen Öffentlichkeit einschätzte. Wilson dachte gleichfalls, so berichtete William Wiseman nach einem Gespräch mit dem Präsidenten seinen Vorgesetzten in London,

«obwohl er es niemals richtig zugeben würde, [...] vom Völkerbund als einem anglo-amerikanischen Instrument. Er stellte sich den Völkerbund als ein Forum vor, auf dem die Vertreter aller Nationen zusammentreffen und ihre Sicht der Dinge zum Ausdruck bringen könnten; aber im Hinterkopf verbarg sich die Idee, daß die Entscheidungen in vertraulichen Konferenzen zwischen den amerikanischen und britischen Vertretern getroffen werden könnten und daß, nachdem der Rest der Welt zu Ende geredet hatte, diese Entscheidungen dann verkündet werden könnten. Der Grund dafür war sein Glaube, daß das Denken der englischen Liberalen im wesentlichen seiner Art zu denken entspräche.»¹⁵⁸

An anderer Stelle wies Wiseman seine Vorgesetzten darauf hin:

«Amerika würde niemals auch nur einen Augenblick lang zugeben, daß es dazu bereit ist, der Führung Englands zu folgen. Dennoch ist es wahr, daß es unbewußt an britischen Traditionen festhält und eher dazu geneigt ist, den britischen Gesichtspunkt zu akzeptieren als irgendeinen anderen, aber nur unter der Voraussetzung, daß keine Andeutung entschlüpft, daß England die Außenpolitik der USA dirigiert oder führt. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß sich momentan der langfristige Kurs der amerikanischen Außenpolitik herausbildet und sehr viel vom verständnisvollen Meinungs Austausch der Führer des britischen und des amerikanischen Volkes abhängt.»¹⁵⁹

Nach dem Kriegseintritt

Am 6. April 1917 erklärten die USA Deutschland den Krieg, acht Monate später, am 7. Dezember folgte die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn. Zwischen diesen beiden Daten ereignete sich in Rußland die bolschewistische Oktoberrevolution. Durch diese Ereignisse wurde der Charakter des Krieges grundlegend verändert; erstmals zeichnete sich der große Ost-West-Konflikt ab, der das 20. Jahrhundert prägen sollte. Die USA unter ihrem Präsidenten Wilson wurden dabei zur wichtigsten Schutzmacht jenes Ordnungsprinzips, dessen Grundgedanken aus Europa entgegengetragen wurden. Im April 1917 sagte Walter Lippmann auf einer Rede in Philadelphia:

Der Krieg

«löst sich in einer gewaltigen Revolution auf. Alle Perspektiven sind heute durch die [Februar-]Revolution in Rußland und die Intervention Amerikas verändert. Die Werteskala ist im Umbruch, denn den Demokratien ist freier Lauf gelassen.» Das Ziel des Krieges sei nun die Schaffung einer «Union der liberalen Völker[...], die dazu entschlossen sind, auf der Grundlage einer Weltföderation ein erweitertes und moderneres System des Völkerrechts zu errichten.»¹⁶⁰

Einen ähnlichen Gedanken brachte Philip Kerr in *The Round Table* vom März 1918 zum Ausdruck:

«Europa befindet sich in einem Gärungsprozeß, und angesichts der allgemeinen Unsicherheit, angesichts des wachsenden Elends und Leids kann kein Mensch vorhersagen, welche Kräfte, welche Führer, welche Gesellschafts- und Regierungsformen für die Völker Europas hervortreten werden.»¹⁶¹

Drei Ideologien kämpften heute um die Herrschaft der Welt und die Gedanken der Menschheit: das Prinzip of *Prussianism*, das Prinzip der Revolution und das Prinzip des *Commonwealth*. *Prussianism* und die leninistische Revolution seien eng miteinander verwandt; ihre Herrschaft beruhe auf der Gewalt. Aber da der Mensch «ein geistiges Wesen» (*a spiritual being*) sei (was Kerr, selbst Anhänger der *Christian Science* von Mary Eddy Baker, mit Beispielen aus der darwinistischen Evolutionslehre unterstrich!), benötige er zum Leben Gerechtigkeit und Freiheit. Diese fänden in dem Prinzip des *Commonwealth* ihre Verkörperung:

«Ein Commonwealth ist eine Organisation, die aus dem herrschenden Beweggrund von Liebe und Brüderlichkeit entworfen wurde. [...] Die Lehre des Commonwealth wurde über die Jahrhunderte immer wieder

dargelegt und angewendet, von Platon bis zu Präsident Wilson [sic!]. Sie verkörpert [...] die Antwort der menschlichen Seele auf die doppelte Herausforderung von *Prussianism* und Revolution. [...] Religion und Philosophie, Gewissen und Idealismus verkündigen sie.»¹⁶²

Auf diese Weise setzte 1917/18 ein historischer Prozeß ein, in dessen Verlauf die USA allmählich die globale Rolle des Britischen Empire übernahmen.¹⁶³ Amerika, unbelastet von kolonialer Vergangenheit und aus einem revolutionärem Befreiungskrieg hervorgegangen, schien wesentlich geeigneter, als Hüter der Prinzipien von Freiheit und Demokratie aufzutreten, als Garant des Völkerbundes, einer «allgemeine[n] Vereinigung der Nationen [...] zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistungen für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der großen wie der kleinen Staaten», wie Wilson in seinen «Vierzehn Punkten» formulierte.¹⁶⁴

US-Außenminister Lansing hingegen hatte in einem Memorandum vom 23. August 1918 folgerichtig erkannt, daß zwischen dem Eintreten Englands für die «unterdrückten Nationalitäten» Mitteleuropas und der Behandlung der Nationalitäten des Empire ein schreiender Widerspruch bestand. Wäre er ein österreichischer Staatsmann, so räsionierte Lansing, würde er die Unabhängigkeit Irlands, Ägyptens, Indiens fordern und diese auch anerkennen. Das wäre für die alliierten Teilnehmer einer Friedenskonferenz im höchsten Grade «peinlich». «Großbritannien hat schon einen nicht beneidenswerten Ruf, für sich selbst einen anderen Maßstab als für die übrigen Nationen anzulegen.»¹⁶⁵ Die USA müßten vorsichtig sein, so Lansing, ihr Ansehen nicht auf dieselbe Art zu verspielen.

Nach einigem Tauziehen zwischen der amerikanischen Seite unter Wilson und der britischen Seite einigte man sich im Februar 1919 auf die Satzung des neu konstituierten Völkerbundes. Sie bildete im großen und ganzen eine Synthese der anglo-amerikanischen Vorstellungen über eine Neue Weltordnung.¹⁶⁶

Auch Tomáš Masaryk zählte zu denjenigen, die frühzeitig die besondere Rolle erkannten, welche die USA in einer zukünftigen Weltordnung der Demokratie und des Nationalstaatsprinzips spielen würden. In seinem Auftrag war Emanuel Voska in den USA als Agent tätig und organisierte dort gemeinsam mit William Wiseman die Propaganda aus britischen Geldmitteln, hauptsächlich aus dem Budget des britischen Geheimdienstes.¹⁶⁷ Besonderes Gewicht wurde auf die Verteilung von Pamphleten gelegt, welche die Nationalitätenproblematik mit der Vision eines «Neuen Europa» verknüpften. Das Programm Wilsons, das ständig um die Begriffe Demokratie und Selbstbestimmung kreiste, war im Konzept von New Europe nach Ansicht

Masaryks längst vorformuliert, ja es war «Wilson lange vor Wilson selbst»¹⁶⁸. Wilsons berühmte Rede vom 22. Januar 1917, in welcher er vor dem Senat über das künftige Völkerkonzert nach dem Krieg, über Abrüstung, Demokratie und Selbstbestimmung sprach, wurde von dem Round-Table-Angehörigen Alfred Zimmern in einem Brief an Seton scharfsinnig kommentiert:

«Was denken Sie von Wilsons Botschaft? Ich glaube, bei klugem Vorgehen sollte sie unserer Sache enorm helfen: denn wörtlich genommen hat sie das Neue Europa dargelegt. [...] An Ihrer Stelle würde ich den Blödsinn über «keinen Sieg» nicht zu tragisch nehmen, sondern lediglich die Folgerungen aus seinen allgemeinen Grundsätzen analysieren [...] und vor allen Dingen die besondere Erwähnung der Wegnahme des preußischen Polen von Deutschland. Die ganze Sache ist entweder äußerst naiv oder äußerst raffiniert. Ich neige dazu, das erstere anzunehmen.»¹⁶⁹

Seit dem 16. Mai 1917 hatte sich Masaryk in der rußländischen Hauptstadt Petrograd aufgehalten (wie St. Petersburg seit 1915 patriotischerweise hieß). Dort begann er mit der Abfassung eines längeren Essays unter dem Titel *Das Neue Europa*, in dem er direkt auf die Rolle des frischgebackenen Verbündeten USA zu sprechen kam.¹⁷⁰ Neben seinen bereits bekannten Ausführungen über das Wesen der Nationalitätenfrage und des Pangermanismus enthält Masaryks Schrift programmatische Ausführungen der neuen, westlich-alliierten Weltordnung. Indem das Deutsche Reich den theokratischen römischen Imperialismus in der Gegenwart fortsetze und Berlin zum Vierten Rom erhebe, so Masaryk, habe es der ganzen Welt den Krieg erklärt. Denn die Menschheit dränge heute in Richtung eines einheitlichen Organismus aller Völker der Welt, und es sei gerade der Plan der westlichen Alliierten unter der Führung der USA und ihres Präsidenten Wilson, diese zukünftige demokratische Ordnung für Europa und die Menschheit zu erkämpfen.

Im Ringen zwischen den Prinzipien der republikanischen Demokratie der Alliierten und des theokratischen Absolutismus der Mittelmächte handle es sich um ein Duell zwischen amerikanischer und preußischer Idee, zwischen Fortschritt und Mittelalter, ja «es ist der Kampf des Lichtes und der Finsternis [...]»¹⁷¹ Deutschland wolle unter der Maske von «Mitteleuropa» einen großen Teil der «Alten Welt» Europas und Asiens zu seinem Vorteil ausbeuten. Dem müsse man eine «innerliche, geistige Amerikanisierung» entgegenstellen, die auf den Prinzipien der Unabhängigkeit, Freiheit und Humanität gründe und eine einheitliche Organisation der gesamten Menschheit mit sich bringen werde. Präsident Wilson verkörpere jene «politischen Prinzipien der Neuen Welt», «durch welche [...] die politischen Probleme in ihrer Gesamtheit gelöst werden.»¹⁷²

Ein wichtiger, moderner Ordnungsfaktor sei das Nationalitätenprinzip, der «Prozeß der nationalen Individualisation» parallel zur Individualisierung des Einzelmenschen.

«Die Nationen sind die natürliche Organisation der Menschheit, die Nationalität ist die beste Bürgschaft der Internationalität, welche ebenso das Ziel der europäischen Entwicklung ist, wie die Nationalität. Das Eine bedingt das Andere. Die Staaten sind das Mittel der Nation, die Entwicklung der Nationen ist das Ziel. [...] Die Staaten müssen nationalisiert werden.»¹⁷³

Gerade durch Erringung ihrer Selbständigkeit würden sich die Völker wieder zu einer organischen, gleichberechtigten Föderation zusammenschließen, denn die Menschheit im Gesamten tendiere heute zur Einheit.¹⁷⁴ Deswegen könne die nationale Frage nicht mehr als innere Angelegenheit einzelner Staaten angesehen werden, sie sei ein internationales Problem und müsse im internationalen Kontext gelöst werden. Allerdings stelle sich die nationale Frage nur im östlichen Europa: die irische Frage sei nämlich gar kein nationales Problem, da es sich um «Teile des jetzigen England handle», in Belgien gebe es überhaupt keine nationalen Gegensätze zwischen Flamen und Wallonen.¹⁷⁵ Im östlichen Europa hingegen müßte aus der Konkursmasse des Habsburgerreiches, des «mittelalterlichen Überbleibsel», neben einem souveränen tschechoslovakischen ein polnischer und ein jugoslawischer Staat entstehen, die in Zukunft eine slavische Barriere gegen jedes weitere Aufflackern des Pangermanismus bilden würden.

«Was in der Theokratie richtig war: die Idee der Katholizität, der Allmenschlichkeit, der zu einem Ganzen organisierten Menschheit, wird in der Demokratie nicht untergehen. Auch die Demokratie hofft und arbeitet darauf hin, daß eine Herde und ein Hirt sei [sic!].»

Und an diese seine Schafherde appellierte er, nun könne die Losung des demokratischen Europa endlich Wirklichkeit werden: Geist statt Materie, «Jesus, nicht Caesar».¹⁷⁶

Das britische Vorgehen im Nahen Osten

Unter umgekehrten Vorzeichen verlief hingegen die Entwicklung im Nahen Osten. Der britische Botschafter in Konstantinopel, Sir Lewis Mallet, hatte dem Foreign Office bereits am 4. September 1914 empfohlen, im Falle des Kriegseintritts der Türkei auf seiten der Mittelmächte die arabische Nationalbewegung zu unterstützen und als Waffe einzusetzen. Zu diesem Zeitpunkt hatten Außenminister Sir Edward Grey und Lord Kitchener bereits beschlossen, anstelle der Türken nunmehr die Araber unter der Führung des Scherif von Mekka, Husayn ibn 'Ali, zu Wächtern des Islam und der heiligen Stätten des Propheten zu ernennen und sie als *Arab nation* anzuerkennen. Am 4. Dezember erklärte die britische Regierung, sie verstehe sich als Schutzmacht der muslimischen Völker und wolle nach dem Krieg die arabischen Länder in die Unabhängigkeit führen: «Habt Vertrauen in die Hilfe Großbritanniens.»¹⁷⁷ Nach schriftlichen Verhandlungen mit dem britischen Hochkommissar für Ägypten, Sir Henry McMahon, glaubte Husayn, daß ihn die Briten bei der Errichtung eines arabisch-nationalen Königreiches unterstützen würden, das auch das geographische Syrien und Mesopotamien einschließen sollte; daraufhin rief Husayn am 5. Juni 1916 die Araber zur bewaffneten Revolte gegen die Türken auf.

Tatsächlich jedoch war das Empire keineswegs gewillt, die Kontrolle über eine sowohl geopolitisch als auch für die Treibstoff- und Energieversorgung so bedeutende Region wie den Nahen Osten im Falle eines Sieges über das Osmanische Reich einfach abzutreten. Hinter dem Rücken Husayns hatten sich Briten und Franzosen schon einen Monat zuvor in einer Geheimabsprache, dem sogenannten «Sykes-Picot-Abkommen», unter Berücksichtigung der rußländischen Ansprüche über die zukünftige Aufteilung der Region in politische und wirtschaftliche Interessensphären geeinigt.¹⁷⁸

Im Spätherbst 1917, gleichzeitig mit der unvermuteten Veröffentlichung des Geheimabkommens, dessen Abschrift die Bol'seviki in den zarischen Archiven entdeckt hatten, wurde zum Entsetzen der arabischen Nationalisten bekannt, daß sich der britische Außenminister Balfour in einer Deklaration vom 2. November 1917 der jüdischen Zionistenbewegung gegenüber bereit erklärt hatte, ihr bei der Schaffung einer «nationalen Heimstätte» (*national home*) in Palästina behilflich zu sein. Milner, seit Sommer 1917 Befürworter des zionistischen Gedankens, hatte ein britisches Protektorat Palästina im Sinn, vielleicht auch ein zukünftiges Dominion des Empire.¹⁷⁹ Die Deklaration, die vier geistige Erben von Cecil Rhodes zu verantworten hatten – Leo Amery verfaßte den Entwurf im Auftrag von Milner, Balfour und Nathan

Rothschild, Milner selbst legte letzte Hand an –, sollte die jüdische Weltgemeinschaft, die in ihrer überwiegenden Mehrheit gerade in den USA deutschfreundlich gestimmt war, für die Sache der Alliierten gewinnen.¹⁸⁰ Balfour brachte im Mai 1917 seine Zuversicht zum Ausdruck:

«Das Weltjudentum [...] wird jetzt, wo der Zarismus in Rußland abgeschafft ist, seine Haltung überdenken, falls sich die Alliierten zugunsten des Zionismus aussprechen.»¹⁸¹

Das nationale Selbstbestimmungsrecht wurde also auch im Nahen Osten als Mittel der taktischen Kriegsführung erkannt und eingesetzt. Nur war man hier von Anfang an nicht bereit, für die Zeit nach dem Krieg völlige Unabhängigkeit zu gewähren. Im Gegenteil – durch die Zerschlagung des Osmanischen Reiches wollte die britische Staatsführung ihren Zugriff auf das Zweistromland ausbauen und festigen. Indem man aber *zugleich* die jüdische und die arabische Karte ausspielte, säte man den Keim zum Nahost-Konflikt. Die in den Jahren 1920-22 vollzogene Grenzziehung im Nahen Osten erfolgte allein nach dem Gesichtspunkt des geopolitischen Interesses, sie «hat jede historische Realität außer acht gelassen. Sie widersprach allen religiösen, ethnischen, kulturellen und politischen Traditionen im islamischen Orient. Auch im Hinblick auf die Konsequenzen, die sich daraus für die Bevölkerungsstruktur und die Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen ergaben, haftete ihr etwas Unorganisches, Unnatürliches, Künstliches an. [...] Damit hatten sich die europäischen Großmächte, bewußt oder unbewußt, das bleibe dahingestellt, die Chance eröffnet, die voraussehbaren und sogar von ihnen geförderten Differenzen zwischen den Ländern im islamischen Orient im Sinne ihrer eigenen politischen Interessen zu beeinflussen oder sogar gegeneinander auszuspielen.»¹⁸²

Die Veröffentlichung des Sykes-Picot-Abkommens durch die Bol'sheviki sowie der moralische Druck der von US-Präsident Wilson wenig später formulierten «Vierzehn Punkte», in denen jede Art von Geheimdiplomatie in Hinblick auf eine künftige Friedensordnung scharf verurteilt wurde, hatten die britische Staatsführung zum taktischen Umdenken gezwungen. Indem man vorschlug, die beanspruchten Gebiete des Osmanischen Reiches (Mesopotamien und Palästina auf britischer Seite, Syrien auf französischer Seite) einer alliierten Mandatsverwaltung zu unterstellen, die vom Völkerbund überwacht werden sollte, wurde die indirekte, aber um nichts weniger effiziente Kontrolle des Interessengebietes auf internationaler Ebene abgesichert. Die Idee der Einrichtung von «Mandatsverwaltungen» entsprang im Dezember 1918 wiederum dem innersten Kreis des Round Table. Der Brite Lionel Curtis und der Amerikaner George L. Beer schlugen die Mandatsregelung

erstmalig vor, der korrespondierende Artikel 22 in der Satzung der League of Nations wurde von Jan Smuts und Philip Kerr formuliert, die Bedingungen für eine Mandatsübernahme übergab Lord Milner auf der Pariser Friedenskonferenz einem international zusammengesetzten Ausschuss, dem Milner wiederum vorstand; dort wurde die ganze Regelung schließlich abgesehen.¹⁸³ Smuts hatte ursprünglich hervorgehoben, daß die Mandatsregelung nur bei «Gebieten, die ehemals zu Rußland, Österreich-Ungarn oder der Türkei gehörten», Anwendung finden sollte, die ehemaligen deutschen Kolonien hingegen sollten von England annektiert werden.¹⁸⁴

Den Völkerbund selbst betrachteten viele Vertreter der Round-Table-Gruppe als ein Instrument, mit dem man die eigene Hegemonial- und Weltordnungsphilosophie in internationalem Rahmen verwirklichen wollte: «[...]wir haben mit dem Völkerbund gerechnet, damit wir den Mechanismus für geeintes britisches Handeln in der Außenpolitik sowie für die Zusammenarbeit zwischen dem Britischen Empire und anderen Mächten erhalten.»¹⁸⁵

Milner selbst ließ am 1. August 1919 an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: «Wenn er [der Völkerbund] überhaupt ein wirksames Instrument sein soll, dann kann er es nur kraft des Einflusses des Britischen Empire und Amerikas sein. [...]Wir müssen versuchen, die *Pax Britannica* zu einer *Pax mundi* [«Weltfrieden»] auszuweiten. Aber selbst wenn die *Pax mundi* unerreichbar sein sollte, müssen wir uns der *Pax Britannica* sicher sein. Und das können wir nicht ohne Organisation.»¹⁸⁶

Das amerikanische Expertenteam der Inquiry, das von Präsident Wilson mit der Ausarbeitung einer Friedensregelung betraut worden war, hatte gegen die britischen Ansprüche nichts einzuwenden, zumal George L. Beer die Gutachten über Kolonialfragen erstellte und auf Weisung des Milner-Intimus Leo Amery von William Wiseman, dem Leiter des britischen Geheimdiensts in den USA, mit geeignetem Material und Empfehlungen versorgt wurde.¹⁸⁷ Mesopotamien mit seinen reichen Ölvorkommen, so Beer in seinem Gutachten, könne ruhig unter britische Verwaltung gestellt werden, allerdings sollten die USA allein schon aufgrund der geopolitischen Bedeutung der Region ihre Interessen anmelden und von den Briten die Zusicherung erhalten, daß die amerikanische Erdölindustrie freien Zugang erhalte.

«Es ist nicht notwendig, die außerordentliche Bedeutung für die amerikanische Nation hervorzuheben, im Ölhandel der Welt eine starke Position zu behaupten.»¹⁸⁸

Es wurde ferner empfohlen, die von Balfour vorgeschlagene «Rückkehr» der Juden nach Palästina zu unterstützen («es war die Wiege und die Heimat ih-

rer kräftigen Rasse») und die Überwachung (*policing*) der Regionen um das Rote Meer, den Indischen Ozean und den Persischen Golf dem erfahrenen British Empire zu überlassen.¹⁸⁹ Selbst US-Präsident Wilson meinte gegenüber William Wiseman am 16. Oktober 1918 in krassem Widerspruch zu seinen «Vierzehn Punkten», er würde den Briten gerne die deutschen Kolonien überlassen, befürchte jedoch den negativen Eindruck auf die öffentliche Meinung. Es sei daher vorzuziehen, wenn die Briten in der Eigenschaft von «Treuhändern» des Völkerbunds ihre Herrschaft mit Hilfe des Mandatsprinzips international absegnen lassen würden.¹⁹⁰

Rudolf Steiner und der Dreigliederungs-Impuls

In der verlogenen Festrede, die der «ruhmbedeckte Feldherr» General Hindenburg in seiner Eigenschaft als Chef der Obersten Heeresleitung (OHL) am 1. Oktober 1917 hielt, trat die ganze illusionäre Ohnmacht und absurd inhaltsleere Phrasenhaftigkeit der deutschen Politik deutlich zum Vorschein:

«Wir haben dem übermächtigen Ansturm unserer Gegner mit Gottes Hilfe durch deutsche Kraft widerstanden, weil wir einig waren, weil jeder freudig alles gab. So muß es bleiben bis zum letzten «Nun danket alle Gott» auf blutiger Walstatt! *Sorget nicht, was nach dem Kriege werden soll! Das bringt nur Mißmut in unsere Reihen* und stärkt die Hoffnungen der Feinde. Vertrauet, daß Deutschland erreichen wird, was es braucht, um für alle Zeit gesichert dazustehen, vertrauet, daß der deutschen Eiche Luft und Licht geschaffen werden wird zu freier Entfaltung! Die Muskeln gestrafft, die Nerven gespannt, das Auge geradeaus! Wir sehen das Ziel vor uns: ein Deutschland hoch in Ehren, frei und groß! Gott wird auch weiter mit uns sein!»¹⁹¹

Otto Graf von Lerchenfeld (1868-1938) hingegen, der Neffe des bayrischen Gesandten bei der Reichsregierung Hugo Graf Lerchenfeld, machte sich bezüglich dieses «Gottvertrauens» keinerlei Illusionen und notierte im Mai desselben Jahres niedergeschlagen in sein Tagebuch:

«Es ist nicht mehr zum Mitansehen! Alles regiert durcheinander: Kabinett – Reichskanzlei – Ministerien – Oberste Heeresleitung! [...] Von allen Menschen hat man den Eindruck, als hinge ihnen die Zunge zum Halse heraus, wie übernächtigt, abgehetzt, ruhelos sucht jeder in seinem Ressort oder Ressörchen das All. Für Gedanken – keine Zeit! Von Ideen – keine Spur! Mit dem Krieg, mit dem Sieg wird gerechnet wie mit Zahlen. Um sich Mut zu machen, fragt man die Militärs. Die träumen nur: Sieg!

Sieg! Sieg! [...] Was kann uns noch herausholen aus der langsam aber sicher mahrenden Schicksalsmühle? Eine große Idee? Aber wo ist sie? Bei all denen, die bisher in die Ereignisse eingegriffen haben, ganz gewiß nicht und bei mir auch nicht. Kann nur das Negative sehen.»¹⁹²

Und auch in Wien mußte der liberale österreichische Journalist Heinrich Kanner nach Unterredungen im Außenministerium Anfang 1917 feststellen:

«Eine Politik von Taschenspielern [...]; sie haben keine Pläne. Keiner von ihnen hat auch nur irgendeine Idee, auf welche Weise und unter was für Bedingungen der Krieg beendet werden könnte.»¹⁹³

Nahe der Verzweiflung wandte sich Otto Graf von Lerchenfeld im Juni 1917 deshalb an seinen spirituellen Lehrer Rudolf Steiner mit der Frage, ob man nicht eine tragfähige, zukunftsweisende Perspektive für die innere Ordnung der mitteleuropäischen Staaten finden könne. Rudolf Steiner hatte im Rahmen seines Wirkens für die Anthroposophische Bewegung bereits seit 1914 zahlreiche öffentliche Vorträge gehalten, in denen er die Menschen in Deutschland zu einer neuerlichen Besinnung auf die Ideen und Ideale der Goethe-Zeit aufforderte. Wollten sie die ihnen übertragenen Aufgaben ergreifen, so mußten sie jenen Strom des Geisteslebens fortentwickeln, den sie im Laufe des 19. Jahrhunderts fast vollständig versiegen ließen. Er erachtete es für notwendig, daß die Deutschen innehielten und der tiefen Kluft gewahr würden, die sich zwischen der Gedankenwelt der hervorragendsten Repräsentanten des deutschen Kulturlebens und der ernüchternden Realität des wilhelminischen Reiches aufgetan hatte.

Persönlichkeiten wie Lessing, Herder, Goethe, Schiller, Wilhelm von Humboldt, Novalis oder Fichte hatten nämlich betont, daß gerade ihr «nationaler Charakter» die Deutschen eigentlich dazu befähige, über die Nationalität hinaus die Ideale der Humanität, des ich-durchdrungenen Individualismus und des freien Menschentums auszubilden und der ganzen Menschheit zugute kommen zu lassen. In dem Streben nach Individualität und menschheitlichem Weltbürgertum lag für viele Idealisten der tiefere Sinn der deutschen «Nationwerdung». Bedingung hierfür sei die Pflege und Entwicklung des individuellen Ich, des eigentlichen Wesenskerns des Menschen. Die zu einer höheren geistigen Wirklichkeit aufblickende, nach Selbst-Bewußtheit ringende Individualität kann demzufolge in sich den paradoxen Zustand erleben, daß sie über das Volkstum und die bloße Volkszugehörigkeit hinauswächst und sich gleichzeitig als Mensch schlechthin, als universaler Weltbürger und als einmaliger Angehöriger einer brüderlichen Menschheitsgemeinschaft begreift.¹⁹⁴ Das Ideal des «Menschseins», der Humanität ging jedoch von der Anerkennung eines höheren spirituellen Seinszustandes im

Menschen aus – ja, es war das höchste Ideal jener Repräsentanten des deutschen Kulturlebens, nach diesem individuellen «Höheren» im Menschen zu streben, es erzieherisch zu erwecken und in vollem Umfang auszubilden, «so daß jeder Mensch zuletzt eine Welt wird, zwar eine ähnliche Erscheinung von außen, im Innern aber ein eignes Wesen, mit jedem andern unausmeßbar. [...] Der ganze Lebenslauf des Menschen ist Verwandlung; alle seine Lebensalter sind Fabeln derselben, und so ist das ganze Geschlecht in einer fortwährenden Metamorphose.»¹⁹⁵

Dieser humanitäre Individualismus dürfe, so Rudolf Steiner 1915, jedoch nicht als selbstverständliches Naturprodukt verstanden werden, sondern als etwas, was durch die Bewußtseinsanstrengung der Menschen in ihrem durchgeistigten «Streben nach Individualität» erst erschaffen werden müsse.

«Es liegt in dem Streben der Bewohner Mitteleuropas [...], etwas zu «werden» und nicht etwas zu «sein», so daß in diesem Mitteleuropa der Mensch, der sich selbst versteht, sich eigentlich auflehnen müßte dagegen, jemals unter irgendeinen Begriff notifiziert zu werden. [...] Es ist das Sein im Werden, das Zu-etwas-hinstreben, das Erblicken in weiter Ferne desjenigen, was man eigentlich sein will. [...] Es ist in Mitteleuropa durchaus alles darauf angelegt, den Menschen aus dem Nationalen herauszuholen, den Menschen an sich geltend zu machen. [...] Wenn wir nach einem Worte suchen, daß wir setzen müssen an Stelle des Wortes Nationalität für die mitteleuropäische Kultur, so finden wir, schon rein angesichts der geographischen Notwendigkeit, das Wort: Streben nach Individualität.»¹⁹⁶

Dies bezog Steiner insbesondere auf die deutsche Kultur, aber im selben Umfang auch auf die angrenzenden slawischen Kulturen auf dem Boden der Habsburgermonarchie sowie auf die ungarische und rumänische.

Schon Mitte Juni 1916 hatte sich Rudolf Steiner dem damaligen Oberstleutnant Hans von Haefen gegenüber bereit gezeigt, angesichts der alliierten Propaganda, wie sie von *The New Europe* erfolgreich betrieben wurde, in Zürich einen Pressedienst zu begründen, der spezifisch mitteleuropäische Interessen vor der Weltöffentlichkeit vertreten sollte. Dieses Unternehmen zerbrach, da die preußisch geleitete OHL einem gebürtigen Österreicher, wie es Steiner war, jegliche Unterstützung verweigerte.¹⁹⁷ Nun konnte Rudolf Steiner im Juni 1917 der oben erwähnten Bitte Graf Lerchenfelds entsprechen, indem er in den folgenden drei Wochen in groben Zügen ein «mitteleuropäisches Programm» erarbeitete, das in erster Linie auf die Bedingungen eines künftigen Zusammenlebens der verschiedenen Volksgruppen eingehen wollte. Dies war der Keim zu einem viel umfassenderen Konzept, das unter der Bezeichnung «Dreigliederung des sozialen Organismus» Ende 1918 an

die Öffentlichkeit getragen wurde.¹⁹⁸ In der Rückschau verglich Rudolf Steiner den krisenhaften Einschnitt des Weltkriegs mit dem Untergang des Römischen Reiches; er wies darauf hin, daß durch den Krieg eine vollständige Zertrümmerung der menschheitlichen Vorstellungen und aller Kultur erfolgt sei, wie sie sich «seit dem ersten christlichen Jahrhunderte» aufgebaut hatten, daß aber während des Weltkrieges auch «etwas ganz Neues» seinen Anfang genommen habe.¹⁹⁹

In zwei Memoranden wollte Rudolf Steiner seine Grundgedanken den verantwortlichen Staatsmännern nahebringen. Das erste Memorandum vom 21./22. Juli 1917 ließ Ludwig Graf von Polzer-Hoditz (1869-1945), ein Vertrauter Steiners, am 24. Juli seinem Bruder Arthur Graf von Polzer-Hoditz übermitteln, der in seiner Eigenschaft als österreichischer Kabinettschef den Inhalt der Denkschrift Kaiser Karl zu unterbreiten hatte. In diesem Memorandum legte Rudolf Steiner dar, daß die österreichisch-ungarische Politik seit 1879 zum Scheitern verurteilt war, weil man in erster Linie «der Slawenfrage nicht Herr werden» konnte, wobei man hätte erkennen müssen, daß diese «den Grund enthält für die Entstehung dieses Krieges». Man dürfe deshalb Rußland und den Alliierten nicht die alleinige Initiative in diesem entscheidenden Punkt überlassen.²⁰⁰ Wolle Österreich-Ungarn als Staat überleben, dürfe es

«nicht zurückschrecken vor der völligen Freiheit im Sinne der Autonomisierung und Föderalisierung des Volkslebens. Diese Föderalisierung ist vorgebildet im deutschen bundesstaatlichen Leben, das gewissermaßen das von der Geschichte vorgebildete Modell ist für dasjenige, was in Mitteleuropa fortgebildet werden muß bis zur völligen föderalistisch-freiheitlichen Gestaltung aller derjenigen Lebensverhältnisse, die ihren Impuls in dem Menschen selber haben, also nicht unmittelbar, wie die militärisch-politischen, von den geographischen, und, wie die wirtschaftlichen, von den geographisch-opportunistischen Verhältnissen abhängig sind. Die Gestaltung dieser Verhältnisse wird nur dann in gesunder Weise erfolgen, wenn das Nationale aus der Freiheit, nicht die Freiheit aus dem Nationalen entbunden wird. [...] Will man das letztere, so [...] legt [man] den Grund zu neuen Konflikten und Kriegen.»²⁰¹

Dem Schlagwort vom «Selbstbestimmungsrecht der Völker» müsse der Gedanke entgegengehalten werden, daß die «Völkerbefreiung durch die Menschenbefreiung» erfolgen müsse, also durch die Befreiung des Menschen als Individuum, welches dann seine ethnisch-nationale Zugehörigkeit frei bestimmen solle. Denn das Nationalitätsprinzip an sich ordnet die Selbstbestimmung des Individuums dem fiktiven Willen eines Kollektivs unter:

«Dieser Krieg ist vom mitteleuropäischen Gesichtspunkte aus nach Osten hin ein Völkerkrieg, nach Westen – gegen England-Amerika – ein Wirtschaftskrieg. [...] Die Völkerbefreiung ist möglich. Sie kann aber nur das Ergebnis, nicht die Grundlage der Menschenbefreiung sein. Sind die Menschen befreit, so werden es durch sie die Völker.»²⁰²

Dies erfordere von den Verantwortlichen allerdings ein grundlegendes Umdenken in allen anderen Bereichen, denn für eine Gesundung der mitteleuropäischen Verhältnisse sei es in Zukunft notwendig, den kulturellen, den politisch-rechtlichen und den wirtschaftlichen Bereich des öffentlichen Lebens auf verschiedene Grundlagen zu stellen.

«1. [...] Gegenstand einer demokratischen Volksvertretung können nur die rein politischen, die militärischen und die polizeilichen Angelegenheiten sein. Diese sind nur möglich auf Grund des historisch gebildeten Untergrundes. 2. Alle wirtschaftlichen Angelegenheiten werden geordnet in einem besonderen Wirtschaftsparlamente. Wenn dieses entlastet ist von allem Politischen und Militärischen, so wird es seine Angelegenheiten rein so entfalten, wie es diesen einzig und allein angemessen ist, nämlich opportunistisch. Die Verwaltungsbeamtenschaft dieser wirtschaftlichen Angelegenheiten, innerhalb deren Gebiet auch die gesamte Zollgesetzgebung liegt, ist unmittelbar nur dem Wirtschaftsparlamente verantwortlich. 3. Alle juristischen, pädagogischen und geistigen Angelegenheiten werden in die Freiheit der Personen gegeben. Auf diesem Gebiet hat der Staat nur das Polizeirecht, nicht die Initiative. [...] Der Staat überläßt es den sach-, berufs- und völkermäßigen Korporationen, ihre Gerichte, ihre Schulen, ihre Kirchen und so weiter zu errichten, und er überläßt es dem einzelnen, sich seine Schule, seine Kirche, seinen Richter zu bestimmen.»²⁰³

Was die Dreigliederung von anderen Vorstellungen unterschied – beispielsweise von den Plänen des Prälaten Ignaz Seipel, der auf die katholische Erneuerung eines übernationalen Heiligen Römischen Reiches setzte, oder von denen der österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner und Otto Bauer, deren Föderalisierungsvorschläge in den konventionellen Kategorien des Einheitsstaates befangen blieben – war gerade der Gedanke, daß das neuzeitliche Staatswesen, welches alle Bereiche der menschlichen Existenz zu umfassen beanspruchte, nicht mehr mit den Lebensbedingungen der gegenwärtigen Menschheit übereinstimmte. Der geistig-kulturelle Lebensbereich und das Wirtschaftsleben verlangten nach einer solchen rechtlichen Gestaltung, die es ihnen ermöglichte, sich aus der ihnen eigenen Gesetzmäßigkeit heraus frei zu entfalten – nicht im Sinne des Ständestaates, sondern im Rahmen von

freien Zusammenschlüssen, die der Tatsache Rechnung tragen sollten, daß jeder individuelle Mensch heute in allen drei Bereichen des sozialen Lebens voll tätig ist.

Die Emanzipation des sich befreienden Individuums war die eine Seite, doch das Erwachen des Individuellen in Mitteleuropa benötigte bis zu einem gewissen Grad das gesunde Zusammenklingen des Völkerlebens. So hatte Rudolf Steiner schon im Jahr 1910 versucht aufzuzeigen, daß die jeweilige Zugehörigkeit des Menschen zu einem Volk von seelischen und geistigen Tatsachen bestimmt wird, die durch ein materialistisch-biologisches oder sozialdarwinistisches Denken niemals aufgefunden werden könnten. Rudolf Steiner wies 1918 rückblickend auf seine Gründe hin, die ihn 1910 zu den Vorträgen über die «Mission einzelner Volksseelen» veranlaßten:

«Für eine wirkliche Psychologie der Völkercharaktere kann die anthropologische, ethnographische, selbst die historische Betrachtung der gewöhnlichen Wissenschaft keine ausreichende Grundlage geben. [...] Wie man bei dem einzelnen Menschen vom Leibe zur Seele fortschreiten muß, wenn man sein inneres Leben kennen lernen will, so muß man für die Völkercharaktere zu dem ihnen zugrundeliegenden Seelisch-Geistigen vordringen, wenn man eine wirkliche Erkenntnis derselben anstrebt.»²⁰⁴

Steiner unterschied allerdings die seelische Schicht, wo das Menschenwesen den Zusammenhang mit dem Volkselement herstellt, von der geistigen Individualität des Menschen, die *über* dem Volkszusammenhang steht und sich daraus in die allgemeine Humanität zu erheben vermag. Diese elementarisch-seelische Schicht wiederum, in dem sich der Volkszusammenhang darlebt, schilderte er als durchdrungen von der Wirksamkeit übermenschlicher geistiger Wesenheiten, die er als Engel und Erzengel ansprach. In diesem Zusammenhang entwickelte Steiner die Vorstellungen der althebräischen Religion (Erzengel als Fürsten der Völker, etwa bei Daniel 10:21) und des Apostels Paulus, die Hierarchienlehre des Dionysios Areopagites sowie die Engellehre der jüdischen Kabbala und christlichen Hermetik etwa eines Petrus de Abano oder Johannes Trithemius von Sponheim auf zeitgemäßer geisteswissenschaftlicher Grundlage weiter.

In Europa habe die Menschheitsentwicklung einen besonderen Verlauf genommen, weil hier das, was sich seit dem 15. Jahrhundert allmählich als Volksindividualitäten herauskristallisierte, *eben nicht mehr* auf dem Blutszusammenhang gegründet war. Das Besondere an den europäischen Völkern bestehe gerade darin, daß sie ihrem Wesen nach die Stufe der Blutgemeinschaft hinter sich gelassen hatten. Die Zugehörigkeit eines Menschen zu einem Volk sollte in Europa auf einem seelischen Element, einer seeli-

schen Gemeinschaftlichkeit beruhen, und es sei die Aufgabe der Europäer, sich dieser individuellen seelischen Qualitäten bewußt zu werden, einander auch in ihrer besonderen Volksseelenkonfiguration zu erkennen.²⁰⁵

Am 7. Juni 1910 wies er darauf hin, warum gerade in einer Zeit, in der das Individuelle immer maßgeblicher wird, ein tieferes Verständnis der Volkszusammenhänge angestrebt werden muß:

«Es ist aus dem Grunde von einer ganz besonderen Wichtigkeit, weil die nächsten Schicksale der Menschheit in einem viel höheren Grade, als das bisher der Fall war, die Menschen zu einer gemeinsamen Menschheitsmission zusammenführen werden. Zu dieser gemeinsamen Mission werden aber die einzelnen Volksangehörigen nur dann ihren entsprechenden freien, konkreten Beitrag liefern können, wenn sie vor allen Dingen ein Verständnis haben für ihr Volkstum, ein Verständnis für dasjenige, was man nennen könnte «Selbsterkenntnis des Volkstums».»²⁰⁶

Der Ausbruch der Weltkriegskatastrophe auf dem Balkan war darum auch darauf zurückzuführen, daß sich in dieser Region wirtschaftliche, machtpolitische und kulturelle Interessen, die wegen ihrer jeweils innewohnenden Gesetzmäßigkeit nach unterschiedlichen Lösungsansätzen verlangten, zu einem einzigen Knäuel verschlungen hatten. Österreich-Ungarn würde sich als lebensfähig erweisen, wenn es in Hinkunft die Forderungen der Zeit erkannte und berücksichtigte. «Rudolf Steiner wollte zum Beispiel, daß die Italiener von Triest, welches damals zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte, eine italienische Universität erhielten. Auf politischem Gebiet wollte er, daß die Staatsgrenzen nur für polizeiliche und militärische Zwecke Grenzen blieben. Einzelpersonen sollten jedoch das Recht haben, sich als außerterritorial zu erklären. Ein Franzose im Rheinland oder ein Deutscher im Elsaß würden deshalb ihre Zugehörigkeit zum einen oder anderen Staat frei bestimmen können. Und sie könnten frei entscheiden, ob sie ihre Kinder auf eine deutsche oder eine französische Schule schicken wollen.»²⁰⁷

Als vorrangig bezeichnete es Rudolf Steiner, daß die Mittelmächte endlich vor der Welt ein Programm verkündeten, das den mitteleuropäischen Verhältnissen entsprach und gleichzeitig eine anziehende Kraft auf die übrige Welt ausstrahlte. Anstelle militärischer Offensiven mußten Initiativen im Wettstreit der Ideen ergriffen werden. Denn

«die Entente und Wilson sagen, wofür sie zu kämpfen vorgeben. Ihre Worte haben Werbekraft. Ihre Werbekraft wird immer bedenklicher. Es gibt Menschen in Mitteleuropa, die gewiß nicht eingestehen wollen, daß sie Wilson nachsprechen, deren Ideen aber dessen Worten nicht unähnlich klingen. [...] das real Aussichtsvolle dieses Programmes – neben sei-

nem moralisch Blendenden – liegt darin, daß es die Instinkte der mittel- und osteuropäischen Völker dazu benützen will, diese Völker durch moralisch-politische Überrumpelung in wirtschaftliche Anhängigkeit von dem Anglo-Amerikanismus zu bringen. Die geistige Anhängigkeit würde dann nur die notwendige reale Folge sein.»²⁰⁸

Drei Jahre später schrieb Rudolf Steiner im Rückblick:

«Wilson's Politik war nur eine abstrakte Zusammenfassung der alten Staatsgedanken. Die Menschen sollten sich in einer gewissen Art Staatsgebilde schaffen. Dadurch sollten die Kriegsursachen aus der Welt geschafft werden. Aber diese Art war eben die, welche die Kriegsursachen hervorgebracht hatte. Meine Absicht im Jahr 1917 war, den vierzehn Punkten Wilson's dasjenige entgegenzustellen, was an die Stelle dieser Art jenes andere setzt, die den Kräften des Geistes und Wirtschaftslebens die Selbstverwaltung gibt, deren Nicht-Vorhandensein in die Verwirrung getrieben hat.»²⁰⁹

Aus einer unveröffentlichten Aufzeichnung Rudolf Steiners vom August 1917 geht hervor, in welchem Umfang er die Kriegsziele der westlichen Planungsstäbe durchschaut hatte. Er nannte als ein Kriegsziel der nunmehr gebildeten anglo-amerikanischen Entente

«die allmähliche Beherrschung der Welt durch diese Völker. Als eines der Mittel zu diesem Ziele wird ein slavisiertes Ost- und Mitteleuropa angesehen mit einer solchen sozial-politischen Struktur der slavischen Völker, dass diese ihre nationalen Aspirationen unter der Herrschaft der englisch sprechenden Völker zu finden glauben und dadurch wirtschaftlich über die Köpfe der Deutschen hin in eine Wechselverhältnis zu England und Amerika kommen, das ein kaufmännisches Plussaldo auf Seite der letzteren Länder abgibt. [...]Die slavischen Völker werden für diese [kommende] Zeit so imprägniert sein, dass sie die notwendigen Heizkräfte für den über die Welt hinfahrenden englischen Dampfzug abgeben können.»²¹⁰

Aus der «innerliche[n], geistige[n] Amerikanisierung» des slavischen Ostmitteleuropa im Sinne der Wilson'schen Prinzipien, wie sie der Tscheche Masaryk im Mai 1917 in *Das Neue Europa* programmatisch eingefordert hatte²¹¹, sei – so meinte wiederum Rudolf Steiner – jedoch nicht etwa die Folgerung zu ziehen, welche in den Reihen der Deutschnationalen und «Völkischen» die gängige war – nämlich alle slavischen Aspirationen erbittert zu bekämpfen, sondern sich im Gegenteil sich mit diesen durch Interessensharmonisierung zu verständigen.

«Das Deutschtum kann für England-Amerika *nur so* behandelt werden, daß es als *kleinstes Hindernis* für dieses wirkt. Daher kann das Deutsch-

tum sich nur retten, wenn es *erkennt*, was ihm droht und sich darauf einrichtet durch Harmonisierung *seiner* Interessen mit denen der slavischen Welt.»²¹²

In diesem Sinn waren alle Anstrengungen der nachfolgenden Monate und Jahre darauf gerichtet,

«der Aufgabe, welche von Amerika aus in politischen Kundgebungen der Welt gestellt worden ist, von Europa aus eine andere entgegenzustellen, die aus den Lebenskräften dieses Europa heraus geboren war. Zwischen der Aufgabe, die aus amerikanischen Gesichtspunkten Wilson gestellt hatte, und derjenigen, die in den Donner der Kanonen als geistiger Impuls Europas hineingetönt hätte, wäre eine Verständigung möglich gewesen. Jedes andere Verständigungsgerede klang vor den geschichtlichen Notwendigkeiten hohl.»²¹³

Im Sommer 1917 hätte sich dem Habsburgerreich «möglicherweise die letzte Chance seines Fortbestandes»²¹⁴ geboten. Kabinettschef Arthur Polzer-Hoditz hätte nach Auffassung Steiners die Nachfolge von Graf Czernin im Amt des Außenministers anstreben sollen, um auf der Grundlage der Memoranden während der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk

«solche Gedanken [in Sinne der Dreigliederung] als Minister des Äußeren [...] zu verkünden als mitteleuropäische Willensäußerung. In Rußland sind viele kleine verstreute geistige Zentren. Die würden es verstehen, und das könnte ein wirksames Friedensmittel werden; denn auf mitteleuropäische Ideen hat der Osten immer gehört.»²¹⁵

Doch ließ Arthur Polzer-Hoditz nach dem Erhalt des ersten Memorandums wertvolle Zeit verstreichen, weil er mit dem Zweifel rang, ob der Dreigliederungs-Gedanke nicht von vornherein an den althergebrachten Gewohnheiten und Gedanken der Politiker scheitern müßte. So machte er den jungen Kaiser erst am Tag seines durch Außenminister Czernin erzwungenen Rücktritts am 27. November 1917 mit dem Inhalt des Memorandums vertraut. Und erst am 17. Februar 1918 konnte Polzer-Hoditz eine Ausarbeitung der Denkschrift überreichen.²¹⁶

Doch Kaiser Karl, der zu diesem Zeitpunkt noch auf den günstigen Ausgang von Geheimverhandlungen über einen Separatfrieden mit den Westmächten hoffte, delegierte das weitere Vorgehen an Ministerpräsident Ernst von Seidler; dieser kehrte die Angelegenheit stillschweigend unter den Tisch. Ein letzter, verzweifelter Versuch des Kaisers, am 16. Oktober 1918 wenigstens die Föderalisierung des zisleithanischen Teils seiner sterbenden Monarchie zu erwirken, war zum Scheitern verurteilt. Die Propaganda der Alliierten und die soziale Verelendung nach vier Kriegswintern hatten die nationa-

len Forderungen radikalisiert; seit dem Frühjahr des Jahres 1918 strebten die Völker des Reichs nach sozialer Revolution, nach ihrer staatlichen Unabhängigkeit. Am 11. November dankte Kaiser Karl ab. Die Monarchie hatte aufgehört zu existieren.

Auf eine ähnlich ablehnende Haltung unter den politisch Verantwortlichen trafen die Initiativen Rudolf Steiners in Deutschland. Am 19. Juli 1917 hatte er mit dem deutschen Botschafter in den USA, Johann Graf von Bernstorff, im Münchner Eden-Hotel eine Unterredung geführt, die folgenlos blieb. Bald nach dem 7. August kam es im Haus der bayrischen Gesandtschaft in Berlin zu einem Zusammentreffen mit dem Staatssekretär des Äußeren Richard von Kühlmann (1873-1948), der allerdings nach dem Zeugnis des ebenfalls anwesenden Grafen Lerchenfeld nicht gerade sehr aufnahmefähig wirkte.²¹⁷

«Ich habe Kühlmann dazumal gesagt: Sie haben die Wahl, entweder jetzt Vernunft anzunehmen und auf das hinzuhorchen, was in der Entwicklung der Menschheit sich ankündigt als etwas, was geschehen soll[...], oder sie gehen Revolutionen und Kataklysmen entgegen.»²¹⁸ «Vor dem Friedensschluß von Brest-Litovsk, längere Zeit vorher, als wahrhaftig noch genügend Zeit war, trug ich die ganzen Ideen von der Dreigliederung des sozialen Organismus Herrn von Kühlmann so vor, daß ich bemerklich machte: Von Amerika herüber kommen die verrückten Völkerbunds-ideen, die verrückten Vierzehn Punkte, die absolut abstrakt sind, die die Welt in Nullität führen werden, und das einzige, was wirklich von europäischer Seite getan werden könnte, wäre, dem entgegenzusetzen dieses große Weltprogramm von der Dreigliederung des sozialen Organismus. [...] Das Gespräch tönte aus darin, daß mir Herr von Kühlmann sagte auf seine Weise: Ich bin halt eine beschränkte Seele.»²¹⁹

Unter den verantwortlichen Politikern Deutschlands war kaum jemand mit den komplexen religiösen, nationalen und sozialen Verhältnissen im Osten gründlich vertraut. In echt preußischer Tradition war man daran gewöhnt, daß sich dort ganz einfach «Rußland» befand. Die Mittelmächte stießen immer tiefer in eine Region vor, in der sich größte Umwälzungen ankündigten, ohne über ein Konzept zu verfügen, das den bestehenden Problemen hätte gerecht werden können. Strategische Machtpolitik und die Aussicht auf wirtschaftliche Ausbeutung beherrschten die Gedanken der Verantwortlichen. Die militärische Führung der OHL unter Hindenburg und Ludendorff baute ihren Einfluß auf Kosten des Auswärtigen Amtes unter Richard von Kühlmann aus. Die gesamte Ausarbeitung der Friedensbedingungen von Brest-Litovsk, die um den 18. Dezember 1917 auf den Kreuznacher Kronrat erfolgte, stand unter dem Schatten dieser innerdeutschen Auseinandersetzung.

Kühlmann, der in Brest-Litovsk die Memoranden Rudolf Steiners in seiner Arbeitsmappe mit sich trug,²²⁰ mangelte es an jedem persönlichen Einsatz; er wich angesichts der Forderungen Ludendorffs und der OHL ständig zurück.²²¹ Steiner jedenfalls hatte gehofft, daß Außenminister Kühlmann den Dreigliederungsgedanken in Brest-Litovsk als Programm der Mittelmächte und als Gegenposition zu den Selbstbestimmungsparolen eines Wilson und Lenin verkünden würde. Dadurch hätte nach Ansicht Steiners der Verlauf der Ereignisse eine andere Wendung genommen:

«Ganz Osteuropa hätte dafür Verständnis gehabt – das weiß jeder, der die Kräfte in Osteuropa kennt –, den Zarismus ablösen zu lassen von der Dreigliederung des sozialen Organismus. Dann wäre zustande gekommen, was eigentlich hätte zustande kommen müssen.»²²²

Das betraf weniger die bolschewistische Verhandlungsdelegation unter Trockij, die für die Dreigliederung sicherlich wenig Verständnis gehabt hätte, sondern vielmehr alternative politische Lager wie die ukrainische Verhandlungsdelegation und vor allem die bäuerlichen Gemeinschaften und Gruppierungen wie die Anhänger des ukrainischen Bauernführers Nestor Machno oder die bis zu 700.000 Mann starken sogenannten «grünen» russischen Bauernverbände, die sich gegen die bolschewistischen Übergriffe lange erbittert zur Wehr setzten.²²³ (In Rußland entflammte in der Folge ein verheerender vierjähriger Bürgerkrieg zwischen den Bol'sheviki und ihren zahlreichen Gegnern, deren Spektrum von den Anarchisten über die Sozialdemokraten bis zu den reaktionären Monarchisten reichte.) Ferner hätte die Möglichkeit zur Schaffung einer vorbildhaften Ordnung des Raums von der Baltik bis zum Schwarzen Meer (Polen, Livland, Lettland, Weißrußland, Ukraine) bestanden, die von den Armeen der Mittelmächte besetzt waren. In einem Gespräch, das Rudolf Steiner Ende Januar 1919 mit Oberst Hans von Haefen führte, klagte dieser:

«Was wollen Sie? Der Kühlmann hatte die Dreigliederung in der Tasche, und mit ihr in der Tasche ist er nach Brest-Litovsk gefahren. Unsere Politiker sind gar nichts, unsere Politiker sind Nullen. Wir Militärs haben gar keine andere Verpflichtung, als zu kämpfen, zu *kämpfen*. Wir, wir kennen nichts anderes!»²²⁴

Der Abschluß des Friedensvertrages von Brest-Litovsk Anfang März 1918 spiegelte dementsprechend alle Kolonialgelüste der OHL in Osteuropa. Ein in der Zeitschrift *Das neue Deutschland* im Dezember 1914 formulierter Wunsch begann in Brest-Litovsk physische Gestalt anzunehmen:

«Heute ist nichts dringender, als daß der Welteroberungswille das ganze deutsche Volk erfasse. Damit erst erheben wir uns von der halb unbe-

wußten Weltmacht zur deutlich bewußten, also zur imperialistischen Macht. Damit erst können wir auch England die Spitze bieten...»²²⁵

Der Vertrag von Brest-Litovsk schrieb vor, daß Rußland der Abtretung Kongreßpolens, Finnlands, der baltischen Provinzen und der wirtschaftlich unentbehrlichen Ukraine zuzustimmen hatte. Die deutsche Schwerindustrie deponierte zuvor bei der OHL ihre Wunschliste: Zugriff auf die reichen Eisenerzvorkommen in der Ukraine und die Manganerze des Kaukasus. Das übrige Rußland könne in einen an Deutschland angelehnten Rohstofflieferanten verwandelt werden, um dem westlichen Ausland die Ausbeutung zu erschweren.²²⁶ Was dem Foreign Office recht war, das konnte der OHL nur billig sein... Für das Baltikum war vorgesehen, eine Reihe von Ostsee-Randstaaten als deutsche Protektorate einzurichten.²²⁷

Der Vertrag von Brest-Litovsk vom 3. März 1918 wurde von Rudolf Steiner als geistige und politische Katastrophe bewertet: «Er ist furchtbar, einfach furchtbar! [...] Es geht nun wirklich ins Chaos hinein!»²²⁸ Denn er stellte in seiner verheerenden Wirkung auf das soziale Leben Osteuropas einen Präzedenzfall für die Verträge von Versailles und Saint-Germain 1919 dar, – ja er rief sie geradezu auf Mitteleuropa herab. An die Stelle eines freitlichen deutsch-slavisches Zusammengehens durch Umwandlung der nationalen Einheitsstaaten in differenzierte soziale Gebilde, die sich entsprechend den realen Lebensbedürfnissen des Vielvölkerraums ausformen sollten, wie es Rudolf Steiner als ersten konkreten Schritt zur Beendigung des Krieges erhofft hatte²²⁹, trat das Bündnis von wilhelminischer Reaktion und bolschewistischer Revolution, Ludendorff und Lenin²³⁰ – seit 1916 in der Finanzierung der Bol'sheviki durch die deutsche Staatsführung symptomatisch zum Ausdruck gebracht. Und dieses Bündnis sollte 1939 in dem verhängnisvollen Hitler-Stalin-Pakt gipfeln. Jener Teufelspakt mit seinen katastrophalen Konsequenzen hatte nicht zuletzt zum Ziel, die geistig-kulturelle Verständigung zwischen Menschen deutscher und slavischer Herkunft dauerhaft zu vergiften und zu verunmöglichen.

Die Bemühungen Rudolf Steiners, Kühlmann für eine Initiative zu gewinnen, blieben letztlich genauso ohne greifbare Folgen wie ein Gespräch mit Prinz Max von Baden (1867-1929), der zu diesem Zeitpunkt bereits als möglicher Nachfolger von Graf Hertling²³¹ für das Amt des Reichskanzlers im Gespräch war. Das Zusammentreffen am 20. oder 21. Januar 1918 kam durch Vermittlung des jungen Anthroposophen Hans Kühn zustande,²³² und Rudolf Steiner versuchte ihm die Dreigliederung des sozialen Organismus nahezubringen.²³³ Rückblickend schilderte er, wie Max von Baden gerade für die Völkerfrage ernstes Interesse zeigte:

«[...]von seiten dieser Persönlichkeit [wurde] bemerkt [...], wie notwendig es eigentlich sei, eine Psychologie, eine Seelenkunde der europäischen Völker zu haben, denn das große Chaos, in das man hineinsegelt, werde fordern, daß diejenigen, die einigermaßen führend sein wollen, sich auskennen in der Wirksamkeit, in den Kräften der europäischen Volksseelen. Und es wurde von dieser Persönlichkeit sehr bedauert, daß eigentlich keine Möglichkeit sei, bei der Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten so etwas wie eine Seelenkunde der Völker zugrunde legen zu können. Ich erwiderte, daß ich über diese Seelenkunde der europäischen Völker hier in Kristiania [Oslo] einen Vortragszyklus gehalten habe²³⁴, und ich habe dann dieser Persönlichkeit diesen Vortragszyklus mit einer aus der damaligen Situation – Januar 1918 – heraus geschriebenen Vorrede geschickt. [...]Genützt hat es allerdings nichts.»²³⁵

Tatsächlich kam es zu keinem weiteren persönlichen Kontakt. In seinen Memoiren betonte Max von Baden zwar, daß man nicht hätte zulassen dürfen, «Wilson und Trotzki den Ideenkampf allein zu überlassen», daß man stattdessen ein «eigenes durchdachtes Programm europäischer Neuordnung» hätte gegenüberstellen müssen, «das die Realitäten berücksichtigte».²³⁶ Doch erwähnte er in dem Buch Rudolf Steiner und dessen Anregungen mit keinem Wort.

Rudolf Steiner schien bis Herbst 1918 noch gewisse Erwartungen («wie auf eine letzte Hoffnung»²³⁷) an Max von Baden geknüpft zu haben, dieser möge sich nach dem Amtsantritt doch noch zu einem Fürsprecher des Dreigliederungsgedankens machen. Als aber Prinz Max am 3. Oktober 1918 endlich Reichskanzler wurde, verknüpfte er das deutsche Waffenstillstands- und Friedensangebot mit der gleichzeitigen Annahme der Wilsonschen «Vierzehn Punkte».

«Der Prinz Max von Baden wollte nach Berlin gehen und etwas ganz anderes tun [im Sinne der Dreigliederung]. Aber Ludendorff erklärte, es müßte innerhalb von 24 Stunden die Waffenstillstandsbitte vorgetragen werden, sonst käme das größte Unglück. Gegen seinen früheren Entschluß tat das Prinz Max von Baden. Nach fünf Tagen erklärte Ludendorff: er habe sich wohl geirrt, es sei gar nicht notwendig gewesen! Das ist so ein Beispiel, wie Praktiker, verehrte Praktiker, zu deren Verehrung aber nicht der geringste Grund vorlag, in die Weltereignisse eingreifen, von welcher Gesinnung aus und mit welchen Denkkraften sie eingreifen.»²³⁸

Hans Kühn zufolge erwartete Rudolf Steiner, der Fürst würde noch vor Ausbruch der Revolution in Deutschland schon in seiner Antrittsrede den Mut

haben, die Dreigliederung als Beweis des tiefgreifenden Umschwungs und Friedenswillens des deutschen Volkes vorzustellen. Doch in seiner Programmrede vom 5. Oktober pries Max von Baden stattdessen die «auf das künftige Glück der Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündete.» Steiner wiederum «war sehr gespannt auf den Inhalt der Antrittsrede, als er die Zeitung in die Hand bekam. [...] So tief erschüttert sah ich Rudolf Steiner niemals wieder als bei dieser Enttäuschung, die für ihn den Niedergang und Leidensweg des deutschen Volkes vorzeichnete.»²³⁹ Ende November 1918 resümierte Rudolf Steiner:

«Ein Satz kann [Richtkraft] für soziales Denken in der Zukunft geben. Dieser eine Satz ist der: Man reicht aus, ohne daß man Ideen hat, in Zeiten von Revolutionen und Kriegen, man kann aber nicht ausreichen ohne Ideen in Zeiten des Friedens; denn werden die Ideen in Zeiten des Friedens rar, dann müssen Zeiten von Revolutionen und Kriegen kommen. Zum Kriegführen und zu Revolutionen braucht man keine Ideen. Um den Frieden zu halten, braucht man Ideen, sonst kommen Kriege und Revolutionen. Das ist ein innerer spiritueller Zusammenhang.»²⁴⁰

Rudolf Steiner verzichtete fortan darauf, seine Gedanken an offizielle Vertreter der Reichsführung heranzutragen, die in seinen Augen als Repräsentanten «des alten verkommenen Nibelungenadels» und hohle «Wortplärer» vollständig abgewirtschaftet hatten,²⁴¹ und unterstützte seit dem Spätwinter 1918/19 private Initiativen, um eine Dreigliederungs-Bewegung auf breiter gesellschaftlicher Grundlage anzuregen.

Die Durchsetzung des «Selbstbestimmungsrechts»

Mit seiner Ansprache vor der *League to Enforce Peace* am 27. Mai 1916 hatte Wilson unter den ostmitteleuropäischen Nationalisten die kühnsten Erwartungen geweckt. Der Präsident hob darin zwei Punkte als Grundlage einer möglichen Friedensordnung hervor:

«Erstens, jedes Volk hat das Recht, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will. [...] Zweitens, die kleinen Staaten der Welt haben das Recht, dieselbe Achtung für ihre Souveränität und die Unversehrtheit ihres Gebietes zu genießen, die die großen und mächtigen Nationen erwarten und auf der sie bestehen. [...] Und drittens, die Welt hat ein Recht, von jeder Störung ihres Friedens befreit zu sein.»²⁴²

Präsident Wilson nahm für viele Europäer zu diesem Zeitpunkt bereits den Platz eines Heiligen ein, eines friedensbringenden Messias, der die Welt *safe*

for democracy machen wollte.²⁴³ Diese unbestrittene moralische Führungsrolle schien gefährdet, als im November 1917 in Rußland die Bol'seviki an die Macht kamen. Um die Völkerschaften des Rußländischen Reiches für die Sache der Revolution zu gewinnen, verkündeten Lenin und Stalin wenige Tage später die «Freiheit und Souveränität für alle Völker Rußlands» sowie ihr «Selbstbestimmungsrecht [...] bis zur vollständigen Trennung und Bildung selbständiger Staaten».²⁴⁴ Besorgt über die Friedensoffensive der Bol'seviki und über den Beginn der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk am 22. Dezember 1917, wo Trockij – an die Alliierten gerichtet – das Selbstbestimmungsrecht als universelles Prinzip der sozialistischen Revolution nicht nur für die Völker «Elsaß-Lothringens, Galiziens, Posens, Böhmens und der südslavischen Provinzen», sondern auch für die Völker «Irlands, Ägyptens, Indiens, Madagaskars, Indochinas etc.» einforderte, fürchtete Wilson nun das revolutionäre Potential des Selbstbestimmungsrechts; in den ersten Tagen des Jahres 1918 äußerte er seine Bedenken über ein Prinzip, das als realitätsferne Phrase doch einen so «edlen» Klang besaß:

«[...] in punkto Logik, purer Logik würde dieses Prinzip, das an sich gut war, zur vollständigen Unabhängigkeit verschiedener kleiner Nationalitäten führen, die jetzt verschiedenen Reichen angehören. Im extremsten Fall würde dieses Prinzip in unbestimmbarem Ausmaß die Störung der bestehenden Regierungen nach sich ziehen[...]»²⁴⁵

Es war also nicht etwa der Fall, wie teilweise behauptet wurde,²⁴⁶ daß Wilson das Selbstbestimmungsrecht ausschließlich im Sinne der westlichen Staatssauffassung als unveräußerliches Recht der individuellen Angehörigen einer ethnisch unbestimmten Bürgergesellschaft (*civil society*) interpretierte, über ihre Regierungsform frei zu entscheiden. Wilson war sich darüber im klaren, was die Durchführung der *self-determination* in anderen Teilen der Welt bedeuten würde: Aufruhr oder Revolution in den Kolonien bzw. unter den Ethnien von Vielvölkerreichen.

Mit einem programmatischen Gegenmanifest wollte Wilson wieder die Initiative ergreifen. So wie Moses dem in Sünde gefallenen Volk die Zehn Gebote vom Berg Sinai überbrachte, empfing das kriegsmüde Europa als «Programm des Weltfriedens» vierzehn Punkte, die der Presbyterianer und Universitätsprofessor Wilson in seiner Rede vor dem Kongreß am 8. Januar 1918 postulierte. In Punkt 10 wich Wilson von seiner früheren Forderung nach Selbstbestimmung ab und gestand den Völkern Österreich-Ungarns nur noch «freest opportunity of autonomous development» zu.²⁴⁷ Der amerikanische Präsident wollte nun mit der Habsburgermonarchie Verhandlungen über einen Separatfrieden führen. Auch die USA hatten die Zerstörung

Preußen-Deutschlands und seiner Hegemonie auf dem Kontinent zum wichtigsten Kriegsziel erklärt, dem alle anderen Gesichtspunkte untergeordnet wurden.²⁴⁸

Für Wilson schien das Nationalitätenprinzip also auch nur insofern anwendbar, als es sich für konkretere Konzepte alliierter Ordnungsvorstellungen instrumentalisieren ließ. Es war den «Experten» überlassen, den Präsidenten vom kurz- und langfristigen Nutzen der Nationalitäten zu überzeugen. Wie in England zählten Beamte des Außenministeriums zu den ersten und entschiedensten Befürwortern des Nationalitätenprinzips. Der Leiter der Near East Division im State Department, Albert H. Putney, hatte seinem Vorgesetzten, Außenminister Robert Lansing, am 26. Mai 1917 in einem Memorandum erläutert, daß eine Neuordnung der ostmitteleuropäischen Landkarte nach «rassischen Linien» (*racial lines*) eine Ideallösung der meisten Probleme dieses Raums herbeiführen und zudem Deutschlands Träume vom «Drang nach Osten» endgültig begraben werde. Putney empfahl die Schaffung eines jugoslawischen Staates der Serben und Kroaten sowie eines polnischen und böhmischen Staates. Die Möglichkeit einer unabhängigen Ukraine hielt er hingegen für eine bloße Erfindung der österreichischen Propaganda.²⁴⁹ Ein Jahr später, am 9. Mai 1918, bekräftigte Putney seine Argumente in einem zweiten Memorandum: Falls die USA das Streben nach Unabhängigkeit in Ostmitteleuropa unterstützten, würde das Habsburgerreich schnell auseinanderfallen, und Deutschland wäre isoliert.²⁵⁰ Lansing, der von dem Fortbestand der Donaumonarchie schon längst nicht mehr überzeugt war, redete in der Folge auf den Präsidenten ein, um ihn davon zu überzeugen, daß jede Hoffnung auf einen Separatfrieden mit Österreich illusorisch sei und man vielmehr auf die revolutionierende Kraft der nationalen Leidenschaften bauen müsse.²⁵¹

Auch der von Oberst House berufene Expertenkreis der Inquiry, dessen Mitglieder zum Teil dem amerikanischen Round Table angehörten, unterbreitete dem Präsidenten seit Januar 1918 Studien und Memoranden, die in zentralen Punkten für die Position Masaryks warben. Der Abteilung der Inquiry, die für Österreich-Ungarn zuständig war und in den Räumlichkeiten der Yale University residierte, stand Charles Seymour vor; unter seiner Leitung erstellte der damals 30jährige Historiker Robert J. Kerner (1887-1956) Denkschriften über Böhmen und die slavische Nationalitätenfrage.²⁵² Kerner hatte nach seinem Studium in Harvard auch einige Zeit in Prag verbracht, wo er mit Masaryk zusammengetroffen war:

«Als Student hing ich Masaryks philosophischer und politischer Lehre an, ihm verdanke ich die Vorzüge meiner diplomatischen Erfahrungen

und, was noch wichtiger ist, meine feste Orientierung in der heimischen und auswärtigen Politik.»²⁵³

Ende Januar 1918 unterbreitete Kerner seine ersten Ergebnisse. Er entwickelte zwei verschiedene Szenarien – das erste unter der Annahme des staatlichen Fortbestehens der Donaumonarchie, das zweite unter der Annahme ihrer Auflösung. Nach Abwägung beider Szenarien sprach er sich für letztere Lösung aus. Österreich-Ungarn solle nach Kriegsende in sechs oder sieben Nachfolgestaaten zerstückelt werden, die von Deutschland nicht kontrolliert werden konnten. Deshalb müßten die USA auf die Revolutionierung der Nationalitäten setzen, der «Polen, der Tschecho-Slowaken und der Jugo-Slawen», deren Aufstand zum Zusammenbruch der Monarchie führen werde.²⁵⁴ Die Errichtung eines unabhängigen jugoslawischen Staates interpretierte Kerner als logischen Abschluß einer «natürlichen Evolution»; jeder, der die Jugoslawen nicht als eine einzige Nation betrachte, urteile nach unwissenschaftlichen Kriterien und falle auf die Propaganda deutscher und ungarischer Historiker herein.²⁵⁵

Die Polen verfügten in den USA über eine starke Lobby, da die große Zahl polnischstämmiger Einwanderer bei jeder Präsidentenwahl ins Gewicht fiel. Obwohl ein Teil der US-Polen Österreich gegenüber freundlich gesonnen war, entschied sich die amerikanische Staatsführung schon sehr früh zugunsten eines unabhängigen polnischen Staates. Bereits am 22. Januar verkündete Wilson in seiner Rede *Peace without Victory*, es müsse ein «vereinigtes, unabhängiges und autonomes Polen» wiederentstehen. Die Polen waren das einzige Volk, das in den «Vierzehn Punkten» vom Januar 1918 ausdrückliche Erwähnung fand. Wilson hatte die Empfehlung der Inquiry, Polen als Bundesstaat einem demokratischen Rußland einzugliedern, abgeändert und forderte stattdessen einen

«unabhängige[n] polnische[n] Staat [...], der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete in sich schließt: es soll einen freien und sicheren Zugang zur See haben [...].»²⁵⁶

Wilson honorierte damit die polnisch-amerikanische Freundschaft, hatte doch bereits der polnische Freiheitsheld und Freimaurer Tadeusz Kościuszko an der Seite seines Logenbruders George Washington für die amerikanische Unabhängigkeit gekämpft. Auf der Pariser Friedenskonferenz hatten sich Wilsons Sympathien für die Polen allerdings merklich abgekühlt; er fühlte sich angesichts der polnischen Gebietsansprüche im Osten verprellt. Die Vorschläge, die von Angehörigen der Inquiry Anfang 1919 für die Grenzziehung eines zukünftigen polnischen Staates ausgearbeitet worden waren, fielen dennoch sehr nach den Wünschen der polnischen Nationalisten aus. Man

stützte sich auf das Selbstbestimmungsrecht, wenn dies polnische Ansprüche unterstützte, und berief sich umgekehrt auf historische, wirtschaftliche und politisch-strategische Notwendigkeiten, wenn das ethnische Kriterium nicht erfüllt schien.²⁵⁷

Wie die britischen folgten also auch die amerikanischen Entwürfe zur konkreten Umsetzung des Nationalitätenprinzips in Ostmitteleuropa und dem Donaauraum eng den 1914/15 von Masaryk, Seton-Watson und Steed vorgezeichneten Linien. Gleichzeitig allerdings gab es, wiederum wie in England, Stimmen, die sich für den Erhalt der Habsburgermonarchie unter der Bedingung einsetzten, daß sie sich nach dem Krieg einer vom Westen geschaffenen Ordnung eingliedern werde; für diese Lösung trat etwa innerhalb der Inquiry Walter Lippmann ein, der in seinem Rohentwurf der «Vierzehn Punkte» vom 22. Dezember 1917 noch versucht hatte, «den Präsidenten in Sachen Selbstbestimmung zu bremsen» (*to slow the President down on self-determination*).²⁵⁸ Alle Konzepte wurden also eng mit der Eindämmung des deutschen Einflusses in Mitteleuropa verbunden.

Der Friedensschluß von Brest-Litovsk und die große deutsche Frühjahrsoffensive ließen auch in den USA die letzten Stimmen verstummen, die auf einen Separatfrieden mit der Habsburgermonarchie gesetzt hatten. Spätestens mit der offiziellen Verlautbarung vom 29. Mai 1918, in der die amerikanische Regierung ihre aufrichtige Sympathie für die «nationalistischen Bestrebungen der Tschecho-Slowaken und Jugo-Slawen» zum Ausdruck brachte, wurde deutlich, daß die USA ihre nationalen Interessen mit der Verwirklichung des Nationalitätenprinzips verknüpften.²⁵⁹ Am 30. Mai hatte Außenminister Lansing in einem Memorandum noch einmal bekräftigt, daß zur dauerhaften Zerstörung des *Prussianism* Österreich-Ungarn als Staat von der Landkarte getilgt (*blotted out*) und nach dem Nationalitätenprinzip aufgeteilt werden müßte.²⁶⁰

Masaryk war inzwischen am 5. Mai 1918 in Chicago eingetroffen, wo er bereits im Sommer 1902 Vorlesungen gehalten hatte. Am 30. Mai handelte er mit den Vertretern der slowakischen Emigration in Pittsburgh eine Übereinkunft aus, die als programmatische Grundlage des gemeinsamen Tschecho-Slovakischen Staates gedacht war; darin erhielten die Slowaken sehr weitreichende Autonomiezusagen im administrativen und kulturellen Bereich – Versprechen, die später nicht eingehalten wurden: Masaryk nannte das Abkommen im Jahr 1929 sogar eine «Fälschung» (*falsum*), obwohl er es zweimal unterschrieben hatte.²⁶¹ Als Masaryk am 19. Juni nach mehreren gescheiterten Versuchen in Washington dank der Vermittlung des Industriellen Charles Crane endlich ein erstes Gespräch mit dem US-Präsidenten führen konnte,

war die grundsätzliche Entscheidung zugunsten einer neuen Nachkriegsordnung, die sich in vielen Punkten mit seinen Plänen deckte, bereits gefallen. Wilson befragte ihn hauptsächlich zur Lage in Rußland und über die Möglichkeit eines militärischen Vorgehens der tschechischen Legion in Sibirien.²⁶²

Am 26. Juni gab Wilson seinem Außenminister grünes Licht, zwei Tage später ließ Lansing öffentlich verlautbaren, daß es amerikanisches Kriegsziel sei, «alle Zweige des Slaventums (*Slav race*) vollständig von der deutschen und österreichischen Herrschaft» zu befreien.²⁶³ Am 3. September folgte die Anerkennung des Tschecho-Slovakischen Nationalrats als rechtmäßige Exilregierung und kriegführende Macht. Der österreichischen Initiative, mit den USA einen Friedensschluß auf der Grundlage der «Vierzehn Punkte» auszuhandeln, erteilte der Präsident wenig später eine Absage: Die «Vierzehn Punkte» seien durch den Lauf der Dinge bereits überholt!

In Zagreb (Agram) verkündete am 8. Oktober 1918 ein «Nationalrat (*Narodno vijeće*) der Slovenen, Kroaten und Serben» die Schaffung eines freien und unabhängigen Staates aller Südslaven. Obwohl Wilson den jugoslawischen Bestrebungen gegenüber vorerst nur seine Sympathie zum Ausdruck brachte und die diplomatische Anerkennung des «Königreichs der Serben, Kroaten und Slovenen» erst im Februar 1919 erfolgte, galt er in Zagreb als «Repräsentant der Gerechtigkeit und Freiheit aller kleinen und unterdrückten Völker, als ein Vorkämpfer des Prinzips der Selbstbestimmung», als Lichtgestalt von Aufklärung und Fortschritt: «Ex Occidente lux!»²⁶⁴

Die ukrainischen Nationalisten hatten weniger Glück. Über ihre Ansprüche wurde erst 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz verhandelt. Inzwischen hatten die beiden Regierungen der galizischen Westukrainischen Volksrepublik mit Sitz in Lemberg und der Ukrainischen Volksrepublik mit Sitz in Kiev am 22. Januar 1919 ihren Zusammenschluß verkündet; doch die Rivalitäten zwischen den unierten (griechisch-katholischen) Ukrainern Galiziens und den Orthodoxen in der Ostukraine erwiesen sich weitaus stärker als der in der professoralen Theorie verbindende Nationalgedanke; wenig später rückte die Rote Armee in Kiev ein, und die Ukraine versank im Chaos des Bürgerkrieges. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung schenkten die Amerikaner in Paris den Forderungen der ukrainischen Vertreter keine Beachtung und unterstützten unmißverständlich die Ansprüche der Polen und der großrussischen Emigranten. Das mehrheitlich von Ukrainern besiedelte Ostgalizien wurde Polen zugesprochen, weil man die zu «60% analphabetische» ukrainische Bevölkerung für unfähig hielt, sich selbst zu regieren, und die polnische Kultur sie «zivilisieren» und vor den «bolschewi-

stischen Banden» schützen könne.²⁶⁵ Mit Blick auf die ehemals zarische Ukraine meinte Außenminister Lansing am 29. Oktober 1919 jedoch, die amerikanische Regierung betrachte

«die ukrainische Separatistenbewegung zum großen Teil als Resultat der österreichischen und deutschen Propaganda, die auf die Zersprengung Rußlands abgezielt habe. Sie [die US-Regierung] ist nicht in der Lage, eine angemessene ethnische Grundlage für die Errichtung eines separaten Staates zu erkennen, und sie ist nicht davon überzeugt, daß ein wirklich breites Bedürfnis für irgendetwas besteht, was über ein größeres Maß an lokaler Autonomie hinausgeht; diese würde naturgemäß nach der Bildung einer modernen demokratischen Regierung in Rußland entstehen, sei sie nun föderativ oder nicht. [...] die Politik der USA [...] sollte eher anstreben [...], das Prinzip der notwendigen russischen Einheit aufrechtzuerhalten, als den Separatismus zu ermutigen.»²⁶⁶

Commonwealth gegen Nationalismus?

Jenseits der Phrasen hatte man in der westlichen Hemisphäre sehr wohl begriffen, daß es im Interesse des Westens war, der Zersplitterung der Völker in diesem Raum gewisse Schranken zu setzen. Es sei noch einmal betont: *Das Selbstbestimmungsrecht war als eine reine Kriegswaffe formuliert worden*; in der Praxis verweigerte man es dort, wo es die eigene Interessenspolitik verlangte, beispielsweise im Falle der Deutschösterreicher oder der Ukrainer. Umgekehrt trug man sich im Westen mit der Hoffnung, auf den Ruinen der Habsburgermonarchie werde eine neue Konföderation der kleineren Nationalstaaten entstehen.

Bereits am 5. September 1918 hatte *The New Europe* von der Notwendigkeit gesprochen, nach Gründung neuer Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa diese in einem *Central European Commonwealth* nach britischem Muster zusammenzufassen. Das Commonwealth sollte unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes stehen; das deutsche Element dürfe in ihm keinen Platz finden.²⁶⁷ Es war dies der modifizierte Vorschlag einer eng mit dem Westen verbundenen und Deutschland eindämmenden Donauföderation, die bereits vor Kriegsbeginn die britischen Planungen beherrscht hatte. Im Dezember 1918 konnte man auch in *The Round Table* lesen, daß die Habsburgermonarchie als übernationales Gefüge immerhin den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Region entsprochen habe und man nun einen geeigneten Ersatz finden müsse.²⁶⁸ Leopold Amery und Robert

Cecil meinten im Oktober übereinstimmend, daß es im Sinne der alliierten Kriegsziele zwar opportun gewesen sei, die Tschecho-Slowaken und Jugoslawen zu unterstützen, daß man nun aber an die Schaffung eines größeren übernationalen Gebildes in Mittel- und Südosteuropa denken müsse, um die nationalen Bestrebungen zu regulieren, der bolschewistischen Gefahr zu begegnen und eine dauerhafte Ordnung zu gewährleisten. Harold Nicholson und Lewis Namier erarbeiteten mit Unterstützung des EPD daraufhin eine Denkschrift, in der sie darauf drangen, Deutschösterreich aus jeder zukünftigen Föderation auszuklammern, denn

«die Bildung einer Donauföderation mit Deutschösterreich als Zentrum widerspricht eindeutig unseren Interessen und würde langfristig bloß auf eine Wiederherstellung Österreichs unter einem neuen Namen hinauslaufen».²⁶⁹

In den USA trat zur gleichen Zeit Masaryk öffentlich für die Idee einer *Mid European Democratic Union* ein. Die Zusammenkunft der Union vom 26. Oktober fand in den Räumlichkeiten in Philadelphia statt, in denen auch über die amerikanische Verfassung von 1787 beraten worden war. Masaryk leitete die Verhandlungen sehr symbolträchtig von dem Stuhl aus, auf dem einst George Washington gesessen hatte. In einer Erklärung sprach er von einem Zusammenschluß der kleinen Völker zwischen Deutschen und Russen, von den Finnen im Norden bis zu den Griechen im Süden, der anstelle des deutschen «Mitteleuropa» verwirklicht werden müsse. Die Prinzipien dieser Föderation, in der das deutsche Element (inklusive Deutschösterreich) keinen Platz habe, sollten auf der Wilsonschen Vorstellung gründen, «alle Regierungen beziehen ihre berechnete Macht aus der Zustimmung der Regierten». Außerdem bestehe

«das unveräußerliche Recht eines jeden Volkes, seine eigene Regierung nach solchen Prinzipien und in solcher Form einzurichten, wie es seinem Glauben nach Wohlfahrt, Sicherheit und sein Glück am besten fördern wird.»²⁷⁰

Masaryks Vorschläge blieben ebenso wie die Absichtserklärungen britischer Politiker und Experten fromme Wünsche; schon zu Weihnachten 1918 war die Idee einer zentraleuropäischen Föderation definitiv begraben, da sich die Vertreter einzelner Völker bereits zerstritten hatten. Das nationale Prinzip, zu dessen Vorreiter sich Masaryk selbst erhoben hatte, entfaltete seine zerstörerische Eigendynamik und rief tiefverwurzelte Spannungen unter den verschiedenen Ethnien in den Nachfolgestaaten wach, die alle Föderationsgedanken schnell ad absurdum führten. Gerade die von den Alliierten unterstützten Losungen vom ethnischen Selbstbestimmungsrecht und dem

Nationalstaatsprinzip, die man von Anfang an wider besseres Wissen als taktische Mittel zum macht- und ordnungspolitischen Zweck verstand und gebrauchte, förderten die ethnische Zersplitterung und vervielfältigten das wechselseitige Haßregister der Völker Ostmittel- und Südosteuropas.

Wilson betrachtete die Pariser Friedensverhandlungen hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der Völkerbefreiung und der moralischen Führung des Westens; das Selbstbestimmungsrecht sollte im Kontext des neu geschaffenen Völkerbundes verwirklicht werden, im Rahmen einer Friedensordnung, die alle Widersprüche harmonisiere und die jungen Staaten stabilisiere.²⁷¹ Die kleinen Völker müßten nur den Westmächten folgen; Liberalismus und Wohlstand durch Open-Door-Freihandel seien der beste Schutz gegen den Bolschewismus.²⁷² Wilson war von der weltgeschichtlichen Sendung des amerikanischen Liberalismus zutiefst überzeugt; auf der Fahrt zur Pariser Friedenskonferenz verließ er am 10. Dezember seinem Glauben Ausdruck, der Liberalismus sei

«das einzige, was die Zivilisation vor dem Chaos retten kann [...]. Der Liberalismus muß noch liberaler sein als jemals zuvor [sic!], er muß sogar radikal sein, falls die Zivilisation dem Wirbelsturm entgehen will.»²⁷³

Wilson mußte allerdings bald erfahren, daß realpolitische Interessen und historische Gegebenheiten seinen abstrakten Glaubensprinzipien zuwiderliefen,

«daß Einigung auf Prinzipien nicht gleichbedeutend ist mit Einigung über konkrete Bedingungen; daß Prinzipien verschiedenartig interpretiert und nicht immer auf die komplexen Tatsachen der Realität einfach angewendet werden können – mit einem Wort: daß Prinzipien kein Ersatz für jene konkreten Vorschläge sind, die allein als verlässliche Grundlage für eine intelligente Diskussion und eine unzweideutige Einigung dienen können.»²⁷⁴

Sehr viel realistischer hatte Außenminister Lansing am 30. Dezember 1918 in einem vertraulichen Memorandum gewarnt:

«Je länger ich über die Erklärung des Präsidenten bezüglich des «Selbstbestimmungsrechts» nachdenke, desto mehr sehe ich die Gefahr, solche Ideen in die Köpfe mancher Rassen zu stecken. [...] Das muß [...] in vielen Ländern Unruhe schaffen. Welche Auswirkungen wird es auf die Iren haben, die Inder, die Ägypter und die Nationalitäten unter den Buren? Wird es nicht Unzufriedenheit, Unordnung und Rebellion ausbrüten? [...] Diese Phrase ist einfach mit Dynamit geladen. Sie wird Hoffnungen wecken, die niemals erfüllt werden können. Ich fürchte, sie wird Tausende von Leben kosten. Am Ende wird sie notwendigerweise in Mißkredit geraten; man wird sagen, sie sei der Traum eines Idealisten gewesen, der die

Gefahr nicht erkennen konnte, bis es schließlich zu spät war, diejenigen im Zaum zu halten, die das Prinzip in die Realität umsetzen wollten.»²⁷⁵ Zudem vertiefte Wilsons quasi-religiöser Eifer das Mißtrauen der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber einem weltweiten Engagement der USA. Der von J.P. Morgan & Co. als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas M. Lamont kritisierte die hochgeschraubte, trockene, witzelnde, dabei aber völlig humorlose Redeweise Wilsons auf der Friedenskonferenz, mit der er sich selbst hypnotisierte,²⁷⁶ die europäischen Staatsmänner hingegen immer wieder belustigte; Lamont empfahl dem Präsidenten, die Satzung des Völkerbundes zu Hause in «fast einer Kindersprache» (*a almost childlike language*) zu erläutern, um die isolationistische Stimmung der Amerikaner zu besänftigen.²⁷⁷ Dazu sah sich Wilson, der sich in seinem «selbstlosen» intellektuellen Hochmut sogar als Vollender des Werkes Jesu Christi begreifen wollte,²⁷⁸ jedoch nicht in der Lage.

Im Sommer 1919 hatte der Ruf nach einem Rückzug der USA aus den Weltangelegenheiten einen Höhepunkt erreicht. Die messianistische Zukunftsgläubigkeit war angesichts der diplomatischen Winkelzüge in Paris, die der Rhetorik Wilsons Hohn sprachen, verflogen; Europa solle im eigenen Saft schmoren, so lautete der allgemeine Tenor. Die Möglichkeit einer Einmischung des Völkerbunds, «die böse Sache mit einem heiligen Namen» (*the evil thing with a holy name*), in inneramerikanische Angelegenheiten schreckte viele Politiker. Von einem Schlaganfall gezeichnet, mußte Wilson erleben, daß der US-Senat am 19. November 1919 und 19. März 1920 eine Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung der League of Nations ablehnte. Der amerikanische Stuhl in Genf stand fortan leer, die USA hatten sich auf die andere Seite des Atlantiks zurückgezogen; das Vorhaben, eine *Atlantic Community* zu schaffen, war im ersten Anlauf gescheitert.²⁷⁹ Der britische Premier Lloyd George sprach lediglich aus, was viele Atlantiker dachten: «Amerika wurde die Führung angeboten, doch der Senat hat das Zepter in das Meer geworfen».²⁸⁰

Aus britischer Sicht stellte der Rückzug der USA aus der weltpolitischen Führungsrolle in den Isolationismus eine Katastrophe dar; die Einrichtung des Völkerbundes, ja die ganze schöne Nachkriegsordnung schien dadurch hinfällig. Milners Intimus Leo Amery hatte Balfour noch am 21. Dezember 1918 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß gegenseitige Verständigung und Kooperation als Grundlage des künftigen anglo-amerikanischen Verhältnisses für das Britische Empire als das wichtigste Ergebnis bei Kriegsende angestrebt werden müsse.²⁸¹ Da die Funktionsfähigkeit des Völkerbundes in der Konzeption seiner Architekten wesentlich auf der Zustimmung der öffentli-

chen Weltmeinung beruhen sollte, stellte dieser eindeutige Beweis von mangelndem Vertrauen einen schweren Rückschlag dar.

Viele britische Politiker, zuvorderst die Vertreter des Round Table und Winston Churchill, hatten inzwischen ihre Politik gegenüber Deutschland um 180° gedreht. Deutschland müsse militärisch aufrüsten und wirtschaftlich aufblühen, um seine Menschen zu ernähren, ihnen Zukunftsaussichten zu vermitteln und nicht einen Nährboden für revolutionäre Strömungen zu liefern.²⁸² Frankreich (*the Poincaré system*) hingegen wurde wegen seiner Bündnispolitik in Ostmitteleuropa, seiner Revanchegelüste und militaristischen Haltung heftig kritisiert. Milner nannte den Versailler Frieden in Anspielung auf Wilson *the peace to end peace* und klagte im März 1919: «Die Friedenskonferenz verhunzt alles.»²⁸³

Österreich-Ungarn war untergegangen, eine lang gewachsene Form des Zusammenlebens zerstört; doch weder aus den gedanklichen Abstraktionen noch aus den niederen Triebkräften, die mit dem Untergang wachgerufen worden waren, ließ sich ein neues *Commonwealth* erbauen, das als Pufferzone und Schutzwall für das angestrebte Kommerzimperium, das *Atlantic Empire* des Westens gegen Störungen von seiten des bolschewistischen Rußland hätte dienen können, wie es ursprünglich vorgesehen war. Mitteleuropa geriet in ein wirtschaftliches Chaos, in dem, getragen von den hochgepeitschten Trieben des Bluts, diverse nationale Faschismen und Sozialismen heraufzogen.

«Ethnische Säuberung» als politisches Prinzip

Die politischen Führungen des Deutschen und des Habsburger Reiches hatten sich als vollkommen unfähig erwiesen, in nationalen und sozialen Belangen eine vorausblickende Politik zu entwickeln, die Zeitforderungen hätte gerecht werden und ihnen ihre revolutionäre Spitze hätte nehmen können. So unterlagen sie den Kräften, die sich in der neueren Zeit unaufhaltsam angekündigt hatten: Die Kaiser dankten ab, ihre Reiche zerfielen zu Staub.

Der Versuch britischer und amerikanischer Persönlichkeiten, ein neues internationales System zu begründen, das einerseits im Sinne des geschichtlichen Fortschritts wirken sollte – so wie man sich «Fortschritt» im politischen Denken der westlichen Hemisphäre zurechtlegte –, und das sich andererseits in Übereinstimmung mit den eigenen Machtinteressen entwickeln mußte, blieb hinter den gesteckten Erwartungen weit zurück. Masaryk, Seton und Steed, die diese Vision einer Neuen Weltordnung mit dem Prinzip nationaler

Selbstbestimmung verbinden wollten, erlebten 1918/19 zwar die Verwirklichung eines großen Teils ihrer Forderungen, aber sie konnten nicht verhindern, daß in dieses «Neue Europa» bereits der Keim zu einem neuen Krieg gelegt wurde. So bemerkte Rudolf Steiner im Rahmen von drei Vorträgen über «die geschichtliche Entwicklung des Imperialismus» im Februar 1920, die auf den inneren Impuls der *Liberal Imperialists* und des Milnerschen *Round Table* Bezug nahmen, einer größtenteils englischsprachigen Zuhörerschaft gegenüber:

«Das ist das Bewußtsein, von dem ich glaube, daß es unsere britischen Freunde von hier aus mitnehmen müßten, das Bewußtsein, daß jetzt in diesem welthistorischen großen Augenblicke bei all denen, die hinzugehören zu Weltorganismen, in denen die englische Sprache gesprochen wird, die Verantwortlichkeit vorhanden ist, in das äußere Wirtschaftsimperium wirkliche Spiritualität hineinzubringen. Denn es gibt da nur ein Entweder-Oder: Entweder es bleibt das Bestreben im bloßen Wirtschaftsimperium, dann ist der sichere Untergang der irdischen Zivilisation die Folge – oder es wird Geist in dieses Wirtschaftsimperium hineingegossen, dann wird dasjenige erreicht, was mit der Erdenentwicklung eigentlich beabsichtigt war. [...] Wir müssen uns klar darüber sein, daß dieses Entweder-Oder eigentlich jeder heute für sich selbst zu entscheiden hat und daß jeder mit seinen innersten Seelenkräften an dieser Entscheidung teilnehmen muß. Sonst lebt man eigentlich nicht die Angelegenheiten der Menschheit mit.»²⁸⁴

Die Alliierten hatten der Welt vordergründige «Ideale» verkündet, hinter denen sich handfeste realpolitische und wirtschaftsimperialistische Interessen verbargen. Die «ethnische Selbstbestimmung» führte in Verbindung mit dem Nationalstaatsgedanken nicht zu der erhofften dauerhaften Friedensordnung, sondern lediglich zu einer andauernden Strukturkrise und zu einer Unzahl von ethnischen und inner- wie zwischenstaatlichen Konflikten, indem sie das Denken in kollektiven «Blut-und-Boden»-Kategorien nährte und archaische, triebgesteuerte Leidenschaften weckte.²⁸⁵ Rudolf Steiner hatte in den Kriegsjahren immer wieder betont, wohin die «völkisch-nationalistische», an das leibliche Blutprinzip gebundene Denken führen müsse:

«Durch nichts wird sich die Menschheit mehr in den Niedergang hineinbringen, als wenn sich Rassen-, Volks- und Blutsideale fortpflanzen.»²⁸⁶

Die Liste dieser Konflikte ist lang: Polen gegen Litauer, Polen gegen Ukrainer, Polen gegen Russen, Polen gegen Weißrussen, Weißrussen gegen Litauer, Polen gegen Deutsche, Polen gegen Tschechen, Tschechen gegen Deutschböhmen, Tschechen gegen Slowaken, Slowaken gegen Magyaren, Magyaren

gegen Deutschösterreicher, Magyaren gegen Rumänen, Serben gegen Kroaten, Kroaten gegen Italiener, Slovenen gegen Deutschösterreicher, Slovenen gegen Italiener, Italiener gegen Deutschösterreicher, Griechen gegen Türken, Griechen gegen Bulgaren, Bulgaren gegen Serben etc. etc.

Auch die im Rahmen des Völkerbunds verankerten Minderheitenschutzverträge wurden bald Makulatur. In Ostmittel- und Südosteuropa war es wie erwähnt auf Grund der mosaikartig angeordneten Völkerschaften nicht möglich, Nationalstaaten zu schaffen. Der Anteil an nationalen Minderheiten war in Ungarn mit etwa 10% am geringsten; Polen und Rumänien besaßen 31% bzw. 30% Minderheiten. In der Tschechoslovakischen Republik (ČSR) und im Königreich SHS (Jugoslawien) hingegen existierte numerisch gesehen kein «Staatsvolk»: beide Länder waren faktisch Vielvölkerstaaten, ein Habsburgerreich im kleinen.

In der ČSR stand den urban und industriell entwickelten tschechischen Landesteilen Böhmen und Mähren, die geschichtlich seit Jahrhunderten in den sie umgebenden deutschsprachigen Raum eingebunden waren, eine rurale Slowakei gegenüber, die 1000 Jahre lang von Ungarn aus regiert worden war. Das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken gestaltete sich aus tschechischer Sicht wie das eines Schulmeisters zu einem minderjährigen Jugendlichen, wobei man insbesondere tschechischerseits wiederholt betonte, daß es im Grunde nur eine einzige Nation der «Tschechoslowaken» gebe. Die Aufrechterhaltung dieser «Staatsideologie» empfand man umso notwendiger, als in allen Landesteilen numerisch starke Minderheiten lebten. In Böhmen und Mähren standen den ca. 7 Millionen Tschechen über 3 Millionen Deutsche gegenüber; in der Slowakei kamen auf 2,5 Millionen Slowaken ca. 720.000 Magyaren und 569.000 Rusinen (Karpato-Ukrainer). Den Deutschböhmen, Deutschmähren und Karpatendeutschen wollte Masaryk nach anfänglichen Überlegungen einen Landsmannminister einräumen, später auch ein «Regierungsreservat» mit einer wachsenden Zahl von Ressorts. Die versprochene slowakische Autonomie fiel völlig unter den Tisch;²⁸⁷ man sprach nun von der Existenz einer «tschechoslovakischen Nation» und die Verfassung legalisierte den Begriff einer fiktiven «tschechoslovakischen Sprache». Bei der Vorstellung der Verfassung vor der Nationalversammlung argumentierte der tschechische Politiker Bouček am 17. Februar 1920 in grotesker Weise:

«Meine Herren, es gibt für einen Föderalismus in unserer Geschichte nicht die geringste Grundlage. Der mährische Slowake Masaryk wirkte für unsere Einheit. Legionäre aus den böhmischen Ländern, Mähren und die Slowakei vergossen ihr Blut für diese Einheit und die große Mehrheit

der tschechoslovakischen Nation will diese Einheit. Darum besteht kein Anlaß, auch nicht die geringste Grundlage für die Schaffung irgendeiner Art [...] von föderativer Struktur.»²⁸⁸

Die offizielle Führung propagierte nun eine zentralistische Einheitsidee, die unter dem Stichwort «Tschechoslovakismus» die Existenz eines Staatsvolkes betonte. Der Grund für das zentralisierende Vorgehen der Prager Regierung war vor allem in der Furcht zu suchen, daß sich die autonomistischen Forderungen im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der anderen Minderheiten des Vielvölkerstaates ausweiten würden. Die Prager Führung litt unter einem «Habsburg-Syndrom», d.h. man glaubte, bei Gewährung von Autonomie für die Minderheiten würde der neue Staat unweigerlich zerfallen. Dies zeigt die Äußerung von Außenminister Beneš aus dem Jahr 1932, größere Autonomie für die Slowakei würde «für diesen Staat bedeuten: der Ruf Slowakei den Slowaken, die deutschen Gebiete den Deutschen, die magyarischen den Magyaren.»²⁸⁹ Darum enthielt die Verfassung von 1920 trotz der Billigung von Sprachenrechten für den individuellen Einzelbürger keine Ansätze für den Ausbau eines staatlichen Föderalismus auf Grundlage der Personalautonomie.

Die Wiedergeburt des polnischen Staates im Jahre 1918 war überschattet von der Grundsatzauseinandersetzung der beiden dominierenden polnischen Staatsmänner der Zwischenkriegszeit, Roman Dmowski (1864-1939) und Józef Piłsudski (1867-1935). Die Nationaldemokraten unter Dmowski wollten einen egalitären und unitaristischen polnischen Nationalstaat nach französischem Vorbild, der ethnisch möglichst einheitlich werden und Fremdvölker rasch polonisieren sollte. Der Grundsatz der von Dmowski vertretenen Politik lautete im Sinne des französischen *Étatisme*: «Nicht die Nation schafft den Staat, sondern der Staat schafft die Nation.»²⁹⁰ Dmowski meinte, daß das neu erstehende, kulturell überlegene polnische Staatswesen das natürliche Recht besitze, soviel von den Gebieten der zivilisatorisch «tieferstehenden Stämme» der Ukrainer und Weißruthenen zu vereinnahmen und zu assimilieren, als direkt und zentral von Warschau aus verwaltet werden konnte. Die ostslawischen Gebiete sollten zur kollektiven Stärke der polnischen Nation beitragen.²⁹¹ Im übrigen wünschte er ein gutes Auskommen mit Sowjetrußland, um der seiner Ansicht nach größten polnischen Bedrohung, Deutschland, konzentriert entgegenzutreten zu können.

Piłsudski dachte stärker an eine föderalistische Lösung, an die Wiedererweckung der «jagiellonischen Idee», der zufolge Polen wie zuvor schon im 15. Jh. in einem Commonwealth mit den östlichen Nachbarn in Litauen, der Ukraine und Belarus' vereint werden sollte. Am heftigsten wurde die «föde-

ralistische Lösung» in Polen in den Jahren 1918-1920 debattiert. Man sah den Föderalismus in Zusammenhang mit der messianistischen Aufgabe, Osteuropa unter polnischer Führung in einen Verbund freier Nationen zu ordnen.²⁹² Piłsudski glaubte, daß der Prozeß der Nationswerdung bei Litauern, Weißruthenen und Ukrainern zu fortgeschritten war, um in einem polnisch geführten Staatswesen die zentralistische Direktverwaltung durchzusetzen.

Wies Piłsudskis Programm noch 1918/19 föderalistische Züge auf, so wurde die Verwirklichung durch den andauernden Streit mit den einflußreichen Anhängern Dmowskis wesentlich erschwert. Außerdem herrschte in Ostgalizien zwischen den dort ansässigen Polen und Ukrainern bereits offener Kriegszustand; am 13. November 1918 war eine bürgerliche «Westukrainische Volksrepublik» ausgerufen worden. Die äußerst komplexe Verschachtelung religiöser, ethnischer und sozialer Unterschiede und Gegensätze ließ eine Lösung der Frage der polnischen Ostgebiete nach dem Nationalitätenprinzip als völlig unmöglich erscheinen. Die Polen waren beispielsweise bei den Ukrainern in Galizien als Katholiken, Großgrundbesitzer und Vorkämpfer einer ethnisch-kulturellen «Polonisierung» gleichermaßen verhaßt.

Als Polen am 18. März 1921 den Friedensvertrag von Riga ratifizierte, hatte jedoch die unitarische, nationaldemokratische Strömung endgültig über die Anhänger der Föderationsidee den Sieg davongetragen. Jeder Versuch, für Ostgalizien und Mittel-Litauen Autonomie zu erlangen, wurde von den polnischen Nationalisten zu Fall gebracht. Zwar wollte Piłsudski die nichtpolnischen Völker in ihrem ethnischen Charakter bestehen lassen, aber fortan nur unter Existenz einer polnischsprachigen Oberschicht zur Sicherung der staatlichen Einheit.

Die Staatsverfassung vom 17. März 1921 war den zentralistischen französischen Verfassungen nachgeformt. Obwohl z.B. Art. 110 den Minderheiten das Recht zur Gründung von autonomen Assoziationen zugestand²⁹³, nahm der Verwaltungsaufbau keinerlei Rücksicht auf den Charakter des Vielvölkerstaates. Polen befand sich seit 1921 in einer permanenten Auseinandersetzung mit seinen «Minoritäten»; nicht zuletzt wegen der Instabilität der nach allen Seiten hin umstrittenen Grenzen wurde auch Piłsudski zu einem Befürworter der politischen Zentralisation. Die Organisationen autonomistischer Parteien ließ er entweder zerschlagen (wie z.B. die weißruthenische *Hramada*) oder durch militärische «Pazifikation» offen bekämpfen (die terroristische «Organisation Ukrainischer Nationalisten»). Auch gegen die deutsche Bevölkerung in Oberschlesien wurden Polonisierungsmaßnahmen eingeleitet. Schließlich kündigte Polen am 13. September 1934 die

Minderheitenschutzverträge, die es mit dem Völkerbund abgeschlossen hatte, weil man den Strom von Beschwerden an den Völkerbund über polnische Vergehen an den Verträgen als nationale Schande empfand. Gleichzeitig wurde an einem Programm gearbeitet, daß die Polonisierung der östlichen Minderheiten beschleunigen sollte; durch die Unterdrückung der Orthodoxen Kirche und den erzwungenen Übertritt der Gläubigen zum Katholizismus wollte man die östlichen Landesteile «vereinheitlichen».

Von allen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, die aus dem Ersten Weltkrieg hervorgingen, war Jugoslawien in fast jeder Hinsicht das komplizierteste Gebilde. Aus dem provisorischen Staatswesen der Serben, Kroaten und Slovenen, das im Agramer (Zagreber) Nationalrat (*Narodno Vijeće*) sein Hauptorgan hatte, ging nach dem Beitritt Montenegros am 24. November 1918 der «dreinamige» Nationalstaat der Serben, Kroaten und Slovenen als Königreich SHS (*Srba, Hrvata i Slovenaca*) unter der Herrschaft des serbischen Prinzregenten Aleksandar Karađorđević hervor. Tatsächlich aber war das Königreich SHS ein Nationalitätenstaat, in dem keine der Nationalitäten für sich allein über eine ausreichende Mehrheit verfügte.

Das Königreich wurde mit der gegen den Willen der kroatischen und slovenischen Parlamentarier verabschiedeten, streng unitaristisch-zentralistisch gehaltenen Verfassung am 28. Juni 1921, dem serbischen Nationalfeiertag Vidovdan (Veits-Tag), ausgerufen, was von Anfang an den Eindruck erwecken mußte, der neue Staat sei nichts anderes als ein neues Königreich Großserbien.²⁹⁴ Vor dem 28. Juni 1921 hatte trotz der zunehmenden Tendenz zum Zentralismus die Möglichkeit bestanden, den neuen Staat nach pluralistischen und föderalistischen Gesichtspunkten zu gliedern. Nach diesem Datum konnte eine Föderalisierung nur unter Änderung der Verfassung realisiert werden.

Der offizielle Name des Königreiches SHS sollte nach der Verfassung (Art. 1) die volle Gleichheit aller drei «Stämme» manifestieren, d.h. der Slovenen, Kroaten und Serben. Von den anderen Minderheiten war darin nicht die Rede. Art. 3 der Verfassung erklärte die «serbisch-kroatisch-slovenische» Sprache zur Amtssprache.²⁹⁵ Um überhaupt die Existenz des Staatsgedankens rechtfertigen zu können, griff man ähnlich wie in der ČSR auf eine konstruierte Staatsnation der «Serbokroaten» zurück, zu der man Serben, Kroaten, Montenegriner, Bosniaken und Makedonen zählte. Diese künstliche Staatsnation machte rund 77% der Gesamtbevölkerung aus. Das Staatsgebiet wurde nach französischem Vorbild in etwa gleichgroße *oblasti* eingeteilt. Zwar wurde das Verwaltungswesen relativ dezentralisiert gegliedert, aber im Sinne eines serbisch ausgerichteten Einheitsstaates ohne er-

kennbare föderative Strukturen. Erschwert wurde das Zusammenleben außerdem durch die Pluralität der religiösen Bekenntnisse. Gerade die Kirchen (die katholische und die orthodoxe), als auch die Muslime sahen den jugoslawischen Staatsgedanken in erster Linie als einen Angriff auf die Eigenständigkeit des jeweiligen, katholischen, orthodoxen bzw. muslimischen Bekenntnisses und nährten deshalb die separatistischen Strömungen.²⁹⁶

In den Zwanziger Jahren war das Zusammenleben der Völker im Königreich SHS von schweren Spannungen überschattet. Als Antwort auf die verfahrenere innenpolitische Lage entließ König Aleksandar am 6. Januar 1929 das Parlament, setzte die Vidovdan-Verfassung außer Kraft und führte einen absolutisch geprägten Zentralismus ein. Ferner wurde das Königreich SHS offiziell in *Jugoslavien* umgetauft. Regional partikularistisch oder religiös ausgerichtete Parteien wurden verboten, die Hauptsiedlungsgebiete der Kroaten geteilt, Altserbien, Bosnien und die Hercegovina zum Vorteil der serbischen Seite neu gegliedert. Obwohl die Serben nur rund 40% der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens ausmachten, verfügten sie nun in sechs der neun neuen Banschaften über eine deutliche Mehrheit.²⁹⁷ Diese staatliche Neugründung verschärfte die nationalen Gegensätze erheblich.

Noch während des Weltkrieges zeichneten sich mancherorts jene furchtbaren Methoden ab – man denke nur an den Völkermord an den Armeniern –, mit denen, allen idealistischen Lippenbekenntnissen zum Trotz, in Europa (und darüber hinaus) künftig Minderheitenpolitik betrieben werden sollte: Aus- und Umsiedlung, Vertreibung, Deportation, «ethnische Säuberung», Ethnozid, Genozid. In der Phraseologie Masaryks: «Caesar, nicht Jesus». Mit der Aussiedlung von 250.000 Bulgaren aus der Türkei, Griechenland, dem Königreich SHS und Rumänien sowie der Aussiedlung von mehr als einer Million Griechen aus Kleinasien und von 400.000 Türken aus Griechenland in das jeweilige Mutterland, die vom Völkerbund gebilligt wurden, weil dies die «ethnische Homogenität» der betroffenen Staaten förderte, setzte sich nach 1919 eine menschenverachtende Politik durch, die im Namen des ethnischen Kollektivs und seines fiktiven «Selbstbestimmungsrechts» alle individuellen Menschenrechte mit Füßen trat. Der Flüchtlingskommissar des Völkerbunds, Fridtjof Nansen, schrieb damals,

«daß die Entmischung (*unmixing*) der Bevölkerungen des Nahen Ostens die wahre Befriedung des Nahen Ostens garantieren wird [...] und daß der Bevölkerungsaustausch der rascheste und wirksamste Weg ist, um mit den schweren ökonomischen Folgen fertig zu werden, die sich aus der großen Bevölkerungsbewegung, die bereits eingesetzt hat, ergeben.»²⁹⁸

Dieses Exempel wurde vorherrschendes Denkmuster nicht nur nationalistischer Lokalfürsten in entlegenen «balkanischen» Dörfern, sondern es wurde von Stalin in der Sowjetunion und von Hitler in Nazideutschland – *den eigentlichen Nutznießern der fauligen Früchte, die aus den «Vierzehn Punkten» und dem kollektiven «Selbstbestimmungsrecht» sproßten* – in allergrößtem Umfang ebenso aufgegriffen wie von Churchill und Roosevelt in der westlichen Hemisphäre. Zum «Austausch» der Völker als Kollektiv gesellte sich bald auch die kollektive «Bestrafung», ja die kollektive Vernichtung. In dieser Gedankenform wurden Menschen zu Tierherden, die man von einem Ort zum anderen treiben konnte, die einen statistisch erfaßbaren «Stempel» (ethnische Zugehörigkeit, Sprache, Religion) erhielten. Im Falle des Nationalsozialismus wurde der Mensch als Teil des Kollektivs zu einem bloßen Sachgegenstand, und man traf entsprechende Vorkehrungen, wie «zweckmäßigerweise die rassisch unerwünschten Teile der Bevölkerung verschrottet werden könnten.»²⁹⁹

Die Vertreibungen und «Säuberungen» seit dem Ersten Weltkrieg fanden nicht zuletzt deshalb Nachahmer, weil man sich aller fortschreitenden Mittel der Technik bedienen konnte, um die Menschen zu «verpflanzen» oder gar zu vernichten. So verteidigte Winston Churchill im britischen Unterhaus am 15. Dezember 1944 die zwischen ihm und Stalin mit Hilfe von drei Streichhölzern über einigen Gläsern Wodka vereinbarten Grenzverschiebungen des polnischen Staates³⁰⁰ und die damit verbundene massenweise Zwangsdeportation von Deutschen, Polen, Weißruthenen, Ukrainern und Litauern in den Worten:

«Es wird reiner Tisch gemacht. Ich bin von der Aussicht einer Entflechtung der Bevölkerung keineswegs beunruhigt, nicht einmal von diesen großen Transfers, die unter den heutigen modernen Bedingungen eher möglich sind, als das jemals zuvor der Fall war.»³⁰¹

Caesar, nicht Jesus . .

Anmerkungen

- 1 Elias Canetti: *Die gerettete Zunge. Geschichte einer Jugend*. Taschenbuchausgabe Frankfurt/M. 1979, S. 10.
- 2 Czesław Miłosz: *West und Östliches Gelände*. Taschenbuchausgabe München 1986, S. 22.
- 3 Die ethnische Definition, wie sie der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegt, sieht das «Volk» als Abstammungsgemeinschaft und macht dementsprechend den Erwerb der Staatsbürgerschaft von der ethnischen Herkunft abhängig. Dem steht das politisch und rechtlich definierte Konzept der Französischen Revolution gegenüber, das die «Nation» in der Übereinstimmung von Wertvorstellungen, Institutionen und politischen Überzeugungen begründet sieht. Vereinheitlichungs- und Zentralisierungsprogramme erfolgen hier nicht im Sinne eines ethnischen Dominanzwillens, sondern aufgrund einer übergeordneten Staatsraison. Das auf dem Föderalismus basierende Schweizer Modell definiert verschiedene ethnische Gruppen ihre freiwillige Zugehörigkeit zur Nation als Gemeinsamkeit von Institutionen, Interessen und Geschichte, die quasi «vertraglich» festgeschrieben werden.
- 4 Über Centralisation und nationale Gleichberechtigung in Österreich», *Národní Noviny* vom 23. Dezember 1849, in: František Palacký: *Österreichs Staatsidee*. Prag 1866, S. 89f.
- 5 Über die Tätigkeit der Alldeutschen in Österreich vgl. Andrew G. Whiteside: *Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet*. Graz-Wien-Köln 1981, hier S. 168ff. Vgl. auch Brigitte Hamann: *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*. Taschenbuchausgabe München-Zürich 1998, S. 337-363.
- 6 Peter Burian: *Deutschland und das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie aus deutscher Sicht*. In: *Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch*. Hrsg. v. Robert A. Kann, Friedrich Prinz. Wien-München 1980, S. 398-411, hier 408.
- 7 «Deutschlands Weltstellung und der Weiterbau am deutschen Nationalstaat», *Alldeutsche Blätter*, Januar 1894; zit. nach Jiří Kořalka: *Všeněmecký svaz a česká otázka koncem 19. století*. Praha 1963, S. 57.
- 8 *Alldeutsche Blätter*, Oktober 1895, zit. ebenda 60.
- 9 *Deutschland bei Beginn des 20. Jahrhunderts. Von einem Deutschen*. Berlin 1900, S. 212f.; zit. ebenda 63.
- 10 Vgl. Friedrich Heer: *Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität*. München-Esslingen 1968, S. 39f.
- 11 So der im Landwirtschaftsministerium tätige Oberregierungsrat Stumpfe alias Ekkehart Ostmann; zit. nach Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*. Paperback-Ausgabe Königstein/Ts. 21979, S. 143.
- 12 Zit. nach Fritz Fischer: *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911-1914*. Paperback-Ausgabe Kronberg/Ts.-Düsseldorf 1978, S. 352.
- 13 Daniel Frymann (= Justizrat Class): *Wenn ich der Kaiser wär'*. 41913; zit. nach *Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933*. Hrsg. v. Harry Pross. Frankfurt/M. 1959, S. 134ff. (Hervorhebungen im Original.)
- 14 «An die Deutschen in Österreich», *Neue Freie Presse* vom 31. Oktober 1897; zit. nach Kořalka: *Všeněmecký svaz a česká otázka*, S. 48.
- 15 Vgl. Roland J. Hoffmann: *T.G. Masaryk und die tschechische Frage. Bd. I: Nationale Ideologie und politische Tätigkeit bis zum Scheitern des deutsch-tschechischen Ausgleichsversuchs vom Februar 1909*. München 1988, S. 410.
- 16 Tomáš G. Masaryk: *Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914-1918*. Berlin 1925, S. 350-356.
- 17 Zit. nach Hoffmann: *T.G. Masaryk und die tschechische Frage*, Bd. I, S. 112f.
- 18 *Das Magazin für Literatur*, Jhg. 66, Nr. 45 (13. November 1897), in: Rudolf Steiner: *Gesammelte Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte 1887-1901*. Dornach 31989 (= GA 31), S. 215.
- 19 Henry Cord Meyer: *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815-1945*. The Hague 1955, S. 55f.

- 20 Lichnowsky an Reichskanzler Hohenlohe (25. Oktober 1897), zit. nach Jiří Kořalka: *Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815-1914*. Wien-München 1991, S. 263.
- 21 Zit. nach Wolfgang J. Mommsen: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*. Frankfurt/M. 1990, S. 229.
- 22 Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 109-126, 199ff.
- 23 Vgl. Meyer: *Mitteleuropa* 220; Michael Burleigh: *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*. Cambridge 1988, S. 13ff.; Friedrich Kuebart: *Zur Entwicklung der Osteuropaforschung in Deutschland bis 1945*. In: *Osteuropa* 30 (1980), S. 657-672, hier 663ff.; Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 110ff.
- 24 Zit. nach Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 177.
- 25 Zit. nach Jiří Kořalka: *Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848-1918*. In: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Hrsg. von Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch. Bd. VI/2: *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*. Wien 1993, S. 150.
- 26 Zit. *ebenda* 150.
- 27 Bethmann Hollweg an Hindenburg, 29. September 1916; zit. *ebenda* 151.
- 28 Masaryk: *Die Weltrevolution* 4.
- 29 *Ebenda* 26.
- 30 Das «Selbstbestimmungsrecht» ist als «Gruppenrecht» in Art.1 des von der UNO getragenen «Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte» sowie des «Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte» verankert. Vgl. Georg Brunner: *Minderheiten und Rechte: die völkerrechtliche Lage*. In: *Nationen, Nationalitäten, Minderheiten*. Hrsg. v. Valeria Heuberger u.a. Wien-München 1994, S. 31-54.
- 31 Die Menschen dieses Kreises gingen (und gehen immer noch) von der Vorstellung aus, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer kulturell-zivilisatorischer, politisch-sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhang bilden muß. Der Ursprung dieser Idee kann in seiner modernen Form bis in die Siebziger Jahre des 19. Jahrhundert zurückverfolgt werden. Er wurde in einem anfangs kleinen Kreis von englischen Imperialisten um Cecil Rhodes (1853-1902), William T. Stead (1849-1912) und Lord Alfred Milner (1854-1925) genährt und von England aus in der gesamten englischsprachigen Welt verbreitet. Ein wesentliches Ziel dieser Persönlichkeiten bestand darin, an der Schaffung eines englischsprechenden «Atlantischen Imperiums» auf der Grundlage des Impulses von König Artus zu arbeiten. Dabei wollte man in gewisser Hinsicht jene Pläne eines *englishspeaking* «Friedensreiches», einer *Pax Anglo-Americana* aufgreifen, die der *philosopher-magician* John Dee (1527-1608) für Königin Elizabeth I., Nachfahrin und Erbin von ARTHUR king [of this] BRYTISH MONARCHY, schon Mitte des 16. Jahrhunderts entwickelt hatte: the Repaying and new Strengthening of the fowndation and Walls of *TEMPLUM PACIS, or Solomons Temple, (as it were) I mean, of the whole Brytish Monarchie*. John Dee: *General and rare memorials pertayning to the Perfect Arte of Navigation*. London 1577, S. 14. Vgl. auch Charles Bowie Millican: *Spenser and the Table Round: A Study in the Contemporaneous Background for Spenser's Use of the Arthurian Legend*. Cambridge/Mass. 1932; James Douglas Merriman: *The Flower of Kings: A Study of the Arthurian Legend in England Between 1485 and 1835*. Lawrence/Ks. 1973; Roberta Florence Brinkley: *Arthurian Legend in the Seventeenth Century*. Baltimore-London 1932.
- Mit finanzieller Unterstützung des Rhodes-Trusts, dessen Treuhänder er seit 1902 war, gründete Lord Alfred Milner am 4./5. September 1909 im walisischen Plas Newydd auf der Druideninsel Anglesey, der mythischen Heimat von König Artus, in einem Kreis von zwölf Personen eine neue Tafelrunde (*The Round Table*), die unter diesem Namen der Reform des Britischen Empire und der Entstehung einer atlantischen Gemeinschaft zuarbeiten sollte. Vgl. Carroll Quigley: *The Anglo-American Establishment. From Rhodes to Cliveden*. New York 1981; Werner Engelmann: *Die Cecil-Rhodes-Stipendien. Ihre Vorgeschichte und ihre Bedeutung für die deutschen Stipendiaten*. Phil.Diss. Heidelberg 1965; Carroll Quigley: *Tragedy and Hope*. New York-London 1966; Walter Nimocks: *Milner's Young Men. The Kindergarten in Edwardian Imperial Affairs*. Durham/N.C. 1968; Alex May: *The Round Table, 1910-1966*. Unpublished Ph.D. Oxford 1995; John Kendle: *The Round Table Movement and Imperial Union*. Toronto 1975; Markus Osterrieder: *Die Zukunft des Atlantischen Imperiums*. In: *Gegenwart*, Nr. 1-2 (2000), S. 29-35. – Premier Lloyd George bekannte im Jahr 1919, der Round Table sei «eine sehr mächtige Interessengemeinschaft, auf seine eigene Art vielleicht die mächtigste

- im Land. Jedes Mitglied der Gruppe bringt auf den Beratungen klar umrissene und wichtige Qualitäten ein, und hinter den Kulissen haben sie viel Macht und Einfluß.» *Lord Riddell's Intimate Diary of the Peace Conference and After, 1918-1923*. London 1933, S. 330. – Und Maurice Hankey, Sekretär im War Cabinet. vermerkte: «Zu den einflußreichsten [Kreisen] im gegenwärtigen Moment würde ich die Round-Table-Gruppe zählen. Sie essen jeden Montag gemeinsam zu abend, für gewöhnlich im Haus von Major Waldorf Astor M.P., Sir Edward Carson oder [F. S.] Oliver. Milner ist das eigentliche Haupt dieser Gruppe, der [Leo] Amery, Philip Kerr und der Herausgeber der *Times*, Geoffrey Robinson (der gerade seinen Namen [in Dawson] umgeändert hat) angehören, aber auch die verschiedenen jungen Männer, die mit [der Zeitschrift] *The Round Table* verbunden sind.» Tagebuch von Maurice Hankey, 15. August 1917; Stephen Roskill: *Hankey – Man of Secrets*. London-Glasgow 1970, S. 422.
- 32 [...] to form a new state or enter into some combination, the vaguest outline of which cannot yet be imagined. All this is a dream, the fulfilment of which no man can prophesy. – «The Balkan War and the Balance of Power», *The Round Table*, Nr. 11 (Juni 1913), S. 411.
- 33 If we succeed, and if, as a result of our victory, Europe is rearranged, as far as possible with regard to the principle of nationality and in accordance with the wishes of the people who dwell in the various disputed areas, we may look forward to a great relaxation and easement. – Zit. nach Kenneth J. Calder: *Britain and the Origins of the New Europe 1914-1918*. Cambridge u.a. 1976, S. 16.
- 34 We want this war to settle the map of Europe on national lines [...] – Zit. nach Harry Hanák: *The Government, the Foreign Office and Austria-Hungary, 1914-1918*. In: *Slavonic and East European Review* 47 (1969), S. 161-197, hier 161.
- 35 Frederick Whyte: *The Life of William T. Stead*. Bd. 1-2. London 1925, hier Bd. II, S. 358.
- 36 Peter Schuster: *Henry Wickham Steed und die Habsburgermonarchie*. Wien-Köln-Graz 1970, S. 12ff.
- 37 Vgl. Thomas Angerer: *Henry Wickham Steed, Robert Seton-Watson und die Habsburgermonarchie. Ihr Haltungswandel bis Kriegsanfang im Vergleich*. In: *Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung* 99 (1991), S. 435-473, hier 440f.
- 38 Schuster: *Henry Wickham Steed und die Habsburgermonarchie* 20ff.
- 39 *Neue Freie Presse*, 20. Juni 1910; zit. ebenda 75.
- 40 Henry Wickham Steed: *Through Thirty Years, 1892-1922*. Bd. 1-2. Garden City/N.Y. 1922, hier Bd. I, S. 263.
- 41 Emanuel V. Voska, Irvin Voska: *Spy and Counterspy*. New York 1940, S. 20.
- 42 Vgl. Harry Hanák: *Die Einstellung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu Österreich (-Ungarn)*. In: *Die Habsburgermonarchie 1848-1918*. Hrsg. v. Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch. Bd. VI/2: *Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen*. Wien 1993, S. 563.
- 43 Steed gegenüber äußerte er seinen Zorn über die Magyaren: «Sie haben mich belogen! Sie haben mich belogen!» Zit. nach Angerer: *Henry Wickham Steed, Robert Seton-Watson und die Habsburgermonarchie* 457.
- 44 Seton-Watson an Ivo Lupis-Vukić, 17. Oktober 1909. *Robert W. Seton-Watson i Jugoslaveni. Korespondencija 1906-1941*. Hrsg. v. Institut za hrvatsku povijest, British Academy. Bd. 1-2. Zagreb-London 1976, hier Bd. I, S. 51.
- 45 Er verfaßte damals unter anderem: *The Future of Austria-Hungary* (London 1907); *Racial Problems in Hungary* (London 1911); *The South Slav Question and the Habsburg Monarchy* (London 1911); *Absolutism in Croatia* (London 1912).
- 46 *The man may perish, but the idea cannot die. The mission of the Habsburgs is more obvious than ever.* – *Contemporary Review*, August 1914; zit. nach Harry Hanák: *Great Britain and Austria-Hungary during the First World War. A Study in the Formation of Public Opinion*. London u.a. 1962, S. 30.
- 47 *Robert W. Seton-Watson i Jugoslaveni*, Bd. I, S. 165.
- 48 *The solutions I have advocated for years – South Slav, Hungarian – died a natural, or rather a most unnatural death at midnight before last. From now onwards the Great Serbian State is inevitable; and we must create it. [...] Dalmatia, Bosnia, Croatia, Istria must be united to Serbia; [...]* – Hugh and Christopher Seton-Watson: *The Making of a New Europe. R.W. Seton-Watson and the Last Years of Austria-Hungary*. London 1981, S. 101f.

- 49 *If my friend commits suicide, after I warned him and besought him not to do so, then there is nothing left but to bury him! and that is my present position towards Austria.* – Zit. nach Angerer: Henry Wickham Steed, Robert Seton-Watson und die Habsburgermonarchie 470.
- 50 Calder: *Britain and the Origins* 20.
- 51 Seton-Watson: *Making of a New Europe* 105.
- 52 *The Southern Slavs, and it should be added the Bohemians, are our natural allies, as the intermediaries between Britain and Russia, between Britain and the great Slavonic world of thought and politics which is at last slowly coming more nearly into our ken.* – Brief an *The Times*, 23. April 1915; zit. nach Hanák: *Great Britain and Austria-Hungary* 34.
- 53 In seinem Werk *L'Europe et la question d'Autriche au seuil du XXe siècle* (Paris 1901) warnte André Chéradame vor vermeintlichen Konsequenzen des Bagdadbahn-Projekts: «Ohne Unterbrechung von Hamburg bis zum Persischen Golf projiziert, wird die gewaltige deutsche Eisenbahn Berlin an den Fernen Osten anbinden. Dann wird der gigantische Traum von Kaiser Wilhelm II. erfüllt sein. Aufgrund seiner Kraft und seines wirtschaftlichen Reichtums wird Deutschland über das Weltall herrschen.» (S. 553.)
- 54 Vgl. auch Wolfgang Wippermann: *Der «Deutsche Drang nach Osten». Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes.* Darmstadt 1981, S. 47-59.
- 55 Robert Seton-Watson: *What's at Stake in the War.* London 1915; vgl. auch Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 112.
- 56 Robert Seton-Watson: *Masaryk in England.* Cambridge 1943, S. 60.
- 57 Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 54f.; Edvard Beneš: *Der Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die Tschechoslowakische Revolution.* Berlin 1928, S. 13. Vgl. auch *Weg von Österreich! Das Weltkriegsexil von Masaryk und Beneš im Spiegel ihrer Briefe und Aufzeichnungen aus den Jahren 1914 bis 1918. Eine Quellensammlung.* Hrsg. v. Frank Hadler. Berlin 1995 (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas 34).
- 58 Masaryk an A.V. Šembera, 28. November 1876; zit. nach Hoffmann: *T.G. Masaryk und die tschechische Frag I*, 67.
- 59 Tomáš G. Masaryk: *Das Neue Europa. Der slawische Standpunkt.* Berlin 1922, S. 89.
- 60 (1) *As principle: The role of Britain in the future settlement should be «the Brain policy». She should have a plan, and the European public ought to know it. This will (1) give direction to the evolution of events and (2) win the sympathies of Europe. This ought to come now.* – Zit. nach Seton-Watson: *Masaryk in England* 48.
- 61 *Independent Bohemia*, in: Seton-Watson: *Masaryk in England* 117-134.
- 62 Interview mit *Le Petit Parisien*, 14. September 1921; zit. nach Carol S. Leff: *National Conflict in Czechoslovakia. The Making and Remaking of a State, 1918-1987.* Princeton 1988, S. 138.
- 63 Masaryks Abstammung ist nicht ganz geklärt. Seine Mutter, Therese Kropaczek, war deutsch-mährischer Herkunft und Köchin im Brünner Hause der prominenten deutsch-jüdischen Familie Redlich. Als sie bereits schwanger war, heiratete sie den um mehrere Jahre jüngeren slovakischen Kutscher Josef Masaryk. Von Tomáš Masaryk selbst noch zu Lebzeiten nie dementierte, von den tschechischen Hagiographen jedoch bis heute heftig bekämpfte Vermutungen besagen, er sei eigentlich das illegitime Kind von Nathan Redlich, also von beiden Elternteilen her deutsch-mährischer Abstammung gewesen. Vgl. Hoffmann: *T.G. Masaryk und die tschechische Frage*, Bd. I, S. 37f.
- 64 Masaryk: *Die Weltrevolution* 461.
- 65 Vgl. Fest: *Peace or Partition* 181.
- 66 *I once told you that the Round Table men should have a critical weekly.* – Seton-Watson: *Masaryk in England* 76. Vgl. auch Eric Goldstein: *The Round Table and the New Europe.* In: *The Round Table, the Empire/Commonwealth and British Foreign Policy.* Hrsg. v. Andrea Bosco, Alex May. London 1997, S. 437-450.
- 67 *Groups of competent persons are now being formed in the principal Allied countries; these groups will endeavour to keep in close touch with each other so that their influence upon the public opinion and, through public opinion, their pressure upon the governments of their respective countries may be concordant and simultaneous.* – Steed: *Through Thirty Years*, Bd. II, S. 385.

- 68 *The New Europe* has been founded to provide material for a definite scheme of reconstruction, and to suggest to both the Allied peoples and their Governments the broad lines upon which the Europe of the future should be built. – *The New Europe*, Vol. I, No. 4 (9. November 1916), S. 97f.
- 69 Vgl. Hanák: *Great Britain and Austria-Hungary* 188; Harry Hanák: *The New Europe, 1916-1920*. In: *The Slavonic and East European Review* 39 (1961), S. 369-399.
- 70 *We should not push the principle of nationality so far as unduly to strengthen any state which is likely to be a cause of danger to European peace in the future.* – «Suggested Basis for a Territorial Settlement in Europe», Cabinet Office 242/78, zit. nach Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 94f.; Hanák: *The Government, the Foreign Office and Austria-Hungary* 168f.; vgl. Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 115f.
- 71 *Race, history, and tradition demand that Russians and Ukrainians should live together in the closest political and economic ties.* – *The New Europe*, Vol. V, Nr. 64 (3. Januar 1918), S. 372.
- 72 Vgl. Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 232f., 242f.
- 73 Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 215f.
- 74 Vgl. Fest: *Peace or Partition* 25f.; Hanák: *Great Britain and Austria-Hungary* 272f.; Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 143, 213.
- 75 FO 371/2162, 36542; Hanák: *The Government, the Foreign Office and Austria-Hungary* 163.
- 76 Wilfrid Fest: *Peace or Partition. The Habsburg Monarchy and British Policy 1914-1918*. London 1978, S. 80f.; A. M. Gollin: *Proconsul in Politics. A Study of Lord Milner in Opposition and in Power*. London 1964, S. 536ff.
- 77 «The Principle of Peace», *The Round Table*, Nr. 23 (Juni 1916), S. 413f. – Philip Kerr verfocht diese Option ebenso wie US-Präsident Wilson. Im Februar 1917 sprach sich Eric Drummond für diese Lösung aus. Fest: *Peace or Partition* 77-82, 188; Hanák: *The Government, the Foreign Office and Austria-Hungary* 172f., 184.
- 78 Zit. nach Josef Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia*. Boulder/Col. 1986, S. 161f.; Hanák: *The Government, the Foreign Office and Austria-Hungary* 175. Der ständige Unterstaatssekretär im Foreign Office, Lord Hardinge, sagte am 17. Februar 1917 im Kabinett: *It must be remembered [...] that that no peace can be satisfactory for Great Britain which does not successfully bar the road to Germany towards the East.* – Hardinge minute GT 43, zit. nach Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 116.
- 79 Halford J. Mackinder: *The Geographical Pivot of History*. In: *Geographical Journal* 23 (1904); Halford J. Mackinder: *Democratic Ideals and Reality: A Study in the Politics of Reconstruction*. London 1919. – Vgl. Geoffrey Parker: *Western Geopolitical Thought in the Twentieth Century*. New York 1985, S. 15-31; W. H. Parker: *Mackinder. Geography as Aid to Statescraft*. Oxford 1982.
- 80 *Who rules East Europe commands the Heartland. Who rules the Heartland commands the World Island. Who rules the World Island commands the World.* – Mackinder: *Democratic Ideals and Reality* 194.
- 81 *Ebenda* 194.
- 82 Cecil an St. Lo Strachey, 13. November 1917, FO 800/196; zit. nach Hanák: *Die Einstellung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu Österreich(-Ungarn)* 569. [Hervorhebung M.O.]
- 83 Seton-Watson: *Making of a New Europe* 205ff.
- 84 [...] *by proclaiming our determination to secure to every single nationality in Europe [...] the right to self-determination. [...] In other words, our war aims have to be restated in a form which would bring out the underlying democratic principle. Revolutionary democracies will fight only for principles, not for treaties, pledges or interests.* – Robert W. Seton-Watson i *Jugoslaveni*, Bd. I, S. 294.
- 85 Seton-Watson: *Making of a New Europe* 259ff., 276ff.; Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 177; Fest: *Peace or Partition* 218-225; Schuster: *Henry Wickham Steed* 179f.
- 86 Cabinet Office 2443-GT 3762, vgl. Steed: *Through Thirty Years*, Bd. II, S. 191-205; Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 177f.; Hanák: *Great Britain and Austria-Hungary* 277.
- 87 Vgl. Seton-Watson: *Making of a New Europe* 296f.
- 88 Zit. nach Harry Hanák: *British Views of the Czechoslovaks from 1914 to 1924*. In: *Großbritannien, die USA und die böhmischen Länder 1848-1938*. Hrsg. von Eva Schmidt-Hartmann, Stanley B. Winters. München 1991 (= *Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum* 16), S. 87-105, hier 94.

- 89 Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 168-173, 185-189, 213; Paul Latawski: *Lewis Namier and the Criteria of State-Building: The Construction of Czechoslovakia and Poland 1915-1920*. In: *Großbritannien, die USA und die böhmischen Länder* 143-151; Seton-Watson: *Making of a New Europe* 231.
- 90 Cecil an Derby und Reading, 21. Mai 1918; zit. nach Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 196; Hanák: *Die Einstellung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten* 580.
- 91 Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 202-205.
- 92 Vgl. Ernest R. May: *Imperial Democracy. The Emergence of America as a World Power*. New York 1961; Ernest R. May: *World War and American Isolation, 1914-1917*. Cambridge/Mass. 1959.
- 93 Aus der umfangreichen Literatur vgl. N. Gordon Levin: *Woodrow Wilson and World Politics. America's Response to War and Revolution*. New York 1968; Thomas J. Knock: *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*. New York-Oxford 1992.
- 94 [...] *that America has lifted high the light which will shine unto all generations and guide the feet of mankind to the goal of justice and liberty and peace.* – Rede in Philadelphia, 4. Juli 1914, in: *The Public Papers of Woodrow Wilson: The New Democracy*. Hrsg. v. R. S. Baker, W. E. Dodd. New York 1926, Bd. I, S. 148.
- 95 *Go out and sell goods that will make the world more comfortable and more happy, and convert them to the principles of America.* – Zit. nach Levin: *Woodrow Wilson and World Politics* 18.
- 96 *When I think of the British Empire as our inheritance I think simply of the natural right of succession. That ultimate succession is inevitable. [...] there is no hurry about it.* – Zit. nach Herbert Heaton: *A Scholar in Action: Edwin F. Gay*. Cambridge/Mass. 1952, S. 51.
- 97 Zit. nach Bradford Parkins: *The Great Rapprochement. England and the United States, 1895-1914*. New York 1968, S. 72f.
- 98 *He saw her [Britain's] hand in nearly every disaster, domestic and foreign; he suspected her interference in every election that ran counter to his wishes; [...] and he rejoiced over her misfortunes, crowed over her mistakes, and thanked God that he was not an Englishman.* – Zit. nach Perkins: *The Great Rapprochement* 6.
- 99 Vgl. William T. Stead programmatische Schrift: *The Americanisation of the World. The Trend of the Twentieth Century*. London-New York 1902. [Dt. Übers.: *Die Amerikanisierung der Welt*. Berlin 1902.] Darin schlug Stead vor, daß Britannien und die USA «verschmelzen» (*merge*) sollten, durch politische Union, aber auch über die mittels interkontinentaler Heiraten neu geknüpften Blutbande. Dadurch werde das britische Blut mit Hilfe von Amerikas «*exuberant energies*» wiederbelebt. Aber er sah auch schon voraus, daß sich der Haupteinfluß der USA in Zukunft über die Kultur, die Presse, den Journalismus, Musik und Theater und die allgemeine Lebensart bemerkbar machen würde und daß die Amerikaner ihren Einfluß dadurch geltend machen würden, indem sie sich mit einem messianistischen Sendungsbedürfnis andauernd in die Angelegenheiten anderer Erdteile und Völker einmischten. – Stead: *The Americanisation of the World* 5, 59, 123.
Im selben Jahr erschien das Buch *The New Empire* des amerikanischen Historikers und Denkers Brooks Adams (1848-1927), in dem der Aufstieg der USA zur Weltmacht als ein in der Hauptsache wirtschaftlicher prognostiziert wurde. «*As the United States becomes an imperial market, she stretches out along the trade-routes which lead from foreign countries to her heart, as every empire has stretched out from the days of Sargon to our own.*» Innerhalb der nächsten fünfzig Jahre «*the United States will outweigh any single empire, if not all empires combined.*» – Brooks Adams: *The New Empire*. New York 1902, S. 208.
- 100 Zit. nach Robert I. Rotberg: *The Founder. Cecil Rhodes and the Pursuit of Power*. New York-Oxford 1988, S. 664-666.
- 101 Vgl. Engelmann: *Die Cecil-Rhodes-Stipendien*; Frank Aydelotte: *The American Rhodes Scholarship*. Princeton 1946; *The First Fifty Years of the Rhodes Trust and the Rhodes Scholarships 1903-1953*. Hrsg. v. G.E. Elton. Oxford 1956; Thomas J. Schaeper, Kathleen Schaeper: *Cowboys into Gentlemen: Rhodes Scholars, Oxford, and the Creation of an American Elite*. New York-Oxford 1998.
- 102 Vgl. Aydelotte: *The American Rhodes Scholarship* 113.
- 103 Lord Esher am 16. November 1918, zit. nach Donald C. Watt: *Personalities and Policies. Studies in the Formulation of British Foreign Policy in the 20th Century*. London 1965, S. 35f.

- 104 Zit. nach Louis: *In the Name of God* 79. – Zumindest in der Beurteilung Wilsons waren sich der Kreis um Milner und Rudolf Steiner vollständig einig.
- 105 Kerr an Curtis, 16. Oktober 1918; zit. nach J.R.M. Butler: *Lord Lothian (Philip Kerr), 1882-1940*. London 1960, S. 68.
- 106 [...] *a fellowship in war will lead to a fellowship in peace, productive of immeasurable benefit to the whole human race. [...] The ideas and aspirations of men on both sides of the Atlantic should be better understood by the bulk of both nations. [...] they would become conscious of a spiritual kinship, of having [...] some transcendent aims in common. If that prove to be the case, it will have practical consequences of the most transcendent importance.* – Zit. nach John E. Wrench: *Alfred Lord Milner. The Man of No Illusions, 1854-1925*. London 1958, S. 330; vgl. George L. Beer: *The English-Speaking Peoples. Their Future and Joint International Obligations*. New York 1917.
Leo Amery schrieb 1952: *If the vision was Rhodes', it was Milner who over some twenty years laid securely the foundations of a system whose power in shaping the outlook and spiritual kinship of an evergrowing body of men throughout the Englishspeaking world it would be difficult to exaggerate.* – Vorwort zu Vladimir Halpérin: *Lord Milner and the Empire. The Evolution of British Imperialism*. London 1952, S. 16.
- 107 *A marriage of American power and British worldwide connections.* – So die treffende Formulierung von Fraser J. Harbutt: *The Iron Curtain. Churchill, America, and the Origins of the Cold War*. Oxford 1988, S. 44.
- 108 *We need not to be discontented with the American conception of our role as a «junior partners» [...] as long as we can continue to influence our senior. – The Americans, without necessarily knowing it, are bound to continue to see the world through the British window.* – Zit. nach Harbutt: *The Iron Curtain* 133.
- 109 Vgl. Sam Aaronovich: *The Ruling Class. A Study of British Finance Capital*. London 1961, S. 88.
- 110 Vgl. Carl P. Parrini: *Heir to Empire. United States Economic Diplomacy, 1916-1923*. Pittsburgh 1969, S. 59f.
- 111 Vgl. Ron Chernow: *The House of Morgan. An American Banking Dynasty and the Rise of Modern Finance*. New York 1990, S. 191; Dominic Hobson: *The Pride of Lucifer. Morgan Grenfell, 1838-1988: An Unauthorised Biography of a Merchant Bank*. London 1990, S. 58; Kathleen Burk: *Morgan Grenfell, 1838-1988. The Biography of a Merchant Bank*. Oxford 1989, S. 127; Roberta Dayer: *Strange Bedfellows: J.P. Morgan & Co., Whitehall, and the Wilson Administration during World War I*. In: *Business History* 18 (1976); Karl Erich Born: *Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1976, S. 388ff.; Anthony Sampson: *Die Geldverleiher. Von der Macht der Banken und der Ohnmacht der Politik*. Reinbek 1981, S. 66; W.B. Fowler: *British-American Relations, 1917-1918: The Role of Sir William Wiseman*. Princeton 1969, S. 36-42. – Thomas W. Lamont schrieb rückblickend: *Those were the days when American citizens were urged to be neutral in action, in word, and even in thought, but our firm had never for one moment been neutral; we didn't know how to be. From the very start we did everything we could to contribute to the cause of the Allies.* – Brief an *The New York Times*, 14. Oktober 1935, zit. nach Edward M. Lamont: *The Ambassador from Wall Street. The Story of Thomas W. Lamont, J.P. Morgan's Chief Executive*. Lanham/Md. 1994, S. 67f..
- 112 James Kerney: *The Political Education of Woodrow Wilson*. New York-London 1926, S. 395.
- 113 Quigley: *Tragedy and Hope* 951.
- 114 Bereits im Dezember 1912 hielten die Mitarbeiter und Direktoren von J.P. Morgan & Co., First National Bank, National City Bank, Bankers Trust Company und Guaranty Trust Co. zusammen 118 Direktorenposten in 34 Banken und Trust Companies, 30 Direktorenposten in 10 Versicherungen, 105 Direktorenposten in 32 Transportunternehmen, 63 Direktorenposten in 24 Produktions- und Handelsunternehmen, 25 Direktorenposten in *public utility companies*. Vgl. Lamont: *The Ambassador from Wall Street* 51.
- 115 *A third factor, and that, too, is dependent upon the duration of the war, is as whether we shall become lenders to the foreign nations upon a really large scale. [...] If the war continues long enough to encourage us to take such a position, and if we have the resources to grapple with it, then inevitably we shall become a creditor instead of a debtor nation, and such a development, sooner or later, would certainly tend to bring about the dollar, instead of the pound sterling, as the international basis of exchange.* – Zit. nach Ferdinand Lundberg: *America's 60 Families*. New York 1938, S. 138-140.

- 116 Vgl. Parrini: *Heir to Empire*, Michael J. Hogan: *Informal Entente. The Private Structure of Cooperation in Anglo-American Economic Diplomacy, 1918-1928*. Columbia/Miss.-London 1977.
- 117 Chernow: *The House of Morgan* 207; Burk: *Morgan Grenfell* 133f.; Hobson: *The Pride of Lucifer* 62.
- 118 Eine wissenschaftliche Monographie über House fehlt aus unerfindlichen Gründen bis auf den heutigen Tag.
- 119 Vgl. das Empfehlungsschreiben J.P. Morgans über House vom 8. November 1918, teilweise abgedruckt in Fowler: *British-American Relations* 232f.: [...] *he understands that a just peace does not mean justice to Germany, which involves injustice to the Allies. Should there be the necessity for injustice anywhere, I think we would all rather have Germany stand it than any of the Allies.* – Das Schreiben gehört zu der Sammlung New Wiseman Papers der Sir William Wiseman Papers an der Yale University Library, die zum größten Teil aus Geschäftsdokumenten besteht und nur eingeschränkt zugänglich ist.
- 120 Vgl. das Essen vom 13. Januar 1918, erwähnt bei John D. Forbes: *J.P. Morgan, Jr. 1867-1943*. Charlottesville/Va. 1981, S. 102.
- 121 Sampson: *Die Geldverleiher* 69.
- 122 Wilson soll zu House gesagt haben: *My dear friend, we have known one another always*. Charles Seymour: *The Intimate Papers of Colonel House*. Bd. 1-4. Boston-New York 1926-28, hier Bd. I, S. 45; vgl. Alexander und Juliette George: *Woodrow Wilson and Colonel House. A Personality Study*. New York 1956, S. 93; Sigmund Freud, William C. Bullitt: *Thomas Woodrow Wilson. A Psychological Study*. Boston 1967.
- 123 [...] *I say you are the one hope left to this torn and distracted world*. Oder: *Until you began the direction of the Allied diplomacy it was hopelessly bad*. – Zit. nach George: *Woodrow Wilson and Colonel House* 126, 185.
- 124 *Mr. House is my second personality. He is my independent self. His thoughts and mine are one*. – Zit. nach Freud/Bullitt: *Thomas Woodrow Wilson* 145.
- 125 *I was like a disembodied spirit seeking a corporeal form. I found my opportunity in Wilson*. – Zit. nach Knock: *To End All Wars* 20f.
- 126 *He does not realize that there is but little of importance that goes to him, either directly or indirectly, that I have not either passed upon beforehand or at least know about. It may be well that this should be so*. – Zit. nach George: *Woodrow Wilson and Colonel House* 127.
- 127 Vgl. Watt: *Personalities and Policies* 217.
- 128 Wrench: *Lord Alfred Milner* 331.
- 129 Seth P. Tillman: *Anglo-American Relations at the Paris Peace Conference of 1919*. Princeton 1961, S. 12; Arthur Willert: *The Road to Safety. A Study in Anglo-American Relations*. New York 1953, S. 64-68; Fowler: *British-American Relations* 14ff.
- 130 Lundberg: *America's 60 Families* 312; Quigley: *Tragedy and Hope* 939.
- 131 *My dear Zimmern: At last I have had enough time to read «The War and Democracy»*. [...] *Your opening chapter and your chapter on Germany and Seaton Watson's [sic!] chapter on Austria-Hungary are I think the best things in the book. They have won me as almost nothing else that has come from England since last August [1914]. And with the general philosophy that lies behind them I think I agree too. I have been studying the Round Table literature and feel essentially converted*. – Lippmann an Alfred E. Zimmern, 7. Juni 1915. In: *Public Philosopher. Selected Letters of Walter Lippmann*. Hrsg. v. John M. Blum. New York 1985, S. 26-27.
- 132 *On the shores of the Atlantic Ocean there has grown up a profound web of interests which joins together the Western World. Britain, France, Italy, even Spain, Belgium, Holland, the Scandinavian nations, and Pan-America are in the main one community in their deepest needs and their deepest purposes. They have a common interest in the ocean which unites them. They are today more inextricably bound together than most even as yet realize*. – «The Defense of the Atlantic World», *The New Republic*, 17. Februar 1917; in: Walter Lippmann: *Early Writings*. New York 1970, S. 69-75, hier 73.
- 133 *By showing that we are ready now, as well as in the theoretical future, to defend the western world, the cornerstone of federation would be laid*. – Ebenda 75.
- 134 *We wage war on Germany as long as she commits her destiny to those who would separate her from the western world. [...] we must fight Germany not to destroy her but to force her and to lure her back to the*

- civilization in which she belongs. She is a rebel nation as long as she wages offensive war against the western world. – Ebenda 74.
- 135 Lawrence E. Gelfand: *The Inquiry: American Preparation for Peace, 1917-1919*. New Haven 1963, S. 317.
- 136 Ebenda 48, 315.
- 137 Zit. nach Seymour: *The Intimate Papers of Colonel House*, Bd. I, S. XXIIIff.
- 138 Oberst House Tagebuch, 4. Januar 1918; zit. nach Victor S. Mamatey: *The United States and East Central Europe 1914-1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda*. Princeton 1957, S. 177.
- 139 Der Text dieses Entwurfs findet sich in *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, Paris Peace Conference 1919*. Bd. 1-13. Washington D.C. 1942-47, hier Bd. I, S. 45ff. Vgl. Gelfand: *The Inquiry* 134-153; Ronald Steel: *Walter Lippmann and the American Century*. New York 1980, S. 129-138.
- 140 *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, Paris Peace Conference 1919*, Bd. I, S. 46f. Vgl. auch Arno J. Mayer: *Political Origins of the New Diplomacy, 1917-1918*. New Haven 1959, S. 339.
- 141 Vgl. Quigley: *The Anglo-American Establishment* 150.
- 142 [...] *the inhabitants of Africa and parts of Asia have proved unable to govern themselves*. – Kerr an Lionel Curtis, 15. Oktober 1918; Butler: *Lord Lothian* 68. Vgl. Tillman: *Anglo-American Relations* 86.
- 143 Vgl. Tillman: *Anglo-American Relations* 88.
- 144 [Philip Kerr:] «The End of War», *The Round Table*, Nr 20 (September 1915), S. 772-795.
- 145 *Without the state that commandment could not be fully realized. [...] the true Christian must also be a good citizen, for it is only as a citizen of a state that he can fully discharge his duties to all the world*. – Ebenda.
- 146 Kerrs Freund Lionel Curtis *saw federation as God's will and as a vehicle of extending the Pax Britannica by way of an Imperial federation to which, I suspect under Lothian's influence, he was prepared to admit lesser breeds if they conformed to Anglo-Saxon manners*. – Charles Kimber an John Pinder, 29. Februar 1980. John Pinder, Richard Mayne: *Federal Union: The Pioneers. A History of Federal Union*. New York 1990, S. 10f. Für Curtis war das die Verwirklichung des Himmlischen Jerusalem, der augustianischen *City of God (Civitas Dei)* schlechthin. Vgl. sein Monumentalwerk Lionel Curtis: *Civitas Dei*. Bd. 1-3. London 1934-37. Einbändige Neuauflage: *The Commonwealth of God*. London 1938. Revidierte Neuauflage: *Civitas Dei*. London 1950.
- 147 *Such a state must override all others. Indeed, it will be the only state. [...] Beneath it there may be an indefinite number of national units as at present, but the supreme law will be the world law, overriding national law where it conflicts with it and binding on all the inhabitants of the globe*. – [Philip Kerr:] «The End of War», *The Round Table*, Nr 20 (September 1915), S. 772-795.
- 148 Zit. nach Quigley: *The Anglo-American Establishment* 34; Engelmann: *Die Cecil-Rhodes-Stipendien* 160; Frederick Whyte: *The Life of William T. Stead*. London 1925, Bd. II, S. 208f.; William T. Stead: *The Last Will and Testament of Cecil John Rhodes*. London 1902, S. 211; Rotberg: *The Founder* 663f. William T. Stead schrieb im Juli 1889 an seinen Freund Rhodes nach Südafrika: *If, as it seems to me, your idea and mine is in its essence the undertaking, according to our lights, to rebuild the City of God and reconstitute in the nineteenth century some modern equivalent, equipped with modern appliances, of the Mediaeval Church of the ninth century, on a foundation as broad as Humanity, then some preliminary inspection of the planet would seem almost indispensable*. – Zit. nach Estelle Stead: *My Father*. London 1913, S. 262.
- 149 *On one hand, the direction of world affairs would have to be in the hands of the most civilized peoples, for the progress of the world would not be assisted by transferring power from responsible to irresponsible hands. On the other hand, to deprive the intermediate peoples of the responsibility of self-government would be to set back the hands of the clock of progress. It would seem, therefore, that their external relations, and such of their internal acts as affect the rest of mankind, would have to be controlled from above until such time as they were fit to be admitted to a share in the responsibility for world policy*. – Ebenda.
- 150 *What is wanted is a great ideal, and that must be found in the old Hebrew, and let us add, Christian, conception of the reign of Peace. I believe that a great formless sentiment of this kind exists. If it does not, we can do nothing. If it does, we must give it an organ for its expression. That must be found in a League of Nations [...] – Zit. nach Willert: *The Road to Safety* 154f.*

- 151 Vgl. Quigley: *The Anglo-American Establishment* 233.
- 152 Tillman: *Anglo-American Relations* 106; Viscount Cecil (Lord Robert Cecil): *A Great Experiment*. New York 1941, S. 47ff.
- 153 «Windows of Freedom», *The Round Table*, Nr. 33 (Dezember 1918).
- 154 «Some Principles and Problems of Settlement», *The Round Table*, Nr. 33 (Dezember 1918).
- 155 Hermann Graml: *Europa zwischen den Kriegen*. München 41979, S. 17.
- 156 Tillman: *Anglo-American Relations* 103.
- 157 Diese Auffassung vertrat Walter Lippmann schon 1920; vgl. Joyce G. Williams: *Colonel House and Sir Edward Grey. A Study in Anglo-American Diplomacy*. Lanham/Md.-London 1984, S. 61f.
- 158 [...] *though he would never quite admit it [...] of the League of Nations as an Anglo-American instrument. He thought of the League as a forum where representatives of all the nations could meet and express their views; but at the back of his mind was the idea that the decisions could be made in private conference between the American and the British representatives and that, when the rest of the world had finished talking, these decisions could be announced. The reason for this was that he believed that English Liberal thought was substantially his way of thinking.* – Zit. nach Willert: *The Road to Safety* 59.
- 159 *America would never for a moment admit that she is prepared to follow the lead of England; but it is nevertheless true that unconsciously she is holding on to British traditions and would more readily accept the British than any other point-of-view, always provided no suggestion escaped that England was guiding or leading the foreign policy of the United States. It is no exaggeration to say that the foreign policy of America for many years to come is now in process of formation, and very much depends on the full sympathetic exchange of views between the leaders of the British and American people.* – «Memorandum on Anglo-American Relations, August 1917», zit. nach Fowler: *British-American Relations* 67.
- 160 [The war] *is dissolving into a stupendous revolution. The whole perspective is changed today by the revolution in Russia and the intervention of America. The scale of values is transformed, for the democracies are unloosed. [...] [a] union of liberal peoples [...] determined to erect a larger and more modern system of international law upon a federation of the world.* – Zit. nach Steel: *Walter Lippmann and the American Century* 113.
- 161 *Europe is in a ferment, and in the universal uncertainty, in the increasing misery and suffering, no man can predict what forces, what leaders, what forms of society and government will emerge for her peoples.* – [Philip Kerr:] «Three Doctrines in Conflict», *The Round Table*, Nr. 30 (März 1918), S. 262ff.
- 162 *A Commonwealth is an organisation designed with the ruling motive of love and brotherhood. [...] The doctrine of the Commonwealth [...] has been set forth and applied from age after age to the current problems of humanity, from Plato down to President Wilson. It embodies [...] the response of the soul of man to the twin challenge of Prussianism and Revolution. [...] Religion and philosophy, conscience and idealism, proclaim it.* – Ebenda 263.
- 163 Dieser Prozeß wurde erst 1944 auf der internationalen Finanz und Währungskonferenz in Bretton Woods, New Hampshire abgeschlossen, auf der die USA ihre Forderungen nach Liberalisierung des Welthandels und freier Konvertibilität der Währungen durchsetzten. In den folgenden Jahren wurde der goldgestützte US-Dollar auf Kosten des Pfund-Sterling zur Leitwährung der westlichen Welt, die in Bretton Woods gegründeten Institutionen IMF und Weltbank kontrollierten die internationale Liquidität. Richard N. Gardner: *Sterling-Dollar Diplomacy. The Origins and Prospects of our International Economic Order*. New York 21969; Armand van Dormael: *Bretton Woods. Birth of a Monetary System*. London 1978.
- 164 *A general association of nations [...] for the purpose of affording mutual guarantees of political independence and territorial integrity to great and small states alike.* – *The Public Papers of Woodrow Wilson: War and Peace*, Bd. I, S. 161ff.
- 165 *Great Britain has already an unenviable reputation for having one rule for herself and another for other nations.* – Vgl. Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 392f.
- 166 Vgl. Tillman: *Anglo-American Relations* 108–117; Alfred Pfeil: *Der Völkerbund*. Darmstadt 1976, S. 43f.

- 167 Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 54f.; Calder: *Britain and the Origins of the New Europe* 51.
- 168 *Wilsonian long before Wilson himself* – So das Urteil der Seton-Watsons: *Making of a New Europe* 153. Vgl. auch Masaryks Standpunkt in Seton-Watson: *Masaryk in England* 94ff.
- 169 *What do you think of Wilson's message? I think, with judicious handling, it should be an enormous help to our cause: for taken au pied de la lettre it established the New Europe. [...] If I were you, I should not take the rot about «no victory» too tragically, but just analyse the implications of his general principles [...] and above all the specific mention of the taking away of Prussian Poland from Germany. The whole thing is either intensely naive or intensely artful. I am inclined to think the former.* – Zit. nach Seton-Watson: *Making of a New Europe* 192.
- 170 Der Essay wurde im Oktober 1918 erstmals in den USA in englischer und französischer Sprache veröffentlicht.
- 171 Masaryk: *Das Neue Europa* 20f.
- 172 *Ebenda* 24.
- 173 *Ebenda* 132.
- 174 *Ebenda* 48.
- 175 *Ebenda* 35, 59f.
- 176 *Ebenda* 112f., 116ff., 143.
- 177 A.L. Tibawi: *Anglo-Arab Relations and the Question of Palestine, 1914-1921*. London 1978, S. 35-43.
- 178 Vgl. Elie Kedourie: *In the Anglo-Arab Labyrinth. The McMahon-Husayn Correspondence and its Interpretations 1914-1939*. Cambridge 1976, S. 123ff.; Stéphane Yerasimos: *Questions d'Orient. Frontières et minorités des Balkans au Caucase*. Paris 1993, S. 105-109.
- 179 John Marlowe: *Milner – Apostle of Empire. A Life of Alfred George the Right Honourable Viscount Milner of St. James's and Cape Town, KG, GCB, GCMG 1854-1925*. London 1976, S. 331. Den gleichen Gedanken formulierte 1917 auch *The Round Table* in der Juni-Ausgabe.
- 180 Leo S. Amery: *My Political Life*. Bd. 1-3. London 1953-55, hier Bd. II, S. 115; Quigley: *The Anglo-American Establishment* 169.
- 181 Zit. nach Jean-Pierre Alem: *La déclaration Balfour. Aux sources de l'état d'Israël*. Bruxelles 1982 (= *La mémoire du siècle*: 1917), S. 35. Vgl. auch Ronald Sanders: *The High Walls of Jerusalem. A History of the Balfour Declaration and the Birth of British Mandate for Palestine*. New York 1983; Quigley: *The Anglo-American Establishment* 168ff.
- 182 So Hans Bräker: *Es wird kein Friede sein. Der islamische Orient im Zangengriff von West und Ost*. München-Zürich 1992, S. 92f.
- 183 Elizabeth Monroe: *The Round Table and the Middle East Peace Settlement 1917-1922*. In: *The Round Table* 69 (1970), S. 479-490, hier 482f.; Pfeil: *Der Völkerbund* 59f.; Quincy Wright: *Mandates under the League of Nations*. Chicago 1930, S. 22f.; Quigley: *The Anglo-American Establishment* 168f.
- 184 Zit. nach Gelfand: *The Inquiry* 233.
- 185 [...] *we have looked to the League to provide us with the machinery for United British action in foreign affairs as well as for cooperation between the British Empire and other powers.* – Diese Indiskretion veröffentlichte *The Round Table*, Nr. 38 (März 1920), S. 226.
- 186 *If it [the League] is to be an effective instrument at all, it can only be so by virtue of the influence of the British Empire and America. [...] We must try to extend the pax Britannica into a pax mundi. But even if the pax mundi is unattainable we must make sure of the pax Britannica. We cannot do that without organisation.* – Milner Add. Papers c. 690; Marlowe: *Milner – Apostle of Empire* 336.
- 187 Fowler: *British-American Relations* 202f.
- 188 *It is unnecessary to point out the extreme importance to the American nation of maintaining a strong position in the petroleum trade of the world.* – Zit. nach Gelfand: *The Inquiry* 252f.
- 189 Gelfand: *The Inquiry* 256f.
- 190 Vgl. Fowler: *British-American Relations* 287f.
- 191 Zit. nach Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 369. [Hervorhebung M. O.]
- 192 Zit. nach Thomas Meyer: *Ludwig Polzer-Hoditz. Ein Europäer*. Basel 1994, S. 167.

- 193 Zit. nach H.C. Meyer: *Mitteleuropa in German Thought and Action* 131 [rückübersetzt].
- 194 Vgl. Markus Osterrieder: *Von der Humanität durch Nationalität zur Bestialität. Die mitteleuropäische Völkerfrage im 19. Jahrhundert*. In: *Die Drei*, Jhg. 70, Nr. 9 (September 2000), S. 37-50, sowie vor allem Karl Heyer: *Sozialimpulse des deutschen Geistes im Goethe-Zeitalter*. Kressbronn/Bodensee 1954 (= Wege der neueren Staats und Sozialentwicklung 5).
- 195 Johann Gottfried Herder: *Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit*, Buch VII/1. In: Herders Werke in fünf Bänden. Berlin-Weimar 1964, S. 152f.
- 196 Rudolf Steiner: Vortrag vom 19. Oktober 1914, in: *Der Dornacher Bau als Wahrzeichen geschichtlichen Werdens und künstlerischer Umwandlungsimpulse*. Dornach 1985 (= GA 287).
- 197 Jürgen von Grone: «Das Licht vom Ende des Jahrhunderts...». In: *Der Europäer*, Nr. 2/3 (Dezember 97 / Januar 98), S. 11-29, hier S. 19f.; Christoph Lindenberg: *Rudolf Steiner. Eine Biographie*. Bd. 1-2. Stuttgart 1997, hier Bd. II, S. 574.
- 198 Hierzu Albert Schmelzer: *Die Dreigliederungsbewegung 1919. Rudolf Steiners Einsatz für den Selbstverwaltungsimpuls*. Stuttgart 1991; Hans Kühn: *Dreigliederungszeit*. Dornach 1978.
- 199 Rudolf Steiner: Vortrag vom 6. Februar 1920, in: *Geistige und soziale Wandlungen in der Menschheitsentwicklung*. Dornach 21992 (= GA 196), S. 151.
- 200 An anderer Stelle äußerte sich Rudolf Steiner: «Der serbisch-österreichische Konflikt, der am Ausgangspunkt der Weltkriegskatastrophe steht, ist das vollgültigste Zeugnis dafür, daß die politischen Grenzen dieses Einheitsstaates von einem gewissen Zeitpunkte an keine Kulturgrenzen sein durften für das Völkerleben. Wäre eine Möglichkeit vorhanden gewesen, daß auf sich selbst gestellt, von dem politischen Staate und seinen Grenzen unabhängige Geistesleben sich über diese Grenzen hinüber in einer Art hätte entwickeln können, die mit den Zielen der Völker im Einklange gewesen wäre, dann hätte der im Geistesleben verwurzelte Konflikt sich nicht in einer politischen Katastrophe entladen müssen. Eine dahin zielende Entwicklung erschien allen, die in Österreich-Ungarn sich einbildeten, «staatsmännisch» zu denken, als eine volle Unmöglichkeit, wohl gar als der reine Unsinn. Deren Denkgewohnheiten ließen nichts anderes zu als die Vorstellung, daß die Staatsgrenzen mit den Grenzen der nationalen Gemeinsamkeiten zusammenfallen. Verstehen, daß über die Staatsgrenzen hinaus sich geistige Organisationen bilden können, die das Schulwesen, die andere Zweige des Geisteslebens umfassen, das war diesen Denkgewohnheiten zuwider. Und dennoch: dieses «Undenkbare» ist die Forderung der neueren Zeit für das internationale Leben.» – Rudolf Steiner: *Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft*. 1. Aufl. 1919, 6. Aufl. Dornach 1976 (= GA 23), S. 117.
- 201 Rudolf Steiner: *Aufsätze über die Dreigliederung des sozialen Organismus und zur Zeitlage 1915-1921*. Dornach 1961 (= GA 24), S. 331.
- 202 2. Memorandum, *ebenda*, S. 370, 359
- 203 1. Memorandum, *ebenda*, S. 341ff.
- 204 Rudolf Steiner: *Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie*. Dornach 51982 (= GA 121), Vorrede.
- 205 Steiner stand hier vollkommen auf dem Boden der idealistischen Auffassung, die drei Generationen zuvor der Slovake Ján Kollár unter dem Einfluß von Herder und Goethe in die Worte faßte: «Menschen und Völker, im schönsten Sinne des Wortes, werden erst durch die Anschauung des Ganzen der Menschheit, ohne welche die einzelnen Menschen nur Kinder, die Völker und Stämme nur Barbaren bleiben. Stämme und Völker die sich den Einflüssen und Berührungen mit anderen verschliessen, sind wie Wohnungen, in welche keine frische Luft kommt. [...] Das Leben der Menschheit ist Entwicklung der Vernunft oder Entfaltung der inneren Welt im Menschen. Völker sind Formen in denen sich die Menschheit entwickelt und gestaltet.» – Ján Kollár: *Über die literarische Wechselseitigkeit zwischen den verschiedenen Stämmen und Mundarten der slawischen Nation* (1836), hrsg. von Miloš Weingart: *Rozprawy o slovanské vzájemnosti*. Praha 1929, S. 87.
- 206 Vortrag vom 7. Juni 1910, GA 121.
- 207 Walter Johannes Stein: *Lebenserinnerungen*, in: Derselbe: *Der Tod Merlins. Das Bild des Menschen in Mythos und Alchemie*. Dornach 1984, S. 51.
- 208 2. Memorandum, GA 24, S. 355.
- 209 GA 24, S. 181f.

- 210 Maschinenschriftliche Aufzeichnung durch Jürgen von Grone, Bundesarchiv Koblenz BAK/NS 15-302, in: *Zur Geschichte der anthroposophischen Bewegung und Gesellschaft in der Zeit des Nationalsozialismus. Dokumente und Briefe*. Bd. IV. Hrsg. v. Arfst Wagner. Rendsburg 1992, S. 116. – Etwa aus derselben Zeit stammt eine andere handschriftliche Notiz, in der Steiner u.a. vermerkte: «[...] die Macher der anglo-amerikanischen Sache sind die Träger einer Strömung, die ihre Wurzeln in den Impulsen hat, die vor der französischen Revolution liegen und in der Realisierung einer Welt-Herrschaft mit Kapitalistenmitteln bestehe, die sich nur der Revolutions-Impulse als Phrase bedient, um sich dahinter zu verstecken.» – *Kampf um den russischen Kulturkeim*. Ein fundamentaler Hinweis Rudolf Steiners. In: *Der Europäer*, Jhg. 3, Nr. 5 (März 1999), S. 3.
- Was Rudolf Steiner hier überhaupt ansprechen möchte, kann Walter Lippmann verdeutlichen, der in dem bereits zitierten Brief von aus dem Jahr 1915 schrieb, daß die Engländer in der Nennung ihrer Kriegsziele stärker die Wirtschaftsinteressen hervorheben sollten: *I would be a little more comfortable if the economic issues were more strongly emphasized and if the relations between commerce and nationalism were stressed. I also feel that the dangers of perverted nationalism are greater than the tenor of your book seems to imply. [...] I should have liked for instance to have it made clearer where nationalism ceases to be worth cultivating. Is every little language worth reviving? Ought we to advocate Gaelic revivals in Ireland and dialect revivals all over Inidia, etc.? Ought we to be sympathetic only to the larger and simpler groupings? [...] In redrawing the map of Europe have you taken into consideration as much as you should the commercial strategy of frontiers? It does not always coincide with nationalistic frontiers – and ought we not to work for a larger number of internationalizations[...]?* – Lippmann an Alfred E. Zimmern, 7. Juni 1915. In: Blum: *Public Philosopher* 27.
- 211 Masaryk: *Das Neue Europa* 24.
- 212 Aufzeichnung vom August 1917; in: *Zur Geschichte der anthroposophischen Bewegung* IV, 117.
- 213 GA 23, S. 122.
- 214 So urteilt jedenfalls Robert A. Kann: *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Bd. I: Ideen und Pläne zur Reichsreform*. Graz-Köln 1964, S. 249.
- 215 Rudolf Steiner zu Ludwig Polzer-Hoditz; Ludwig Polzer-Hoditz: *Erinnerungen an Rudolf Steiner*. Dornach 1985, S. 74f.
- 216 Vgl. Arthur Polzer-Hoditz: *Kaiser Karl. Aus der Geheimmappe seines Kabinettschefs*. Zürich-Leipzig-Wien 1919, S. 521, 533ff.; Meyer: *Ludwig Polzer-Hoditz* 166-180.
- 217 «Es fiel mir auf, daß Kühlmann während der Unterredung wie geistesabwesend dasaß; er machte mir den Eindruck eines völlig übermüdeten Menschen, und ich konnte die ganze Zeit das unangenehme Gefühl nicht loswerden, daß er das, was Sie sagten, nicht aufnahm. Bei einem anderen Gespräch, das ich mit ihm hatte in seinem Büro, klagte er auch, daß er vor laufenden Arbeiten überhaupt nicht zu einem ruhigen Nachdenken komme.» – Otto Graf Lerchenfeld an Rudolf Steiner, 5. Mai 1921, in: Rudolf Steiner: *Soziale Frage – soziale Wirklichkeit – soziale Praxis. Bd. II: Schweizer Bund für Dreigliederung*. Dornach 1999 (= GA 337b), Hinweise S. 290.
- 218 Rudolf Steiner rückblickend am 21. April 1919, in Rudolf Steiner: *Geisteswissenschaftliche Behandlung sozialer und pädagogischer Fragen*. Dornach 1964 (= GA 192), S. 16f.
- 219 Dornach 19. Juli 1920, GA 337b, S. 35.
- 220 Zugleich billigte Kühlmann jedoch die finanzielle Unterstützung der Bol'seviki, die nach ihrem zur «Revolution» stilisierten Putsch im Oktober die reichsdeutschen Geldmittel dringend benötigten. Am 10. November 1917 beantragte Kühlmann «15 Millionen Mark zur Verfügung des Außenministeriums zwecks politischer Propaganda in Rußland.» Der Antrag wurde am 12. des Monats bewilligt. Am 28. November kablete Unterstaatssekretär Bussche: «Die [bolschewistische] Regierung in Petrograd muß gegen finanzielle Schwierigkeiten ankämpfen. Es ist daher sehr wünschenswert, ihnen Geld zu überweisen.» Kühlmann konnte sich am 3. Dezember 1917 brüsten: «Erst die Mittel, die den Bolschewiken auf verschiedenen Kanälen und unter wechselnder Etikette von unserer Seite dauernd zufließen, haben es ihnen ermöglicht, die *Pravda*, ihr Hauptorgan, auszugestalten, eine rege Agitation zu betreiben und die anfangs schmale Basis ihrer Partei stark zu verbreitern.» – *Germany and the Revolution in Russia 1915-1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministry*. Hrsg. v. Z.A.B. Zeman. London 1958, Dok. Nr. 75, S. 75 [rückübersetzt], Dok. Nr. 92, S. 93 [rückübersetzt]; Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 309.
- 221 Winfried Baumgart: *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*. Wien-München 1966, S. 61, 70f., 373.

- 222 Vortrag vom 21. April 1919, GA 192, S. 17.
- 223 Yves Ternon: *Makhno, la révolte anarchiste*. Bruxelles 1981; Volin [Vsevolod Michailovič Ežchenbaum]: *Die Unbekannte Revolution*. Bd. I-III, Hamburg 1975; Orlando Figes: *A People's Tragedy. The Russian Revolution, 1891-1924*. Ausgabe New York 1998, S. 599-600.
- 224 So Rudolf Steiner in Dornach am 19. Juli 1920, GA 337b, S. 36.
- 225 Adolf Grabowsky: *Deutscher Glaube*, in: *Das neue Deutschland*, 22. Dezember 1914; zit. nach Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 135f.
- 226 Fischer: *Griff nach der Weltmacht* 424; Oleh S. Fedyshin: *Germany's Drive to the East and the Ukrainian Revolution, 1917-1918*. New Brunswick/N.J. 1971, S. 42-45; Peter Borowsky: *Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen*. Lübeck-Hamburg 1970; Hans J. Beyer: *Die Mittelmächte und die Ukraine 1918*. München 1956.
- 227 Gerd Linde: *Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg*. Wiesbaden 1965.
- 228 Rudolf Steiner zu Friedrich Rittelmeyer: *Meine Lebensbegegnung mit Rudolf Steiner*. Stuttgart 91980, S. 116.
- 229 «Der Krieg wird deshalb solange in irgendeiner Form dauern, bis Deutschtum und Slaventum sich zu dem gemeinsamen Ziele der Menschen-Befreiung vom Joche des Westens zusammengefunden haben» (ca. 1917/18), «*Kampf um den russischen Kulturkeim*». Ein fundamentaler Hinweis Rudolf Steiners. In: *Der Europäer*, Jhg. 3, Nr. 5 (März 1999), S. 3.
- 230 General Ludendorff hatte als verantwortlicher «Transportoffizier» die Rückreise Lenins im versiegelten Zug aus der Schweiz über reichsdeutsches Territorium nach Petrograd überwacht. Die Verantwortlichen in Deutschland glaubten, die Transporte aufgrund «drängender strategischer Gründe» verantworten zu können. Über mögliche politische und soziale Auswirkungen des Unternehmens auf das eigene Land machte man sich wieder einmal in gemeingefährlicher Weise keine Gedanken. Es schien, als ob die Verantwortlichen alle Entscheidungen mit stark herabgedämpftem Bewusstsein fällten. Man konnte sich nicht vorstellen, daß die herbeigesehnte Revolution möglicherweise auch auf Deutschland übergreifen würde. Zu keinem Zeitpunkt beschäftigte sich etwa ein Ludendorff mit der Frage, wer Lenin wirklich war und was er beabsichtigte. Im Oktober 1937 gestand er: «Ich hatte von Lenin, Kiental, ich muß es nun einmal aussprechen, keine Ahnung. [...] Ich bin nur gefragt worden, ob ich etwas dagegen [den Transport] einzuwenden hätte. Das hatte ich nicht, da mir die Reichsleitung zugleich verbesserte Friedensmöglichkeiten durch innere Schwächung Rußlands in Aussicht stellte.» *Lenins Rückkehr nach Rußland. Die deutschen Akten*. Hrsg. v. Werner Hahlweg Leiden 1957, S. 28. Und in seinen Kriegserinnerungen schrieb Ludendorff ebenso knapp wie im eigentlichen Wortsinn schwachsinnig: «Durch die Entsendung Lenins nach Rußland hatte unsere Regierung auch eine besondere Verantwortung auf sich genommen. Militärisch war die Reise gerechtfertigt, Rußland mußte fallen. Unsere Regierung aber hatte darauf zu achten, daß nicht auch wir fielen.» Was prompt mißlang. Erich Ludendorff: *Meine Kriegserinnerungen 1914-1918*. Berlin 1919, S. 407.
- 231 Die destruktive Politik Hertlings wurde von Rudolf Steiner mit den Worten beurteilt: «Es ist schon ein Verbrechen, solche Reichskanzler zu haben.» Zit. nach Rittelmeyer: *Meine Lebensbegegnung mit Rudolf Steiner* 114.
- 232 Hans Kühn an Karl Heyer, 20. Dezember 1954, Privatarchiv Thomas Meyer/Perseus Verlag; Nachrichten der Rudolf Steiner Nachlassverwaltung, Nr. 24/25 (Ostern 1969), S. 8.
- 233 Fragebeantwortung, Dornach, 19. Juli 1920, GA 337b, S. 34f.
- 234 Es handelt sich um GA 121: *Die Mission einzelner Volksseelen*.
- 235 Vortrag vom 24. November 1921, in: Rudolf Steiner: *Nordische und mitteleuropäische Geistimpulse*. Dornach 21982 (= GA 209), S. 9f.
- 236 Prinz Max von Baden: *Erinnerungen und Dokumente*. Neu hrsg. v. Golo Mann, Andreas Burckhardt. Stuttgart 1968, S. 210.
- 237 Vortrag in Stuttgart, 21. April 1919, GA 192, S. 11.
- 238 Rudolf Steiner, Dornach, 29. November 1918, S. 35.
- 239 Kühn: *Dreigliederungszeit* 20.
- 240 Vortrag Dornach, 24. November 1918, in: *Entwicklungsgeschichtliche Unterlagen zur Bildung eines sozialen Urteils*. Dornach 1963 (= GA 185a).

- 241 Die Stützen der alten Macht – Junkertum, Fürsten und Industriekapitalisten – brandmarkte er als die eigentlichen Feinde des deutschen Kultur- und Geisteslebens in den Worten: «Das ist es, was Mitteleuropa seinen Untergang gebracht hat: die Ehe zwischen dem Industrialismus und dem Territorialfürstentum, den politischen Verwaltern Mitteleuropas. [...] das für dieses Mitteleuropa grausam-fürchterliche Zusammenwirken des alten verkommenen Nibelungenadels mit dem heraufkommenden, seine welthistorische Stellung durch keine inneren seelischen Ansprüche rechtfertigenden industriellen Menschentum Mitteleuropas. Die Typen, die sich in Mitteleuropa gezeigt haben aus diesen beiderlei Kreisen, das waren die Menschen, die in unendlichem Hochmut aus einer eingebil-deteten Praxis heraus durch Jahre hindurch alles das niedergetreten haben, was irgendwie hat hindurchwirken wollen auf ein Wiederbermerken dessen, was mit Walter von der Vogelweide zu singen begonnen hat und was im Goetheanismus seinen Abschluß gefunden hat. Daß die äußere Welt sich das Schlagwort des «Militarismus» erfunden hat, um diese viel tiefere Erscheinung unzutreffend-zutreffend, zutreffend-unzutreffend zu bezeichnen, das ist ja nicht weiter zu verwundern[...]» – Rudolf Steiner: Vortrag vom 12. April 1919, in: *Vergangenheits- und Zukunftsimpulse im sozialen Geschehen*. Dornach 31980 (= GA 190), S. 174f.
- 242 *First, that every people has the right to choose the sovereignty under which they shall live. [...] Second, that the small states of the world have a right to enjoy the same respect for their sovereignty and for their territorial integrity that great and powerful nations expect and insist upon. [...] And, third, that the world has a right to be free from every disturbance of its peace[...].* – *The Public Papers of Woodrow Wilson: The New Democracy*, Bd. II, S. 187.
- 243 Knock: *To End All Wars* 191f.; Mamatey: *The United States* 106f.
- 244 Dekret über die Rechte der Völker Rußlands, 2. (15.) November 1917, in: Manfred Hellmann: *Die russische Revolution 1917*. München 1964, S. 339. Vgl. Hélène Carrère d'Encausse: *Le grand défi. Bolcheviks et Nations 1917-1930*. Paris 1987, S. 92-130.
- 245 [...] *in point of logic, of pure logic, this principle which was good in itself would lead to the complete independence of various small nationalities now forming part of various empires. Pushed to its extreme, the principle would mean the disruption of existing governments, to an undefinable extent...* – Zit. nach Mamatey: *The United States* 174.
- 246 Beispielsweise von Georg E. Schmid: *Selbstbestimmung 1919. Anmerkungen zur historischen Dimension und Relevanz eines politischen Schlagwortes*. In: *Versailles – St. Germain – Trianon. Umbruch in Europa vor fünfzig Jahren*. Hrsg. von Karl Bosl. München-Wien 1971, S. 127-142.
- 247 *The Public Papers of Woodrow Wilson: War and Peace*, Bd. I, S. 160ff.
- 248 Vgl. Mamatey: *The United States* 256f.
- 249 «Nationalistic Aspirations in the Near East»; vgl. Mamatey: *The United States* 91-93.
- 250 «The Slavs in Austria-Hungary»; vgl. ebenda 252.
- 251 Memorandum vom 30. Mai 1918; ebenda 256f.; George J. Prpic: *The South Slavs*. In: *The Immigrants' Influence on Wilson's Policies*. Hrsg. v. Joseph O'Grady. Lexington/Ky. 1967, S. 173-203, hier 193f.
- 252 George J. Svoboda: *Robert J. Kerner and the US. Conception of Czechoslovak Independence*. In: T.G. Masaryk (1850-1937). Vol. III: *Statesman and Cultural Force*. Hrsg. v. Harry Hanák. London 1989, S. 43-56, hier 44f.
- 253 *As a student I adhered to Masaryk's philosophical and political doctrine, to him I am indebted for the advantages of my diplomatic experiences, and what is more important, for my firm orientation in domestic and foreign policy.* – Zit. ebenda 45.
- 254 Ebenda 46-50.
- 255 Gelfand: *The Inquiry* 218f.
- 256 *The Public Papers of Woodrow Wilson: War and Peace*, Bd. I, S. 158ff.
- 257 Gelfand: *The Inquiry* 206ff.
- 258 Vgl. Mayer: *Political Origins of the New Diplomacy* 364f.; Gelfand: *The Inquiry* 143.
- 259 Mamatey: *The United States* 260ff.; Kalvoda *The Genesis of Czechoslovakia* 298ff.
- 260 Mamatey: *The United States* 256f.
- 261 Kalvoda *The Genesis of Czechoslovakia* 283f.
- 262 Mamatey: *The United States* 284f.

- 263 *Ebenda* 269f.
- 264 Zitate nach Prpic: *The South Slavs* 198f.
- 265 John S. Reshetar: *The Ukrainian Revolution, 1917-1920. A Study in Nationalism*. Princeton 1952, S. 275, 281f.
- 266 *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1919: Russia*. Washington D.C. 1937, S. 783f.; Reshetar: *The Ukrainian Revolution* 287f.
- 267 «Through Liberation to the New Commonwealth», *The New Europe*, Vol. VIII, Nr. 99 (5. September 1918), S. 169-172.
- 268 *The Round Table*, Nr. 33 (Dezember 1918).
- 269 [...]the constitution of a Danubian federation with German Austria for a centre is clearly contrary to our interests, and in the long run would merely amount to a resurrection of Austria under a new name. – FO 371/4355, 29. November 1918, zit. nach Fest: *Peace and Partition* 257.
- 270 [...] the inalienable right of every people [to] organize their own government on such Principles and in such form as they believe will best promote their welfare, safety and happiness. – Kalvoda: *The Genesis of Czechoslovakia* 425ff.; Meyer: *Mitteleuropa* 340; Arthur J. May: *The Mid European Union*. In: Joseph O'Grady: *The Immigrant's Influence* 250-271; Mamatey: *The United States* 343f.
- 271 Levin: *Woodrow Wilson and World Politics* 254; Knock: *To End All Wars*.
- 272 Vgl. Wilsons Rede vom 11. November 1918, in: *The Public Papers of Woodrow Wilson: War and Peace*, Bd. V, S. 301f.
- 273 [Liberalism is the] only thing that can save civilization from chaos [...] Liberalism must be more liberal than ever before, it must even be radical, if civilization is to escape the typhoon. – Zit. nach Lloyd C. Gardner: *Safe for Democracy: The Anglo-American Response to Revolution, 1913-1924*. New York 1984, S. 202.
- 274 George: *Woodrow Wilson and Colonel House* 201.
- 275 *The more I think about the President's declaration as to the right of «self-determination», the more convinced I am of the danger of putting such ideas into the minds of certain races. [...] It is bound to [...] create trouble in many lands. What effect will it have on the Irish, the Indians, the Egyptians, and the nationalities among the Boers? Will it not breed discontent, disorder and rebellion? [...] The phrase is simply loaded with dynamite. It will raise hopes which can never be realized. It will, I fear, cost thousands of lives. In the end it is bound to be discredited, to be called the dream of an idealist who failed to realize the danger until too late to check those who attempted to put the principle into force.* – Zit. nach Levin: *Woodrow Wilson and World Politics* 247.
- 276 Vgl. George: *Woodrow Wilson and Colonel House* 232.
- 277 Vgl. Chernow: *The House of Morgan* 208.
- 278 Lloyd George berichtete in seinen Memoiren: Wilsons «außergewöhnlichster Ausbruch ereignete sich, als er über irgendein Thema sprach – ich glaube fast, es hing mit dem Völkербund zusammen –, bei dem er sich zu der Aussage verstieg, das Christentum sei in der Verwirklichung seiner höchsten Ideale gescheitert. «Warum», sagte er, «ist es Jesus Christus bislang nicht gelungen, die Welt dazu zu bringen, in dieser Angelegenheit Seiner Lehre zu folgen? Weil Er das Ideal lehrte, ohne an irgendwelche praktischen Mittel zu denken, mit denen es erreicht werden könnte. Das ist der Grund, warum ich ein praktisches Schema vorschlage, um Seine Ziele zu verwirklichen.» – David Lloyd George: *Memoirs of the Peace Conference*. Bd. 1-2. New Haven 1939, hier Bd. I, S. 140ff. Clémenceau spottete: «Vierzehn Punkte! Gott hatte nur zehn!» – Zit. nach Antony Lentin: *Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany*. Baton Rouge/La. 1984, S. 108.
- 279 Graml: *Europa zwischen den Kriegen* 26-32; George W. Egerton: *Great Britain and the Creation of the League of Nations. Strategy, Politics, and International Organization, 1914-1919*. Chapel Hill 1978.
- 280 So berichtet John Davis an US-Außenminister Lansing, 5. Dezember 1919. George W. Egerton: *Britain and the «Great Betrayal». Anglo-American Relations and the Struggle for the Ratification of the Treaty of Versailles, 1919-1920*. In: *Historical Journal* 21 (1978), S. 911.
- 281 F 800/209, nach Fowler: *British-American Relations* 232.
- 282 «The German Situation», *The Round Table*, Nr. 39 (Juni 1920), S. 578-596.
- 283 Vgl. Lentin: *Lloyd George, Woodrow Wilson and the Guilt of Germany* 127f.

- 284 Dornach, 22. Februar 1920, GA 196, S. 289.
- 285 Vgl. die kritischen Bemerkungen über das «Wilsonsche System» von Eric J. Hobsbawm: *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Frankfurt/M.-New York 1991, S. 157ff.
- 286 Vortrag vom 26. Oktober 1917, in: *Die spirituellen Hintergründe der äußeren Welt. Der Sturz der Geister der Finsternis*. Dornach 51999 (= GA 177).
- 287 Leff: *National Conflict in Czechoslovakia* 152.
- 288 Karol Sidor: *Slovenská politika na pôde prazkého snemu (1918-1938)*. Bratislava 1943, S.104.
- 289 František Janáček: *Poznámky k hodnocení Českoslovákismu v odboji*; zit. nach Leff: *National Conflict in Czechoslovakia* 137.
- 290 Vgl. Hans Roos: *Geschichte der polnischen Nation 1918-1985*. Stuttgart u.a. 1985, S. 53. Vgl. auch Anthony Polonsky: *Politics in Independent Poland 1921-1939. The Crisis of Constitutional Government*. Oxford 1972.
- 291 Hierzu: A. Groth: *Dmowski, Pilsudski and Ethnic Conflicts in Pre-1939 Poland*. In: *Canadian Slavic Studies* 3 (1969), 69-91, besonders S. 70.
- 292 Vgl. M.K. Dziekanowski: *Józef Piłsudski: A European Federalist*. Stanford/Cal. 1969, S. 81; Józef Lewandowski: *Federalizm. Litwa i Białoruś w polityce obozu Belwederskiego (XI 1918-IV 1920)*. Warszawa 1962; Andrzej Chojnowski: *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939*. Wrocław u.a. 1979.
- 293 Vgl. Steven Horak: *Poland and Her National Minorities 1939-1939*. New York 1961, S. 196. Dort auch der Text der wichtigsten Verfassungsartikel zur Minderheitenfrage.
- 294 Ivo Banac: *The National Question in Yugoslavia. Origins, History, Politics*. Ithaca-London 1984, S. 403. Vgl. Raymond Pearson: *National Minorities in Eastern Europe 1848-1945*. New York 1983, S. 157.
- 295 Text der Verfassung in: Ivan Zolger: *Die Verfassung Jugoslawiens. Die Entstehung des Königreiches der Serben, Kroaten und Slovenen*. Tübingen 1922 (= Jahrbuch des öffentlichen Rechts XI), S. 200-217
- 296 Banac: *The National Question in Yugoslavia* 411.
- 297 Holm Sundhaussen: *Geschichte Jugoslawiens 1918-1980*. Stuttgart u.a. 1982, S. 78f.
- 298 Zit. nach Karl Schlögel: *Kosova...Die ethnische Säuberung ist eine Ausgeburt des 20. Jahrhunderts*. In: *Die Zeit*, Nr. 18 vom 29. April 1999.
- 299 Sitzung des «Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete» über die Fragen der «Eindeutschung» vom 4. Februar 1942; Dok. NO-2585. Helmut Heiber: *Der Generalplan Ost*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 6 (1958), S. 281-325, hier 295.
- 300 Am 28. November 1943 erörterten Churchill und Stalin in Teheran die zukünftige Westverschiebung Polens, dessen Nachkriegsgrenzen «im Prinzip ungefähr zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oder» verlaufen; damit wurden die sowjetischen Gebietsgewinne in Ostpolen aus dem Hitler-Stalin-Pakt sanktioniert. Churchill hielt in seinen Memoiren fest: «[Der britische Außenminister Anthony] Eden meinte, was Polen im Osten verliere, könne es im Westen gewinnen. Stalin erwiderte, das sei möglich; er wisse es aber nicht. Ich demonstrierte dann mit Hilfe dreier Streichhölzer meine Gedanken über eine Westverlagerung Polens. Das gefiel Stalin». Zu Außenminister Eden sagte Churchill: «Führen Sie ihnen [den Polen] vor Augen, daß sie mit der Übernahme und dauernden Behauptung der derzeitig deutschen Gebiete bis zur Oder die Basis für ein freundschaftliches Einvernehmen mit Rußland und für eine enge Verbindung mit der Tschechoslowakei schaffen und damit ganz Europa einen Dienst leisten.» – Winston Churchill: *Der Zweite Weltkrieg, Bd. V/2: Der Ring schließt sich. 2. Von Teheran bis Rom*. Stuttgart 1953, S. 49f.; Vojtěch Mastný: *Moskaus Weg zum kalten Krieg. Von der Kriegssallianz zur sowjetischen Vormachtstellung in Osteuropa*. München 1980, S. 153f.
- 301 *A clean sweep will be made. I am not alarmed by the prospect of the disentanglement of populations, nor even by those large transfers, which are more possible in modern conditions than they were ever before.* – Zit. nach Gardner: *Spheres of Influence* 218f.